



Einwanderungsgesellschaft im Wandel

Einstellungen von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund
sowie in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern
zwischen 2015 und 2025

Sabine Pokorny

Einwanderungsgesellschaft im Wandel

**Einstellungen von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund
sowie in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern
zwischen 2015 und 2025**

Sabine Pokorny

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

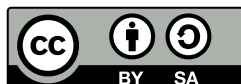
Umschlagfoto: © Timon Studler/unsplash

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: KALUZA+SCHMID Studio GmbH

Lektorat: Manuela Klein M. A., Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-324-7

Auf einen Blick

Kurzporträts der Herkunftsgruppen

Türkeistämmige

Türkeistämmige sind mit einem Durchschnittsalter von 47,4 Jahren etwas jünger als Deutsche ohne Migrationshintergrund (Durchschnittsalter 53,9 Jahre). Das formale Bildungsniveau von Türkeistämmigen ist tendenziell niedriger als das von Deutschen ohne Migrationshintergrund (MH). Türkeistämmige haben überdurchschnittlich häufig einen Abschluss des Primarbereichs (weniger als acht Jahre) oder einen Volks- oder Hauptschulabschluss. Stattdessen haben sie wesentlich seltener als Deutsche ohne MH einen Realschulabschluss oder Abitur gemacht. Zudem kommen sie durchschnittlich schlechter mit ihrem Einkommen zurecht als Deutsche ohne MH.

Über die Hälfte der Türkeistämmigen stimmt der Aussage zu „Wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher, wird man hier komisch angeschaut“. Die überwiegende Mehrheit der Türkeistämmigen meint, wer in Deutschland lebe, sollte auch die deutsche Sprache sprechen. In der aktuellen Umfrage wurde allerdings die Mehrheit der türkeistämmigen Befragten auf Türkisch interviewt. Türkeistämmige sehen häufiger als alle anderen Herkunftsgruppen die Meinungsfreiheit in Deutschland verwirklicht. Sie weisen aber überdurchschnittlich oft antisemitische Einstellungen auf und lehnen Homosexuelle ab. Zugleich meinen Türkeistämmige deutlich häufiger als Deutsche mit MH, der Westen verhindere eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt und unterdrücke die islamische Welt.

Polenstämmige

Polenstämmige sind mit einem Durchschnittsalter von 49,6 Jahren etwas jünger als Deutsche ohne MH (Durchschnittsalter 53,9 Jahre). Sie haben leicht überdurchschnittlich häufig einen Volks- oder Hauptschulabschluss, dafür etwas unterdurchschnittlich häufig einen Realschulabschluss. Der Anteil an Abiturientinnen und Abiturienten ist unter den Polenstämmigen aber ähnlich hoch wie unter Deutschen ohne MH. Polenstämmige kommen im Schnitt ähnlich gut mit ihrem Einkommen zurecht wie Deutsche ohne MH.

Die überwiegende Mehrheit der Polenstämmigen informiert sich mindestens täglich über die Politik in Deutschland, über die Politik in Polen wird sich seltener informiert. Polenstämmige neigen deutlich häufiger zu Autoritarismus als Deutsche ohne MH. Die Sorge vor Rechtsextremismus ist deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt. Polenstämmige lehnen häufiger als Deutsche ohne MH Homosexuelle ab, aber seltener als Türkeistämmige oder Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Russlandstämmige

Russlandstämmige sind mit einem Durchschnittsalter von 48,4 Jahren etwas jünger als Deutsche ohne MH (Durchschnittsalter 53,9 Jahre). Sie besitzen leicht überdurchschnittlich häufig einen Volks- oder Hauptschulabschluss, dafür etwas unterdurchschnittlich häufig das Abitur. Der Anteil an Personen mit Realschulabschluss ist ähnlich hoch wie unter Deutschen ohne MH. Russlandstämmige kommen tendenziell etwas schlechter mit ihrem Einkommen zurecht als Deutsche ohne MH, aber noch etwas besser als Türkeistämmige.

Die Mehrheit der Russlandstämmigen würde beim Fußball Deutschland die Daumen drücken und informiert sich mindestens täglich über die Politik in Deutschland. Über die Politik in Russland informieren sie sich seltener. Russlandstämmige sind zufriedener mit der Demokratie als die anderen untersuchten Herkunftsgruppen. Sie neigen auch etwas seltener zu Populismus. Bezüglich der Frage, ob Russland die Alleinschuld am Krieg in der Ukraine trage, ist die Gruppe der Russlandstämmigen gespalten. Zustimmung und Ablehnung halten sich in etwa die Waage. Die Ablehnung Homosexueller ist unter Russlandstämmigen höher als unter Deutschen ohne MH, aber niedriger als unter Türkeistämmigen oder Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern.

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler besitzen mit 53,6 Jahren ein ähnliches Durchschnittsalter wie Deutsche ohne MH (Durchschnittsalter 53,9 Jahre). Sie haben leicht überdurchschnittlich häufig einen Volks- oder Hauptschulabschluss, dafür deutlich unterdurchschnittlich häufig das Abitur. Der Anteil an Personen mit Realschulabschluss ist ähnlich hoch wie unter Deutschen ohne MH. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler kommen im Durchschnitt schlechter mit ihrem Einkommen zurecht als Deutsche ohne MH, aber besser als Türkeistämmige.

Die Mehrheit der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler würde beim Fußball Deutschland die Daumen drücken. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler neigen etwas weniger zu Populismus als Deutsche ohne MH, haben aber eine höhere Neigung zu Autoritarismus und Antisemitismus. Zudem lehnt eine große Minderheit Homosexuelle ab. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler meinen häufiger als Deutsche ohne MH, aber seltener als Türkeistämmige, der Westen verhindere eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt. Die Akzeptanz von Gewalt zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte ist unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern weiter verbreitet als in den anderen untersuchten Herkunftsgruppen.

Positive Entwicklungen

Die überwältigende Mehrheit von über 90 Prozent der Menschen lebt gerne in Deutschland. Das hat sich in den letzten zehn Jahren auch nicht verändert. Außerdem fühlen sich rund 90 Prozent der Menschen wohl in Deutschland.

Die deutsche Staatsangehörigkeit hat einen positiven Einfluss auf die emotionale Verbundenheit mit Deutschland. Deutsche mit MH (Migrationshintergrund) drücken beim

Fußball häufiger der deutschen Nationalmannschaft die Daumen. Ausländerinnen und Ausländer halten dagegen häufiger zu ihrem Herkunftsland.

Deutsche mit MH informieren sich häufiger über die Politik in Deutschland als Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig informieren sich Deutsche mit MH auch deutlich häufiger über das politische Geschehen in Deutschland als über die Politik in ihrem Herkunftsland.

Viele Menschen sind stolz auf Deutschland. Hier sind allerdings Ausländerinnen und Ausländer am häufigsten stolz auf Deutschland, gefolgt von Deutschen mit MH, die wiederum häufiger stolz auf Deutschland sind als Deutsche ohne MH.

In allen untersuchten Gruppen herrscht Konsens von fast 100 Prozent Zustimmung, dass Menschen, die in Deutschland leben, auch Deutsch sprechen sollten. Zudem gibt es von allen Gruppen die Erwartung, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer sich an die deutsche Kultur anpassen. Diese Erwartung ist unter Deutschen ohne MH, Deutschen mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern in den letzten zehn Jahren gewachsen.

Populismus ist insgesamt nicht verbreiteter als vor zehn Jahren, bleibt aber auf einem konstant hohen Niveau bei rund 50 Prozent. Erfreulich ist allerdings ein Rückgang populistischer Einstellungen unter Türkeistämmigen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie Musliminnen und Muslimen.

Ebenfalls erfreulich ist das Ergebnis, dass rund zwei Drittel der Deutschen mit MH sowie der Ausländerinnen und Ausländer das politische System in Deutschland besser bewerten als das im Herkunftsland.

Negative Entwicklungen

Nachdenklich stimmen sollte allerdings, dass immer weniger Menschen sich grundsätzlich mit Respekt behandelt fühlen. Unter Deutschen ohne und mit MH sowie unter Polenstämmigen und Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedlern ist der Anteil derjenigen, die sich immer mit Respekt behandelt fühlen, deutlich gesunken. Beide Gruppen geben bei der Wahlabsicht überdurchschnittlich häufig die AfD an (Hirndorf 2025). Interessanterweise ist von allen untersuchten Gruppen nur unter Türkeistämmigen sowie Musliminnen und Muslimen das Respektsempfinden gestiegen. Türkeistämmige weisen wiederum eine unterdurchschnittliche Wahlabsicht für die AfD auf (Hirndorf 2025). Zugleich zeigen unsere Daten, dass die Wählerschaft der AfD sich seltener mit Respekt behandelt fühlt.

Ambivalent ist der Befund, dass mehr Menschen als noch vor zehn Jahren der Aussage zustimmen „Wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher, wird man hier komisch angeschaut“. Vor allem unter Deutschen ohne und Deutschen mit MH, aber auch unter Türkeistämmigen und Russlandstämmigen hat diese Einschätzung zugenommen. Auf den ersten Blick verwundert es, dass Ausländer dem weniger zustimmen als Deutsche ohne MH. Da es sich um eine Fremdeinschätzung handelt und nicht unbedingt um die eigene Erfahrung, kann jedoch nicht geklärt werden, woraus der Anstieg in den einzelnen Gruppen resultiert.

Bei der Ablehnung Homosexueller gibt es ebenfalls ambivalente Befunde. Unter Deutschen ohne MH ist die Ablehnung Homosexueller die absolute Ausnahme. Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer lehnen Homosexuelle nun seltener ab als vor zehn Jahren. Das gilt auch für Russlandstämmige. Eigentlich sind das positive Entwicklungen. Allerdings ist das Niveau der Ablehnung in allen drei Gruppen immer noch recht hoch. Am höchsten fällt die Ablehnung unter Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern aus. In beiden Gruppen lehnt ein gutes Drittel homosexuelle Freunde ab. Bei den Religionszugehörigkeiten fallen Orthodoxe sowie Musliminnen und Muslime auf, von denen jeweils rund ein Viertel keine homosexuellen Freunde möchte.

Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist in allen Gruppen gesunken. Besonders stark fällt der Rückgang unter Deutschen mit MH, Musliminnen und Muslimen sowie Orthodoxen aus. Gleichzeitig ist der Wunsch nach einer Person, die sagt, wo es langgeht, teils deutlich gestiegen. Besonders stark stieg der Wunsch nach einer autoritären Führungspersönlichkeit unter Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern.

Darüber hinaus ist in einzelnen Gruppen auch der Antisemitismus gestiegen. Besonders häufig finden sich antisemitische Einstellungen unter Türkeistämmigen, von denen ein gutes Viertel Juden nicht traut. Aber auch unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, Musliminnen und Muslimen sowie Orthodoxen ist Antisemitismus deutlich überdurchschnittlich ausgeprägt.

Zusätzlich meinen rund 40 Prozent der in Deutschland lebenden Türkeistämmigen und der Musliminnen und Muslime, der Westen unterdrücke die islamische Welt. Die Entwicklungen in der islamischen Welt und Konflikte wie der aktuelle Krieg in Gaza besitzen dadurch in Deutschland eine hohe Brisanz und das Potenzial, die Gesellschaft zu spalten.

Noch brisanter wird es, wenn eine gewisse Gewaltakzeptanz hinzukommt. Deutsche ohne MH lehnen Gewalt zur Lösung von Konflikten deutlich ab. Auch in den anderen Gruppen wird Gewalt von einer großen Mehrheit abgelehnt. In manchen Gruppen gibt es aber größere Minderheiten, die Gewalt als Mittel der Konfliktlösung akzeptieren. Besonders hoch fällt die Gewaltakzeptanz unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie Orthodoxen aus. In beiden Gruppen ist die Akzeptanz von Gewalt in den letzten zehn Jahren gestiegen, sodass nun ein Viertel der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie der Orthodoxen Gewalt zur Konfliktlösung in Ordnung findet. Die Gewaltakzeptanz unter Russlandstämmigen sowie Musliminnen und Muslimen ist im selben Zeitraum gesunken.

Die Studien

In den Jahren 2015, 2018/2019 und 2024/2025 wurde je eine repräsentative Telefonbefragung unter rund 1.000 Deutschen ohne Migrationshintergrund, rund 1.000 Deutschen mit Migrationshintergrund und rund 1.000 in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern durchgeführt. Die Studien basieren auf einer Zufallsstichprobe und sind nach Gewichtung repräsentativ für die in Deutschland lebende Wohnbevölkerung ab 18 Jahren.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	8
2 Die Studien	10
3 Religion und Religiosität	13
4 Leben in Deutschland	28
4.1 Identifikative Integration: Überblick.....	28
4.1.1 Wohlbefinden und Respekt.....	29
4.1.2 Verbundenheit.....	42
4.1.3 Politische Informationen.....	47
4.2 Kulturelle Integration.....	51
4.2.1 Spracherwerb.....	51
4.2.2 Kulturelle Anpassung.....	54
5 Verwirklichung von Grundrechten: Überblick	58
5.1 „Jeder kann frei seiner Religion nachgehen.“.....	61
5.2 „Der Staat gewährleistet eine möglichst umfassende soziale Absicherung.“.....	63
5.3 „Jeder kann seine Meinung frei äußern.“.....	68
5.4 „Die Presse und die Forschung sind frei.“.....	72
5.5 „Alle Menschen werden vor dem Gesetz gleichbehandelt.“.....	76
6 Politische Einstellungen: Überblick	81
6.1 Demokratiezufriedenheit und politisches System.....	82
6.2 Populismus.....	91
6.3 Autoritarismus.....	95
6.4 Sorge vor Rechtsextremismus.....	98
6.5 Russischer Angriffskrieg in der Ukraine.....	101
6.6 Antisemitismus.....	105
6.7 Ablehnung Homosexueller.....	109
6.8 Anti-westliches Ressentiment.....	113
6.9 Verhältnis zwischen dem Westen und der islamischen Welt.....	117
6.10 Gewaltakzeptanz.....	123
Schlussbemerkung	127
Literatur	128
Die Autorin	131



Einleitung

Vor knapp zehn Jahren hatte die Problemwahrnehmung des Themenkomplexes „Zuwanderung/Integration/Flucht/Asyl“ ihren Höhepunkt mit 85 Prozent der Nennungen im Politbarometer erreicht (siehe Politbarometer November 2015 bis Februar 2016). Während der Coronapandemie spielte das Thema in der öffentlichen Wahrnehmung dann kaum eine Rolle. Im Herbst 2023 stand es wieder ganz oben auf der Agenda (52 Prozent; Politbarometer November II 2023). Und auch kurz vor der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 wurde „Zuwanderung/Integration/Flucht/Asyl“ im Politbarometer als zweitwichtigstes Problem (42 Prozent) nahezu gleichauf mit der Wirtschaftslage genannt (43 Prozent; Politbarometer Februar II 2025). Vier Monate nach der Wahl ist die Nennungshäufigkeit zwar auf 18 Prozent gesunken, aber es handelt sich damit immer noch um das zweitwichtigste Problem gleichauf mit dem Komplex „Bundeswehr/Verteidigung/Frieden“ (Politbarometer Juni II 2025).

Zugleich ist in den letzten zehn Jahren die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland gestiegen. 2014 besaßen laut Statistischem Bundesamt 16,3 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund, das entsprach 20,3 Prozent der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2015: 38 f.). 2024¹ lebten inzwischen 25,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Das entspricht 30,4 Prozent der Bevölkerung. Darunter sind 13 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund (15,7 Prozent der Bevölkerung) sowie 12,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer (14,7 Prozent der Bevölkerung; Statistisches Bundesamt 2025a).

Diese Zahlen zeigen die Bedeutung, die die Themen Migration und Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland besitzen. Aus diesem Grund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren eine repräsentative Umfrage unter Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern durchgeführt. Das ermöglicht, die Einstellungen dieser drei Gruppen zu Religion und Religiosität, zum Leben in Deutschland sowie zu verschiedenen politischen Themen über die Zeit zu vergleichen.²

Analog zu früheren Studien werden als Person mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ definiert (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013: 6). Diese Definition schließt auch (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ein. Nach Kritik an dem Begriff „Migrationshintergrund“ hat das Statistische Bundesamt 2023 auf das Konzept „Einwanderungsgeschichte“ umgestellt. Eine Einwanderungsgeschichte haben demnach „alle Menschen, die entweder selbst (Eingewanderte) oder deren beide Elternteile (Nachkommen von Eingewanderten) seit 1950 in das heutige Gebiet Deutschlands eingewandert sind. [...] Personen, bei denen nur ein Elternteil nach Deutschland eingereist ist, gehören [...] nicht zu den Nachkommen“ (Destatis/WZB/BiB 2024: 31).



Letztgenannte Gruppe wird zwar separat erfasst und ausgewiesen, fällt aber aus der Gruppe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte heraus. Entsprechend ist das Konzept der Einwanderungsgeschichte enger gefasst als das des Migrationshintergrundes, welches auch Personen erfasst, bei denen nur ein Elternteil zugewandert ist, und die Staatsangehörigkeit berücksichtigt. Das zeigt sich dann auch in den Zahlen: Während 25,2 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund besitzen, weisen nur 21,2 Millionen Menschen eine Einwanderungsgeschichte auf (Statistisches Bundesamt 2025c).

Um die Vergleichbarkeit der durchgeführten Umfragen zu gewährleisten, wurde in allen drei Umfragen der Migrationshintergrund erhoben und nicht die Einwanderungsgeschichte.³ Eine Umstellung hätte dazu geführt, dass die befragten Gruppen nicht mehr vergleichbar sind. Das ist jedoch unabdingbar, wenn belastbare Aussagen getroffen werden sollen, ob und gegebenenfalls wie sich Einstellungen verändert haben.

1 Ein aktuellerer Mikrozensus ist zum Zeitpunkt der Datenauswertung nicht verfügbar.

2 Für eine Analyse der Wahlabsicht von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländern s. Hirndorf (2025).

3 Auch das Integrationsbarometer des Sachverständigenrates für Integration und Migration bleibt zur besseren Vergleichbarkeit bei dem Konzept Migrationshintergrund (SVR 2024a: 9).



Die Studien

Insgesamt wurden zwischen 2015 und 2025 drei repräsentative Telefonbefragungen durchgeführt.⁴ Für alle drei Umfragen wurden durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH je rund 3.000 Personen mit einem Dual-Frame-Ansatz auf Basis einer Zufallsstichprobe⁵ befragt, davon je 1.000 Deutsche ohne Migrationshintergrund (DoMH), 1.000 Deutsche mit Migrationshintergrund (DmMH) und 1.000 in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer.⁶ Eine Übersicht über die genauen Fallzahlen und Feldzeiten jeder Umfrage gibt Tabelle 1. Deutsche mit Migrationshintergrund sind analog zur Definition von Personen mit Migrationshintergrund (s. o.) alle zugewanderten Deutschen sowie alle in Deutschland Geborenen, von denen mindestens ein Elternteil zugewandert ist oder in Deutschland geboren wurde, aber eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Da sich in den ersten beiden Befragungen zeigte, dass Deutsche mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländer besser über Mobilfunk als über Festnetz erreichbar waren, wurde der Mobilfunkanteil in der aktuellen Umfrage auf 60 Prozent erhöht. Wie schon erwähnt, machen Deutsche mit Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländer je rund 15 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung aus. Mit je 1.000 Befragten sind diese beiden Gruppen in den hier untersuchten Umfragen also deutlich überrepräsentiert. Das ist notwendig, um eine ausreichende Fallzahl für tiefergehende belastbare Analysen zu erreichen. Für Analysen der Gesamtbevölkerung müssen die beiden Gruppen heruntergewichtet werden. Die Daten wurden daher entsprechend des Mikrozensus 2023 gewichtet und sind nach Gewichtung repräsentativ für die Wohnbevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren. Alle Analysen basieren auf den gewichteten Daten. Damit auch Personen mit schlechten Deutschkenntnissen an der Umfrage teilnehmen konnten, wurde der Fragebogen in sechs Sprachen übersetzt (Englisch, Russisch, Türkisch, Polnisch, Arabisch, Französisch) und die Befragten durch entsprechende fremdsprachige Interviewerinnen und Interviewer befragt.⁷

Tabelle 1: Methodische Übersicht

Umfrage	Feldzeit	Fallzahl gesamt	Fallzahl DoMH	Fallzahl DmMH	Fallzahl Aus- länder(innen)	Mobilfunk- anteil
1055	01.10.2024– 28.01.2025	3.015	1.005	1.003	1.007	60%
2019-00	15.10.2018– 28.02.2019	3.003	1.001	1.001	1.001	40%
2015-00	08.01.2015– 18.04.2015	3.034	1.021	1.004	1.009	40%

Anmerkungen: DoMH: Deutsche ohne Migrationshintergrund; DmMH: Deutsche mit Migrationshintergrund

Für die größten Herkunftsgruppen aus der Türkei, Polen und Russland kann in allen drei Befragungen auch nach Herkunftsland unterschieden werden. Zusätzlich werden in der Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund in Anlehnung an das Statistische Bundesamt auch (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler erfasst.⁸ Zur sprachlichen Vereinfachung wird im Folgenden nicht zwischen Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern unterschieden, sondern nur von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern gesprochen, auch wenn es sich um beide Gruppen handelt. Da Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus unterschiedlichen Ländern stammen, gibt es bei der Auswertung Überschneidungen mit den Herkunftsgruppen. Es gibt also Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die gleichzeitig polenstämmig oder russlandstämmig sind. Sie sind daher sowohl in der Gruppe der Polenstämmigen bzw. Russlandstämmigen als auch in der Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler enthalten. Für eine bessere Übersicht werden die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zusammen mit den Türkeistämmigen, Polenstämmigen und Russlandstämmigen in einer gemeinsamen Abbildung dargestellt. In der Umfrage von 2024/2025 (Umfrage 1055) wurden insgesamt (ungewichtet) 194 Türkeistämmige, 213 Polenstämmige, 183 Russlandstämmige und 255 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler befragt. Zudem konnten 384 Musliminnen und Muslime befragt werden. Mit Ausnahme der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die grundsätzlich deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger sind, erfolgt die Auswertung nach Herkunft und nach Konfession unabhängig davon, ob eine Person die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder nicht. Würde man gleichzeitig nach Herkunftsland und deutscher Staatsangehörigkeit differenzieren, also beispielsweise Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund sowie Ausländerinnen und Ausländer mit türkischer Staatsangehörigkeit separat ausweisen, reicht trotz der hohen Gesamtfallzahl die Zahl der Befragten in den Teilgruppen nicht mehr für belastbare Analysen aus. Das gilt analog für Polenstämmige und Russlandstämmige (s. Tabelle 2). Insgesamt können trotz der hohen Fallzahl mit den vorhandenen Daten nicht alle Fragen geklärt werden, da in einzelnen Teilgruppen die Fallzahlen zu niedrig sind.

Tabelle 2: Fallzahlen in den Herkunftsgruppen in Umfrage 1055, 2024/2025

Herkunftsland	Fallzahl gesamt	Fallzahl DmMH	Fallzahl Ausländer(innen)
Türkei	194	61	133
Polen	213	164	49
Russland	183	110	73

Anmerkung: DmMH: Deutsche mit Migrationshintergrund

Für die meisten Einstellungen liegen nicht für alle drei Erhebungsjahre Daten vor. Der Fokus liegt daher auf einem Vergleich von 2015 und 2024/2025. Teilweise gibt es aber auch Daten für 2018/2019 und 2024/2025 oder für alle drei Erhebungsjahre. Die unterschiedlichen Vergleichszeitpunkte haben verschiedene Gründe: Erstens hatte jede Studie einen anderen thematischen Schwerpunkt, sodass teilweise andere Fragen erhoben wurden. Zweitens verändert sich die politische und gesellschaftliche Situation, sodass manche Fragen als nicht mehr passend verworfen und andere neu entwickelt wurden. Drittens wurde bei manchen Fragen die Antwortskala im Laufe der Zeit verändert und an Instrumente aus der Forschung angepasst.

- 4 Die Ergebnisse der ersten beiden Befragungen wurden in verschiedenen Studien publiziert (s. Pokorny 2016a; Pokorny 2016b; Hirndorf 2020; Pokorny/von Wilamowitz-Moellendorff 2021; Neu 2021).
- 5 Aufgrund des hohen Aufwandes einer Zufallsstichprobe unter Menschen mit Migrationshintergrund basieren einige Umfragen unter Menschen mit Migrationshintergrund nicht auf Zufallsstichproben, sondern auf Stichproben mittels onomastischer, also namensbasierter Auswahl der Befragten aus den Einwohnermeldeämtern (vgl. z. B. Brettfeld/Wetzels 2007; Haug et al. 2009; Frindte et al. 2011; Halm/Sauer 2015; DeZIM 2023). Teilweise werden auch beide Stichprobenverfahren miteinander kombiniert (SVR 2024b). In onomastischen Stichproben können aber nicht alle Herkunftsgruppen berücksichtigt werden. Insbesondere Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind mit dieser Methode nicht identifizierbar (Pokorny 2016a).
- 6 Für eine ausführliche Darstellung der Befragungsmethode siehe Pokorny (2016a).
- 7 In der aktuellen Umfrage 2024/2025 wurden insgesamt 585 fremdsprachige Interviews geführt (Russisch: 201, Türkisch: 133, Englisch: 122, Arabisch: 77, Polnisch: 44, Französisch: 8). Für die Anzahl fremdsprachiger Interviews in den früheren Erhebungen siehe Pokorny (2016a) sowie Pokorny/von Wilamowitz-Moellendorff (2021).
- 8 Zur genauen Definition siehe Pokorny/von Wilamowitz-Moellendorff (2021: 9 f.).

3

Religion und Religiosität

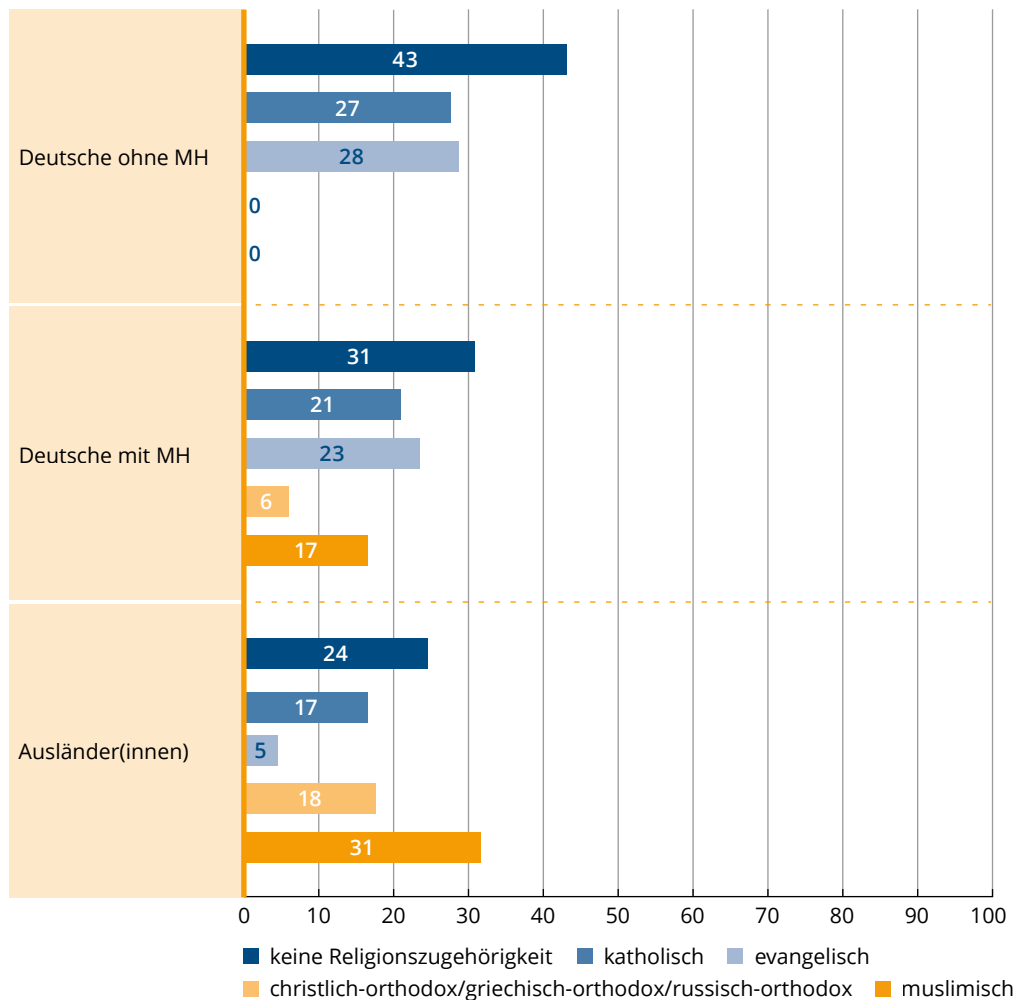
In der jüngsten Umfrage zeigen sich deutliche Unterschiede in der Religionszugehörigkeit zwischen Deutschen ohne Migrationshintergrund (MH), Deutschen mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern. Eine relative Mehrheit der befragten Deutschen ohne MH gehört keiner Konfession an (43 Prozent). Etwa gleich viele Deutsche ohne MH sind katholisch (27 Prozent) oder evangelisch (28 Prozent). Alle anderen Konfessionen sind nicht nennenswert vertreten.

In offiziellen Statistiken sind rund 24 Prozent der deutschen Bevölkerung katholisch (fowid 2025; Deutsche Bischofskonferenz 2024: 74), gut 21 Prozent evangelisch (fowid 2025). Beide Werte weichen in der Umfrage leicht vom realen Wert ab. Ein möglicher Grund könnte sein, dass ein Teil der aus der Kirche ausgetretenen Katholikinnen und Katholiken sowie Protestantinnen und Protestanten sich nicht als Konfessionslose ansieht, sondern sich emotional noch als Katholikin oder Katholik bzw. Protestantin oder Protestant versteht und sich entsprechend in unserer Umfrage zuordnet.

In der Gruppe der Deutschen mit MH besitzt auch eine relative Mehrheit keine Konfession, der Anteil liegt mit 31 Prozent aber deutlich niedriger als unter Deutschen ohne MH. 21 Prozent der Deutschen mit MH geben an, katholisch zu sein, 23 Prozent evangelisch. Zusätzlich sind 6 Prozent der Deutschen mit MH christlich-/griechisch-/russisch-orthodox. 17 Prozent der Deutschen mit MH sind muslimischen Glaubens.

Unter in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern stellen Musliminnen und Muslime relativ die größte Gruppe. 31 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer geben an, muslimischen Glaubens zu sein. Mit 24 Prozent sind Konfessionslose unter Ausländerinnen und Ausländern deutlich weniger vertreten als unter Deutschen ohne und mit MH. Auch katholisch sind mit 17 Prozent etwas weniger Ausländerinnen und Ausländer. Evangelisch sind sogar nur 5 Prozent und damit eine kleine Minderheit. Stattdessen geben 18 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer an, christlich-/griechisch-/russisch-orthodox zu sein. Personen jüdischen Glaubens sind in unserer Umfrage nur vereinzelt vertreten (N=28 Befragte) und können daher nicht ausgewiesen und untersucht werden.

Abbildung 1: Religionszugehörigkeit nach Migrationsstatus 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte.

Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Sonstige/weiß nicht/keine Angabe.

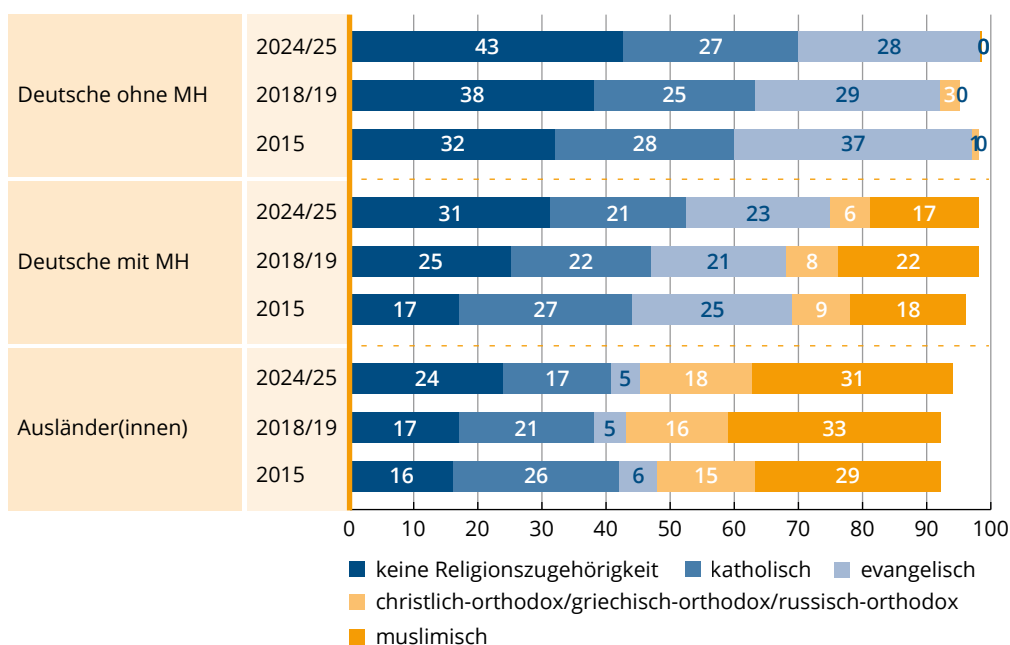
Frage: „Welcher Religions-/Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?“

Schon seit längerem verlieren die römisch-katholische und die evangelische Kirche in Deutschland Mitglieder. Seit 2021 liegt der gemeinsame Verlust jährlich bei über 1 Million Mitglieder (fowid 2025). Diese Entwicklung zeigt sich auch in den Umfragedaten. Im Zeitverlauf von 2015 über 2018/2019 bis 2024/2025 steigt der Anteil der Konfessionslosen in allen drei Gruppen, besonders stark unter Deutschen ohne MH. Der Anteil an Katholikinnen und Katholiken unter Deutschen ohne MH bleibt erstaunlich konstant, wohingegen der Anteil an Protestantinnen und Protestanten vor allem zwischen 2015 und 2018/2019 sinkt. Der konstante Katholikenanteil kann an der schon erwähnten emotionalen Zugehörigkeit aus der Kirche ausgetretener Katholikinnen und Katholiken liegen, die sich in der Befragung nicht als konfessionslos, sondern als katholisch zuordnen.

Unter Deutschen mit MH sinkt dagegen der Katholikinnen- und Katholikenanteil zwischen 2015 und 2018/2019, während der Anteil an Protestantinnen und Protestanten sich kaum verändert. Der Anteil an Musliminnen und Muslimen unter Deutschen mit MH schwankt leicht, verändert sich aber nicht grundlegend.

Unter in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern sinkt der Anteil an Menschen mit katholischem Glauben kontinuierlich, während alle anderen Religionen im Großen und Ganzen konstant vertreten sind.

Abbildung 2: Religionszugehörigkeit nach Migrationsstatus im Zeitvergleich

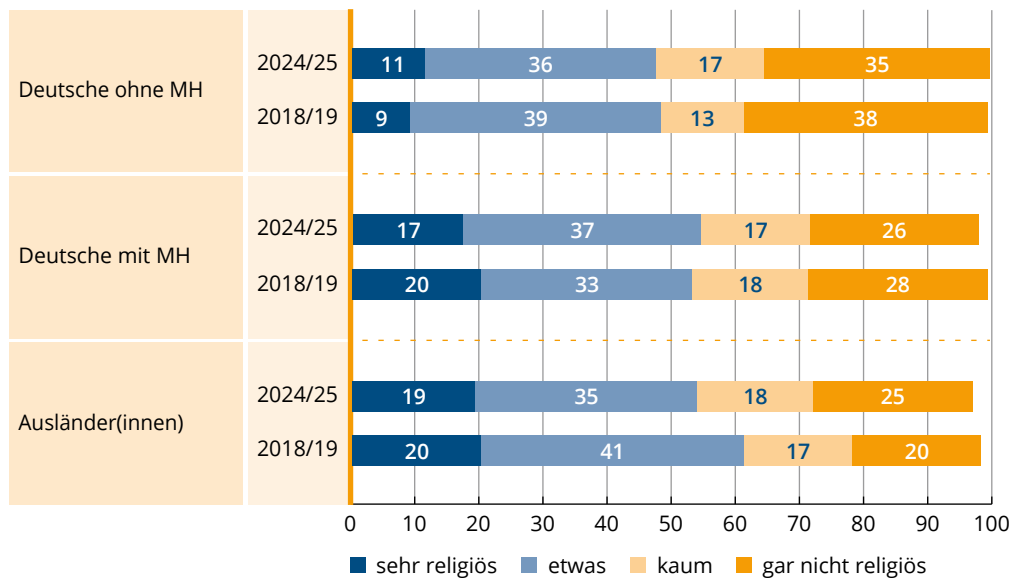


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: jüdisch/jüdisch-orthodox/Sonstige/weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Welcher Religions-/Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?“

In der Befragung von 2015 wurde zur Erfassung der Religiosität eine andere Skala verwendet als in den Befragungen von 2018/2019 und 2024/2025. Aus diesem Grund kann bei der Analyse der Religiosität nur ein Vergleich zwischen 2018/2019 und 2024/2025 vorgenommen werden.

In diesem Zeitraum hat sich insgesamt sehr wenig am Ausmaß der Religiosität verändert. Deutsche ohne MH sind zu beiden Zeitpunkten etwas weniger religiös als Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer, deren Religiosität leicht gesunken ist. Die anderen beiden Gruppen sind 2024/2025 ähnlich religiös wie 2018/2019.

Abbildung 3: Religiosität nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.

Frage: „Wie religiös sind Sie?“

Wenig überraschend unterscheidet sich die Religiosität deutlich zwischen Personen mit und ohne Konfession. Konfessionslose sind wesentlich weniger religiös als Personen, die einer Religionsgemeinschaft angehören. Es ist aber mitnichten so, dass Konfessionslose grundsätzlich gar nicht religiös wären. 2024/2025 geben 67 Prozent der Konfessionslosen an, gar nicht religiös zu sein. Das ist ein Rückgang um 10 Punkte im Vergleich zu 2018/2019. 15 Prozent der Konfessionslosen sind kaum religiös, 13 Prozent etwas und 4 Prozent sehr religiös.

Unter Katholikinnen und Katholiken ist der Anteil an Personen, die sehr religiös sind, zwischen den Erhebungen von 12 auf 18 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist aber der Anteil etwas religiöser Katholikinnen und Katholiken von 61 auf 50 Prozent gesunken. 18 Prozent der Katholikinnen und Katholiken sind kaum religiös, 13 Prozent gar nicht religiös.

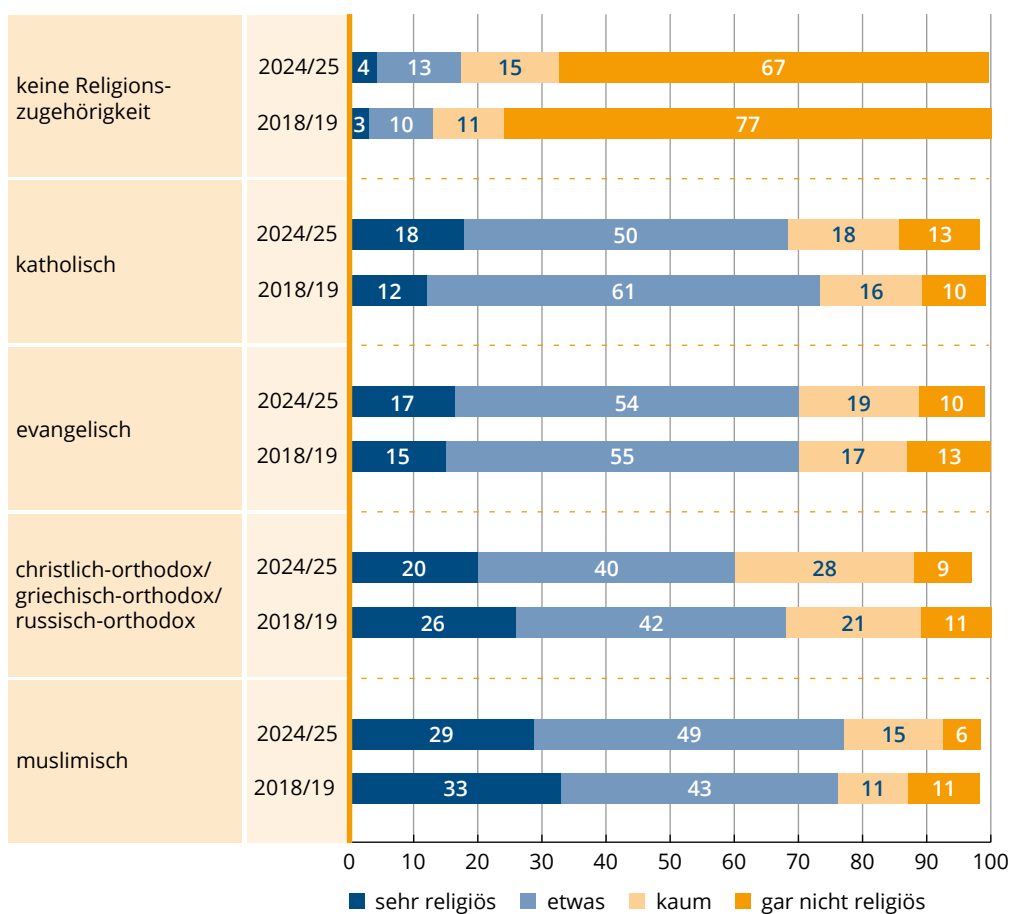
Bei den Protestantinnen und Protestanten gibt es keine nennenswerten Veränderungen zwischen den beiden Umfragen. 2024/2025 sind 17 Prozent sehr und 54 Prozent etwas religiös, 19 Prozent bezeichnen sich selbst als kaum und 10 Prozent als gar nicht religiös.

Betrachtet man Katholikinnen und Katholiken sowie Protestantinnen und Protestanten gemeinsam, sind 17 Prozent sehr religiös, 52 Prozent etwas religiös (ohne Abbildung). Dagegen sind 18 Prozent der Menschen mit katholischem und evangelischem Glauben kaum und 12 Prozent gar nicht religiös.

Personen christlich-/griechisch-/russisch-orthodoxen Glaubens sind 2024/2025 weniger religiös als noch 2018/2019. Der Anteil sehr religiöser Orthodoxer ist von 26 auf 20 Prozent gesunken. 40 Prozent sind etwas religiös. Dagegen ist der Anteil orthodoxer Personen, die sich als kaum religiös bezeichnen, von 21 auf 28 Prozent gestiegen. Weitere 9 Prozent sind gar nicht religiös.

Musliminnen und Muslime sind religiöser als alle anderen untersuchten Gruppen. 29 Prozent der Musliminnen und Muslime sind nach eigener Aussage sehr religiös. Das ist zwar ein sehr leichter Rückgang seit 2018/2019 (–4 Punkte), aber immer noch ein deutlich höherer Anteil als in den anderen Konfessionsgruppen. Weitere 49 Prozent der Musliminnen und Muslime sind etwas religiös, das ist ein leichter Anstieg zur letzten Erhebung (+6 Punkte). Insgesamt sind damit 78 Prozent der Musliminnen und Muslime sehr oder etwas religiös. Lediglich 15 Prozent sind kaum und 6 Prozent gar nicht religiös.

Abbildung 4: Religiosität nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich

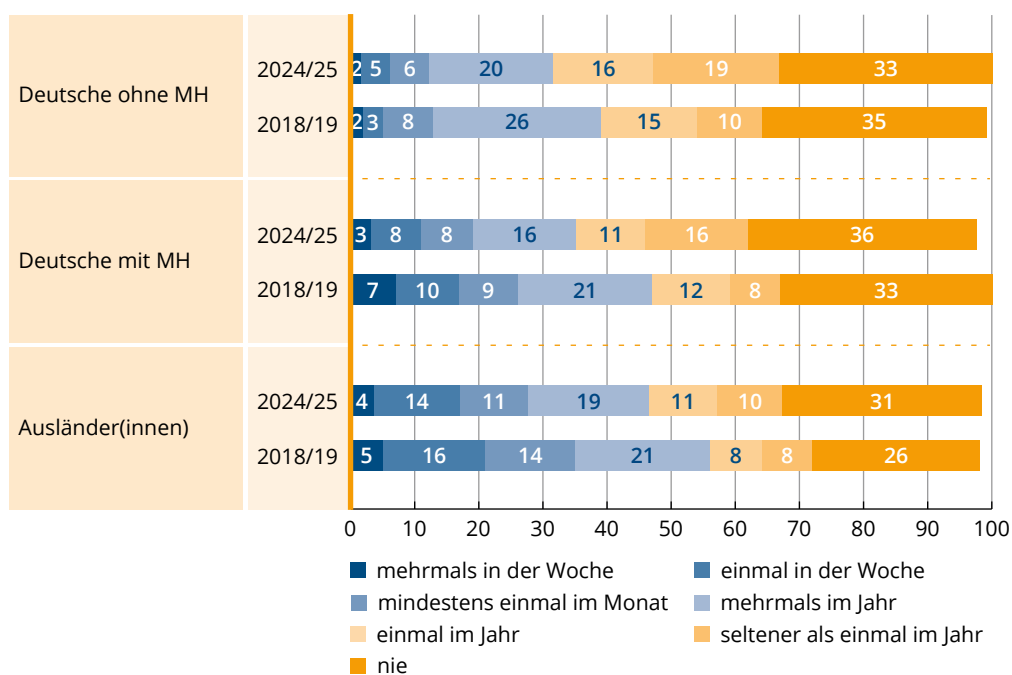


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.
Frage: „Wie religiös sind Sie?“

Die Häufigkeit des Gottesdienstbesuches wurde in der Umfrage 2015 nur für Personen erhoben, die einer Religionsgemeinschaft angehören. In den beiden anderen Umfragen wurden hingegen alle Personen gefragt, wie häufig sie einen Gottesdienst besuchen, auch die Konfessionslosen. Aus diesem Grund ist ein Vergleich des Gottesdienstbesuches nach Migrationsstatus mit 2015 nicht sinnvoll. Es werden daher nur die Daten von 2018/2019 und 2024/2025 verglichen. Ein Vergleich nach Konfessionen ist (mit Ausnahme der Konfessionslosen) aber möglich.

Im Gruppenvergleich besuchen Ausländerinnen und Ausländer am häufigsten einen Gottesdienst, Deutsche ohne MH am seltensten. In allen drei Gruppen lässt sich aber zwischen 2018/2019 und 2024/2025 ein Rückgang der Gottesdienstbesuche feststellen. Unter Deutschen ohne MH fällt dieser Rückgang etwas geringer aus als in den anderen beiden Gruppen, was vermutlich an der ohnehin geringen Zahl an Gottesdienstbesuchen liegt.

Abbildung 5: Häufigkeit Gottesdienstbesuch nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.

Frage: „Wie oft gehen Sie im Allgemeinen in einen Gottesdienst?“

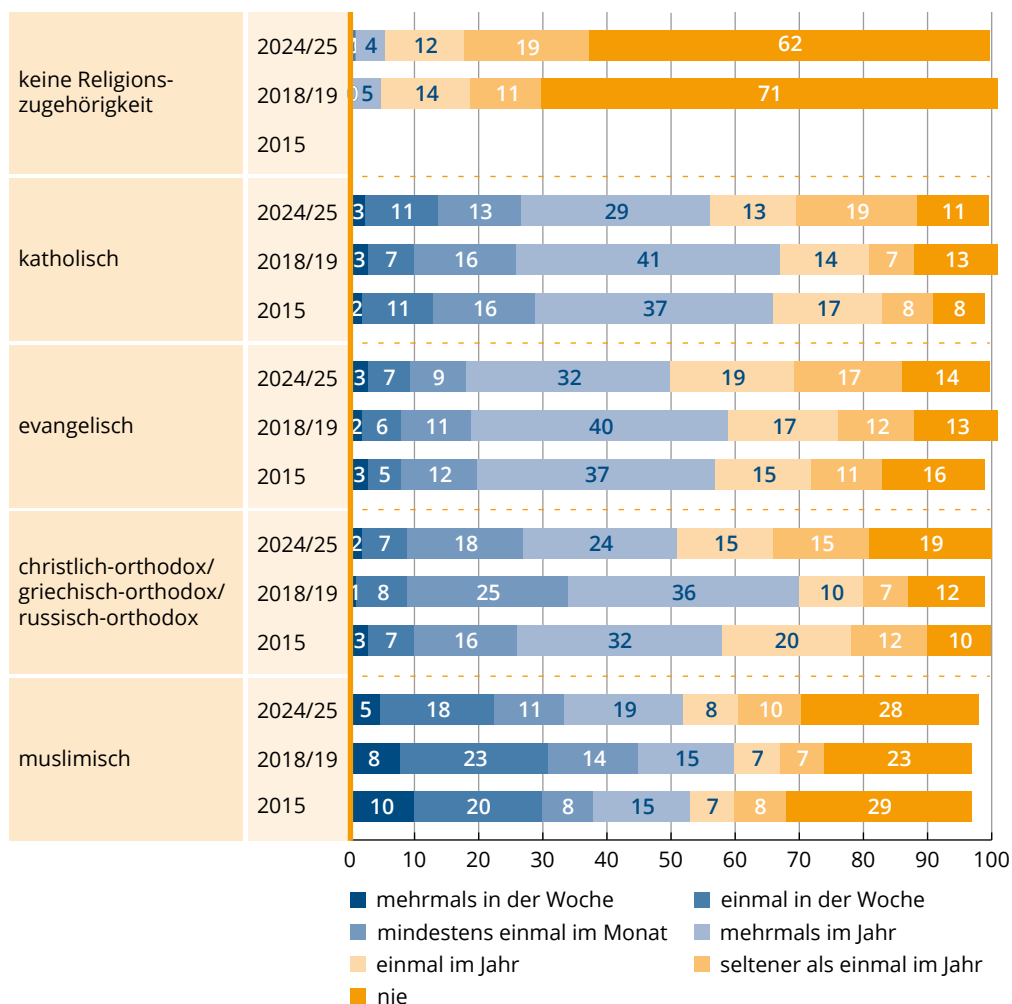


Wenig überraschend besuchen Konfessionslose seltener einen Gottesdienst als alle anderen Gruppen. Der Anteil an Konfessionslosen, die nie einen Gottesdienst besuchen, ist allerdings zwischen 2018/2019 und 2024/2025 von 71 auf 62 Prozent gesunken. 19 Prozent der Konfessionslosen gehen 2024/2025 seltener als einmal im Jahr in einen Gottesdienst, 12 Prozent einmal im Jahr und immerhin 4 Prozent besuchen mehrmals im Jahr einen Gottesdienst.

Innerhalb der Religionszugehörigkeiten ist die Gottesdiensthäufigkeit unter Protestantinnen und Protestanten geringer ausgeprägt als in den anderen Konfessionen.

Unter Musliminnen und Muslimen gibt es trotz eines Rückgangs immer noch mit Abstand den höchsten Anteil an Personen, die mindestens einmal pro Woche in einen Gottesdienst gehen. Insgesamt ist der Anteil an Musliminnen und Muslimen, die mindestens einmal pro Woche einen Gottesdienst besuchen, zwischen 2015 und 2024/2025 von 30 Prozent auf 23 Prozent gesunken. Zugleich ist der Anteil an Personen, die nie in einen Gottesdienst gehen, unter Musliminnen und Muslimen ebenfalls höher als in den anderen Religionsgruppen (außer den Konfessionslosen). 28 Prozent der Musliminnen und Muslime geben 2024/2025 an, nie einen Gottesdienst zu besuchen. Stattdessen ist der Anteil an Musliminnen und Muslimen, die eine mittlere Gottesdiensthäufigkeit aufweisen, deutlich geringer als in den anderen Konfessionsgruppen. Bei Musliminnen und Muslimen gibt es eine Zweiteilung: Entweder sie gehen häufig in den Gottesdienst oder selten bis nie. Ein gelegentlicher Gottesdienstbesuch ist dagegen die Ausnahme. Das gilt für alle drei Erhebungszeiträume.

Abbildung 6: Häufigkeit Gottesdienstbesuch nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich

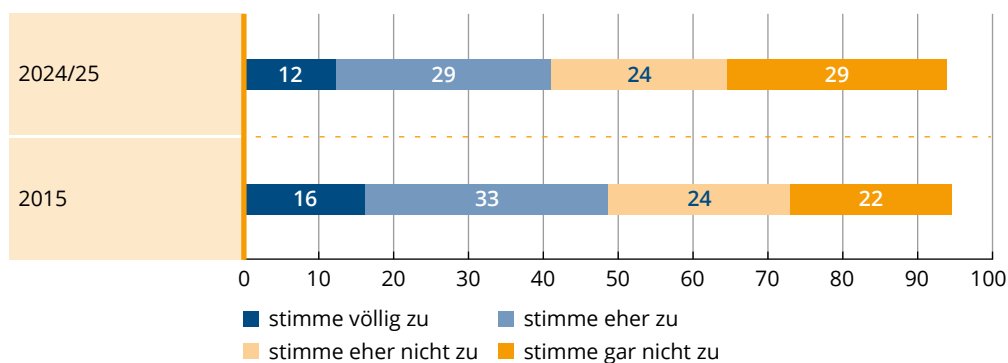


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte, Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.⁹ Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.

Frage: „Wie oft gehen Sie im Allgemeinen in einen Gottesdienst?“

In der Vergangenheit wurde in unterschiedlicher Intensität immer wieder diskutiert, inwiefern der Islam zu Deutschland gehört. In der Bevölkerung ist die Zustimmung zur Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ zwischen 2015 und 2024/2025 gesunken. Aktuell stimmen 12 Prozent der Aussage völlig zu (–4 Punkte), 29 Prozent stimmen eher zu (–4 Punkte). Gleichzeitig ist die Ablehnung gestiegen. 24 Prozent stimmen eher nicht zu (+/–0) und 29 Prozent stimmen gar nicht zu, der Islam gehöre zu Deutschland (+7 Punkte).

Abbildung 7: Einstellung zu „Der Islam gehört zu Deutschland“ im Zeitvergleich



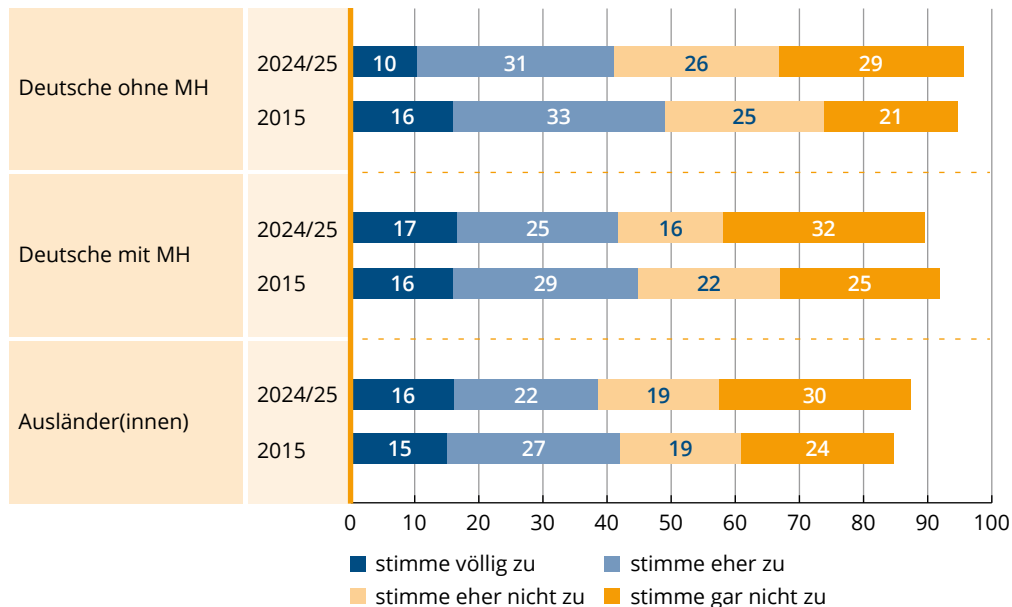
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Die Zustimmung zur Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ fällt unter Deutschen ohne und mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern ähnlich hoch aus. 41 Prozent der Deutschen ohne MH, 42 Prozent der Deutschen mit MH und 38 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer stimmen zu, der Islam gehöre zu Deutschland. Allerdings ist die Zustimmung unter den Deutschen ohne MH seit 2015 um 8 Prozentpunkte gesunken. Zugleich fällt die Ablehnung in dieser Gruppe höher aus als unter Deutschen mit MH oder Ausländerinnen und Ausländern, in denen der Anteil an Personen, die sich kein Urteil zutrauen, höher ist.

Abbildung 8: Einstellung zu „Der Islam gehört zu Deutschland“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

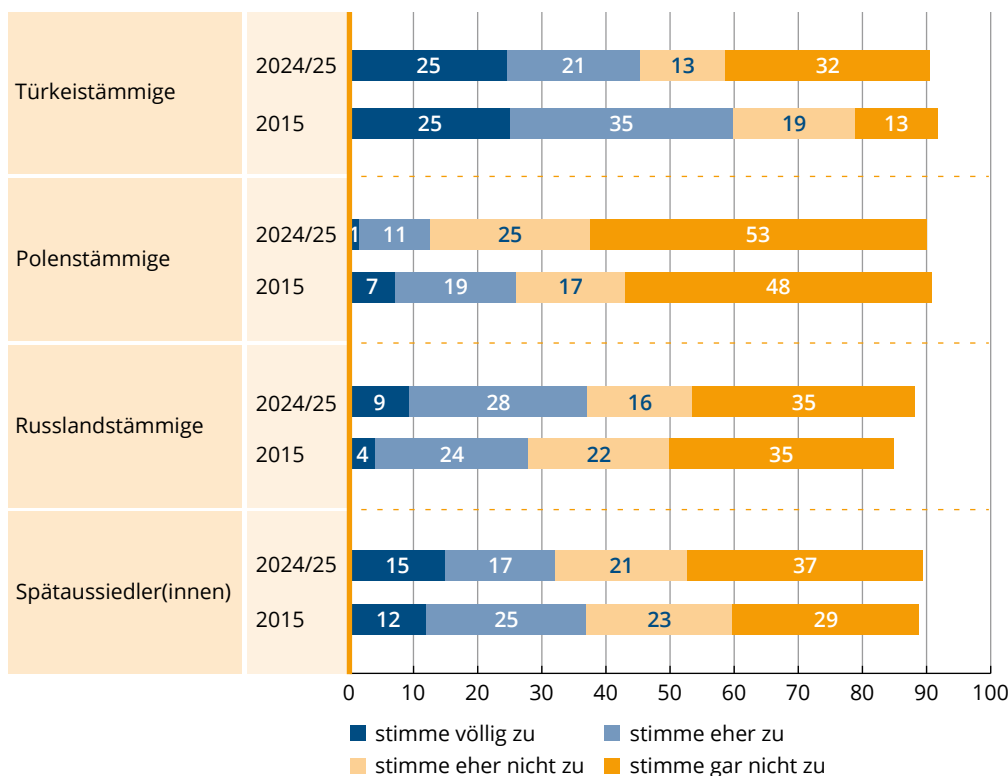
Ein Blick auf die Herkunftsgruppen zeigt dagegen teils deutliche Unterschiede und auch größere Veränderungen. Am häufigsten stimmen Türkeistämmige zu, der Islam gehöre zu Deutschland, am seltensten Polenstämmige. In diesen beiden Gruppen gibt es auch die stärksten Veränderungen über die Zeit. Sowohl unter Türkeistämmigen als auch unter Polenstämmigen ist die Zustimmung zu „Der Islam gehört zu Deutschland“ innerhalb von zehn Jahren gesunken.

2024/2025 stimmen 46 Prozent der Türkeistämmigen völlig oder eher zu, der Islam gehöre zu Deutschland. 2015 meinten das noch 60 Prozent (–14 Punkte). Unter Polenstämmigen lag die Zustimmung schon 2015 nur bei 26 Prozent. 2024/2025 ist sie auf 12 Prozent gesunken (–14 Punkte).

Auch die Zustimmung der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hat sich leicht verringert. Meinten 2015 noch 37 Prozent, der Islam gehöre zu Deutschland, sagen das zehn Jahre später nur noch 32 Prozent (–5 Punkte).

Dagegen sagen nun mehr Russlandstämmige, der Islam gehöre zu Deutschland, als 2015. Damals stimmten dem 28 Prozent der Russlandstämmigen völlig oder eher zu. Das war ein ähnlich hoher Anteil wie unter Polenstämmigen. Im Gegensatz zu Letzteren ist die Zustimmung unter Russlandstämmigen aber auf 37 Prozent angestiegen (+9 Punkte).

Abbildung 9: Einstellung zu „Der Islam gehört zu Deutschland“ nach Herkunftsgruppe im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

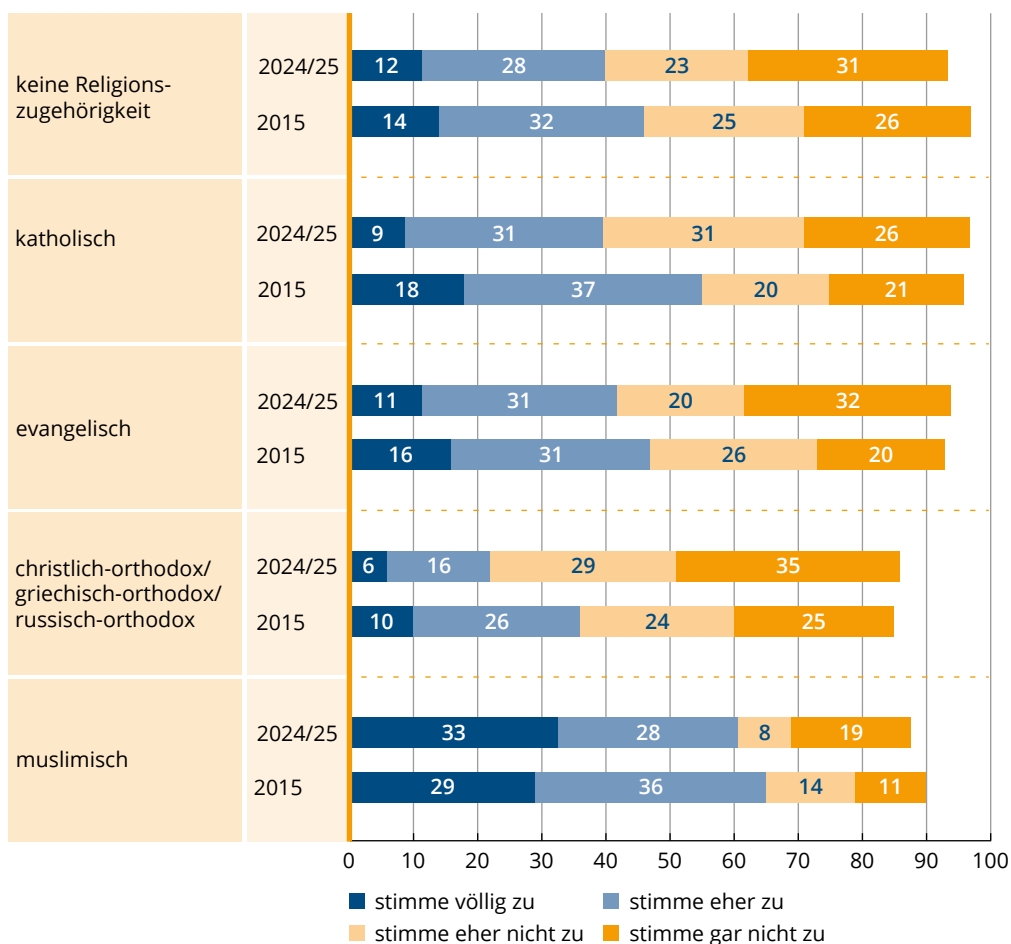
Analog zu den Unterschieden nach Herkunftsgruppe gibt es auch Unterschiede zwischen den Religionszugehörigkeiten. Am höchsten fällt die Zustimmung zur Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ unter Musliminnen und Muslimen aus, am niedrigsten unter Personen orthodoxen Glaubens. In allen Gruppen ist die Zustimmung zwischen den beiden Erhebungen (unterschiedlich stark) gesunken.

Unter Musliminnen und Muslimen fällt der Rückgang am geringsten aus. 2024/2025 meinen 61 Prozent der Musliminnen und Muslime, der Islam gehöre zu Deutschland. 2015 sagten das 65 Prozent (–4 Punkte).

Konfessionslose, Katholikinnen und Katholiken sowie Protestantinnen und Protestanten unterscheiden sich 2024/2025 nicht in ihrer Zustimmung. In allen drei Gruppen meinen rund 40 Prozent, der Islam gehöre zu Deutschland. Gleichzeitig lag in allen drei Gruppen die Zustimmung 2015 höher. Damals stimmten 46 Prozent der Konfessionslosen (–6 Punkte), 55 Prozent der Katholikinnen und Katholiken (–15 Punkte) und 47 Prozent der Protestantinnen und Protestanten (–5 Punkte) völlig oder eher zu.

Die geringste Zustimmung weisen Orthodoxe auf mit nur 22 Prozent, gleichzeitig fällt bei ihnen auch der Rückgang relativ hoch aus. 2015 stimmten noch 36 Prozent der Orthodoxen zu. Das entspricht einem Minus von 14 Punkten, womit der Rückgang ähnlich stark ausfällt wie unter Katholikinnen und Katholiken, die jedoch trotz Rückgang noch deutlich häufiger zustimmen.

Abbildung 10: Einstellung zu „Der Islam gehört zu Deutschland“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

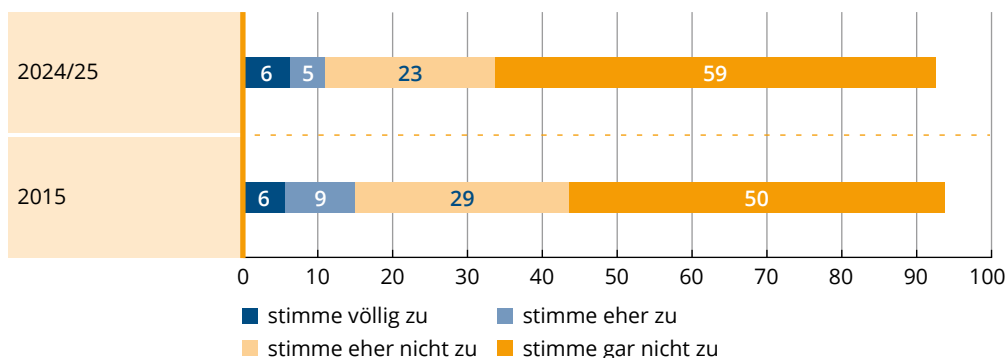
Die nächsten beiden Aussagen wurden nur Musliminnen und Muslimen gestellt, da sie sich explizit an sie richten. Gruppenvergleiche nach Migrationsstatus, Herkunftsgruppe oder Konfession sind daher nicht möglich. Nachdem die Stellung des Islam in Deutschland untersucht wurde, geht es nun um die Sicht von Musliminnen und Muslimen auf Christinnen und Christen sowie christliche Prägungen. Die erste Aussage erfasst,

inwiefern eine Heirat zwischen einer Muslima und einem Christen unter Musliminnen und Muslimen akzeptiert ist. Die zweite Aussage ist politischer Natur und erfasst, inwiefern Musliminnen und Muslime sich vorstellen können, eine christlich geprägte Partei zu wählen.

Die Aussage „Wenn in meiner Familie eine Muslima einen Christen heiratet, bringt sie Schande über die Familie“ ist eine absolute Minderheitsmeinung. 2024/2025 stimmen 11 Prozent der Musliminnen und Muslime völlig oder eher zu. 2015 meinten das 15 Prozent der Musliminnen und Muslime. Die überwiegende Mehrheit von 82 Prozent (2015: 79 Prozent) stimmt dem eher oder gar nicht zu.

Man könnte sich vorstellen, dass die Religiosität einen Einfluss auf die Zustimmung zur Aussage „Wenn in meiner Familie eine Muslima einen Christen heiratet, bringt sie Schande über die Familie“ haben könnte. 2024/2025 zeigt sich jedoch kein Effekt der Religiosität (ohne Abbildung).

Abbildung 11: Einstellung zu „Wenn in meiner Familie eine Muslima einen Christen heiratet, bringt sie Schande über die Familie“ im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

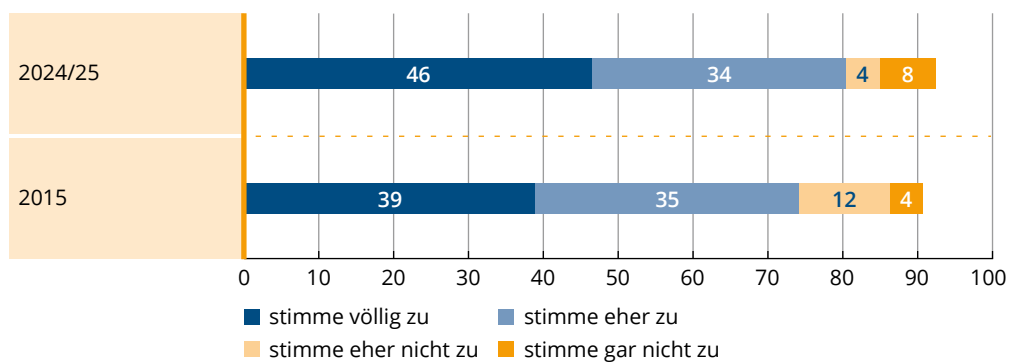
Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Für eine deutliche Mehrheit der Musliminnen und Muslime ist die Wahl einer christlich geprägten Partei vorstellbar. Die Zustimmung zur Aussage „Ich als Muslim/a kann mir vorstellen, eine christlich geprägte Partei zu wählen“ ist zudem zwischen den beiden Befragungen leicht gestiegen. 2015 stimmten 74 Prozent der Musliminnen und Muslime völlig oder eher zu, eine christlich geprägte Partei wählen zu können. 2024/2025 ist dieser Anteil auf 80 Prozent angestiegen. Lediglich 12 Prozent stimmen eher oder gar nicht zu.

Entsprechend ist es nicht verwunderlich, dass 29 Prozent der Musliminnen und Muslime (unabhängig von ihrer Wahlberechtigung), die eine Wahlabsicht angeben, die Union wählen würden (Hirndorf 2025: 16). 37 Prozent würden die SPD wählen und 11 Prozent die Linke. Alle anderen Parteien liegen bei weniger als 10 Prozent unter Musliminnen und Muslimen.

Abbildung 12: Einstellung zu „Ich als Muslim/a kann mir vorstellen, eine christlich geprägte Partei zu wählen“ im Zeitvergleich



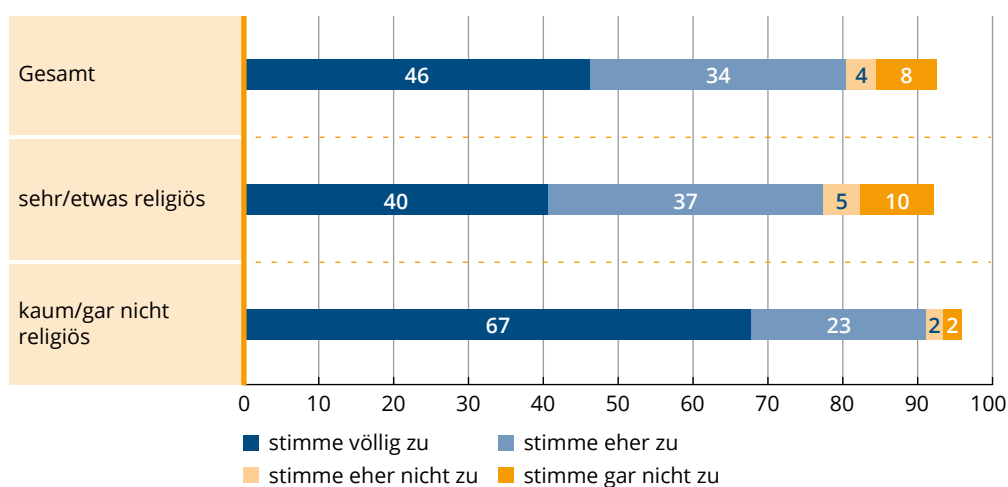
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Anders als bei der vorherigen Aussage zeigt sich hier ein leichter Effekt der Religiosität. Während sich ganze 90 Prozent der kaum oder gar nicht religiösen Musliminnen und Muslime vorstellen können, eine christlich geprägte Partei zu wählen, gilt das für 77 Prozent der sehr oder etwas religiösen Musliminnen und Muslime. Insgesamt ist damit aber auch in dieser Gruppe die Akzeptanz einer christlich geprägten Partei sehr hoch.

Abbildung 13: Einstellung zu „Ich als Muslim/a kann mir vorstellen, eine christlich geprägte Partei zu wählen“ nach Religiosität 2024/2025



*Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“*



Leben in Deutschland

Zum Leben in Deutschland wurden verschiedene Aspekte abgefragt, die sich in zwei Bereiche einteilen lassen: Erstens wurden Aspekte erhoben, die die identifikative Integration mit Deutschland (u. a. Esser 2001; Hans 2010) messen. Dazu gehört, inwiefern sich die Menschen in Deutschland wohl fühlen und das Gefühl haben, mit Respekt behandelt zu werden. Für Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer wurde zudem die Verbundenheit mit Deutschland im Vergleich zum Herkunftsland untersucht. Zusätzlich wurde als Indikator für die Verbundenheit abgefragt, inwiefern sich die Menschen über Politik in Deutschland und im Herkunftsland informieren. Zweitens wurde der Aspekt der kulturellen Integration untersucht (u. a. Esser 2001; Hans 2010). Dazu gehören die Haltungen zum Spracherwerb und zu einer kulturellen Anpassung. Nicht untersucht wurde dagegen, inwiefern Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer tatsächlich sprachlich und kulturell integriert sind. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden die Dimensionen der strukturellen und der sozialen Integration (u. a. Esser 2001; Hans 2010).

4.1 Identifikative Integration: Überblick

Bei der identifikativen Integration zeigt sich viel Positives, aber auch das ein oder andere, das nachdenklich stimmen sollte. Positiv ist auf jeden Fall, dass die überwältigende Mehrheit von über 90 Prozent der Menschen gerne in Deutschland lebt. Das hat sich in den letzten zehn Jahren auch nicht verändert. Außerdem fühlen sich rund 90 Prozent der Menschen wohl in Deutschland.

Darüber hinaus zeigt sich ein integrativer Effekt der deutschen Staatsangehörigkeit auf die emotionale Verbundenheit mit Deutschland. Deutsche mit MH drücken beim Fußball häufiger der deutschen Nationalmannschaft die Daumen. Ausländerinnen und Ausländer halten dagegen häufiger zu ihrem Herkunftsland. Zudem informieren sich Deutsche mit MH häufiger über die Politik in Deutschland als Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Außerdem sind viele Menschen stolz auf Deutschland. Hier sind allerdings Ausländerinnen und Ausländer am häufigsten stolz auf Deutschland, gefolgt von Deutschen mit MH, die wiederum häufiger stolz auf Deutschland sind als Deutsche ohne MH.

Deutsche ohne MH informieren sich insgesamt häufiger über Politik als Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer. Deutsche mit MH informieren sich wiederum deutlich häufiger über das politische Geschehen in Deutschland als über die Politik in ihrem Herkunftsland. Unter Ausländerinnen und Ausländern ist dieser Unterschied minimal. Sie informieren sich etwa gleich häufig über die Politik in Deutschland und in ihrem Herkunftsland.



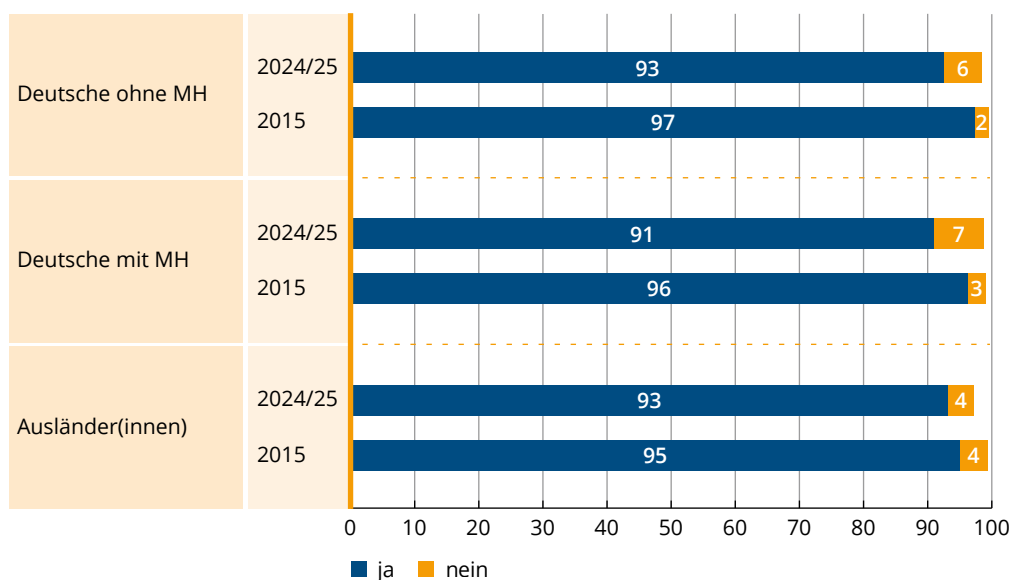
Etwas nachdenklich stimmen sollte, dass immer weniger Menschen sich grundsätzlich mit Respekt behandelt fühlen. Unter Deutschen ohne und mit MH sowie unter Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern ist der Anteil derjenigen, die sich immer mit Respekt behandelt fühlen, deutlich gesunken. Interessanterweise ist von allen untersuchten Gruppen nur unter Türkeistämmigen sowie Musliminnen und Muslimen das Respektsempfinden gestiegen. Die Gründe für diese Entwicklung können mit den Daten nicht zweifelsfrei geklärt werden. Es gibt aber Hinweise auf mögliche Erklärungen. Hirndorf (2025) analysiert, dass Türkeistämmige eine unterdurchschnittliche Wahlabsicht für die AfD aufweisen, Polenstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler dagegen überdurchschnittlich häufig bei der Wahlabsicht die AfD angeben. Zugleich zeigen unsere Daten, dass die Wählerschaft der AfD zusammen mit den Wählerinnen und Wählern der Linken und des BSW seltener als alle anderen Wählerschaften meinen, sie würden immer mit Respekt behandelt (ohne Abbildung).

Ambivalent ist der Befund, dass mehr Menschen als noch vor zehn Jahren meinen, man werde in Deutschland komisch angeschaut, wenn man nicht aussehe wie ein Deutscher. Vor allem unter Deutschen ohne und Deutschen mit MH, aber auch unter Türkeistämmigen und Russlandstämmigen hat diese Einschätzung zugenommen. Auf den ersten Blick verwundert es, dass Ausländerinnen und Ausländer dem weniger zustimmen als Deutsche ohne MH. Da es sich um eine Fremdeinschätzung handelt und nicht unbedingt um die eigene Erfahrung, kann jedoch nicht geklärt werden, woraus der Anstieg in den einzelnen Gruppen resultiert.

4.1.1 Wohlbefinden und Respekt

Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland lebt gerne hier. Das war schon 2015 so und das gilt auch heute noch. Über 90 Prozent der Deutschen ohne und mit MH sowie der Ausländerinnen und Ausländer gibt an, gerne in Deutschland zu leben. Die drei Gruppen unterscheiden sich nicht nennenswert voneinander. Im Vergleich zu 2015 gibt es einen ganz leichten Rückgang, der aber auf diesem Niveau inhaltlich nicht von Bedeutung ist.

Abbildung 14: Gerne in Deutschland leben nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



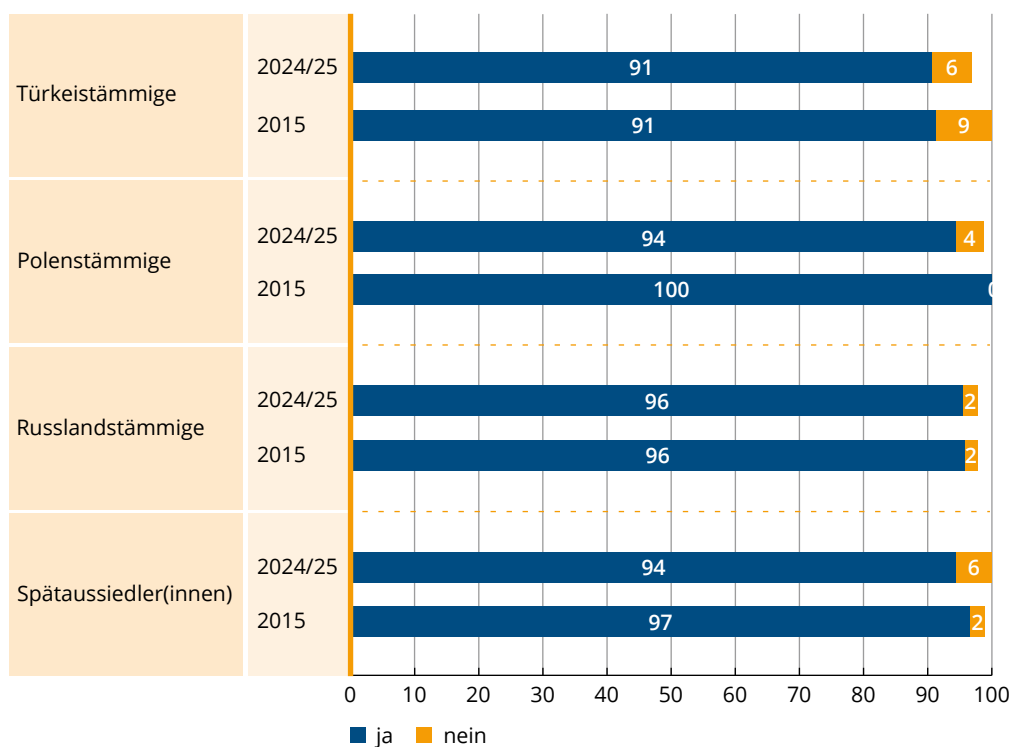
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Leben Sie alles in allem gerne in Deutschland?“

Die Differenzierung nach Herkunftsländern und Spätaussiedlerinnen sowie Spätaussiedler zeigt, dass auch hier alle Gruppen gerne in Deutschland leben. Die Gruppenunterschiede sind gering. Am häufigsten geben Russlandstämmige an, gerne in Deutschland zu leben (96 Prozent), leicht niedriger fällt der Anteil unter Türkeistämmigen mit 91 Prozent aus. Innerhalb von zehn Jahren gibt es kaum Veränderungen.

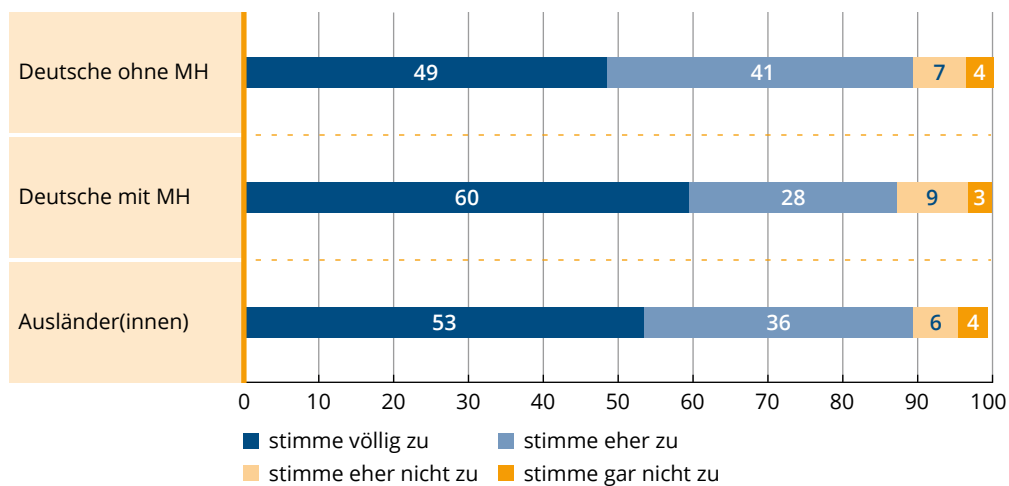
Abbildung 15: Gerne in Deutschland leben nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Leben Sie alles in allem gerne in Deutschland?“

Dazu passend gibt auch eine deutliche Mehrheit 2024/2025 an, sich in Deutschland wohlfühlen. 90 Prozent der Deutschen ohne MH, 88 Prozent der Deutschen mit MH und 89 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer stimmen der Aussage „Ich fühle mich in Deutschland wohl“ völlig oder eher zu. Betrachtet man nur den Anteil derjenigen, die „völlig“ zustimmen, fühlen sich Deutsche mit MH (60 Prozent) noch etwas wohler als Ausländerinnen und Ausländer (53 Prozent) oder Deutsche ohne MH (49 Prozent). Ein Vergleichswert für 2015 liegt für diese Aussage nicht vor.

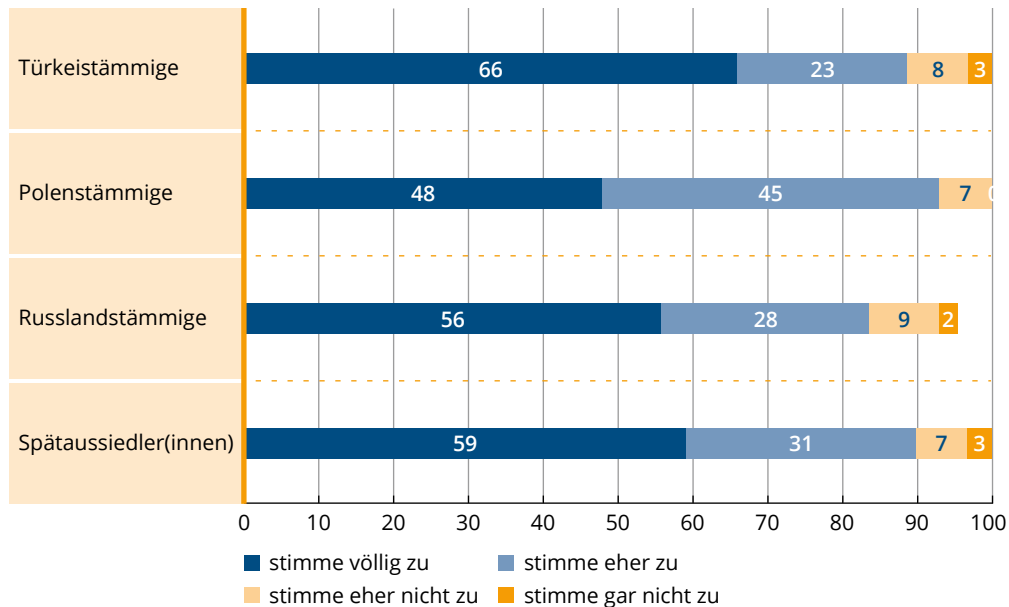
Abbildung 16: Einstellung zu „Ich fühle mich in Deutschland wohl“ nach Migrationsstatus 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Auch für alle untersuchten Herkunftsgruppen gilt, dass sich eine große Mehrheit in Deutschland wohlfühlt. Die Gruppenunterschiede sind gering. 93 Prozent der Polenstämmigen, 90 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, 89 Prozent der Türkeistämmigen und 84 Prozent der Russlandstämmigen fühlen sich in Deutschland wohl.

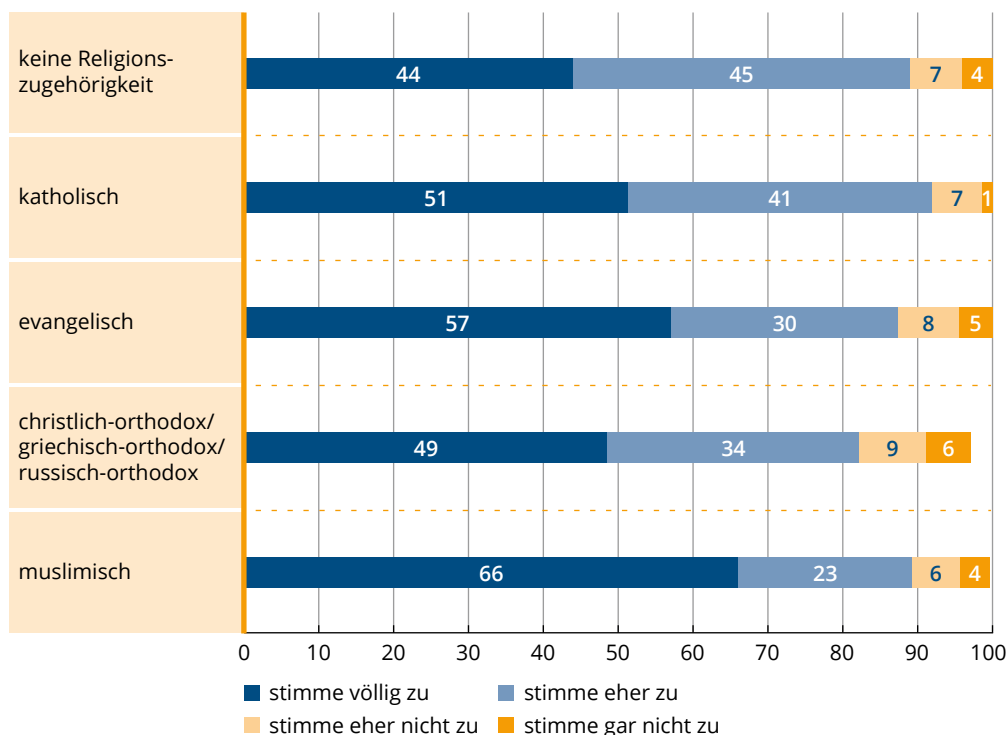
Abbildung 17: Einstellung zu „Ich fühle mich in Deutschland wohl“ nach Herkunftsland 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Auch die Differenzierung nach Religionszugehörigkeit ergibt nur geringe Unterschiede. Am häufigsten stimmen Katholikinnen und Katholiken mit 92 Prozent völlig oder eher zu, sich in Deutschland wohlfühlen. Fast ebenso häufig stimmen Konfessionslose sowie Musliminnen und Muslime völlig oder eher zu (je 89 Prozent), sich in Deutschland wohlfühlen. Sehr ähnlich stimmen evangelische Personen mit 87 Prozent voll oder eher zu. Am geringsten, aber immer noch auf sehr hohem Niveau, fällt die Zustimmung unter orthodoxen Personen aus, von denen 83 Prozent angeben, sich in Deutschland wohlfühlen.

Abbildung 18: Einstellung zu „Ich fühle mich in Deutschland wohl“ nach Religionszugehörigkeit 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

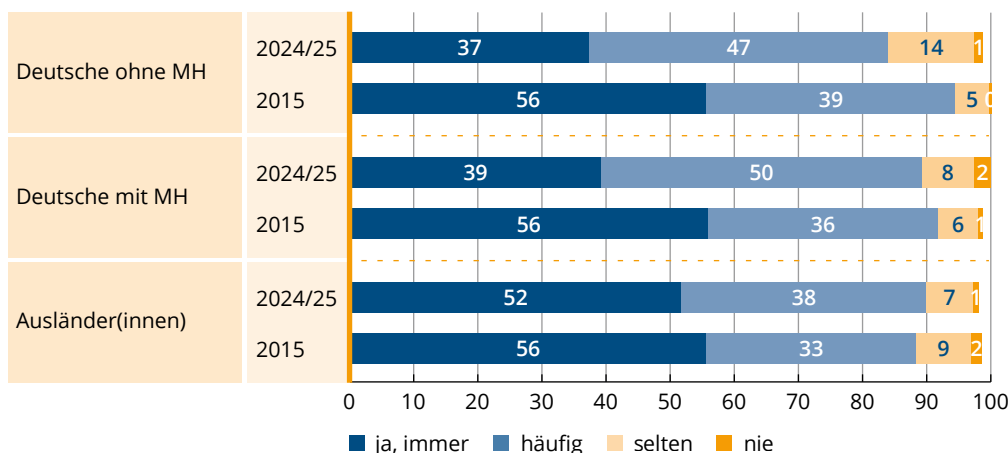
Eine deutliche Mehrheit lebt gerne in Deutschland und fühlt sich auch in Deutschland wohl. Allerdings fühlt sich unter Deutschen ohne und mit MH nur eine Minderheit immer mit Respekt behandelt. 2015 war das noch anders. Damals sagte in beiden Gruppen eine Mehrheit, sie würden immer mit Respekt behandelt. Die Gründe hierfür können mit den vorliegenden Daten nicht geklärt werden. Wie schon angedeutet, wäre es aber durchaus denkbar, dass es einen Zusammenhang mit dem Erstarken der politischen Ränder gibt. Denn die Wählerinnen und Wähler der AfD, des BSW und der Linken meinen seltener als alle anderen Wählerschaften, sie würden immer mit Respekt behandelt (ohne Abbildung).

37 Prozent der Deutschen ohne MH geben 2024/2025 an, immer mit Respekt behandelt zu werden. 47 Prozent fühlen sich häufig mit Respekt behandelt. Nur 14 Prozent der Deutschen ohne MH fühlen sich selten und 1 Prozent nie mit Respekt behandelt. Das klingt erst einmal gut. Im Vergleich mit 2015 zeigt sich aber ein deutlicher Rückgang bei der Kategorie „immer“. Damals fühlten sich noch 56 Prozent der Deutschen ohne MH immer mit Respekt behandelt. Folglich ist der Anteil innerhalb von zehn Jahren um 19 Punkte gesunken. Der Anteil derjenigen, die sich häufig mit Respekt behandelt fühlen, ist um 8 Punkte gestiegen (2015: 39 Prozent) und selten mit Respekt behandelt fühlen sich nun 14 Prozent, also 9 Prozentpunkte mehr als 2015 (5 Prozent).

Ganz ähnlich verhält es sich bei Deutschen mit MH. 2024/2025 fühlen sich 39 Prozent immer mit Respekt behandelt. 2015 sagten das noch 56 Prozent (–17 Punkte). Dafür fühlen sich nun 50 Prozent häufig mit Respekt behandelt im Vergleich zu 36 Prozent in 2015 (+14 Punkte). Die Antworten „selten“ und „nie“ liegen nahezu unverändert bei unter 10 Prozent.

Unter Ausländerinnen und Ausländern dagegen hat sich das Respektsempfinden kaum verändert. 52 Prozent fühlen sich 2024/2025 immer mit Respekt behandelt. 2015 sagten das 56 Prozent (–4 Punkte). Zusätzlich fühlen sich 38 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer häufig mit Respekt behandelt (+5 Punkte). Nur 7 und 1 Prozent geben an, selten oder nie respektvoll behandelt zu werden.

Abbildung 19: Mit Respekt behandelt werden nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



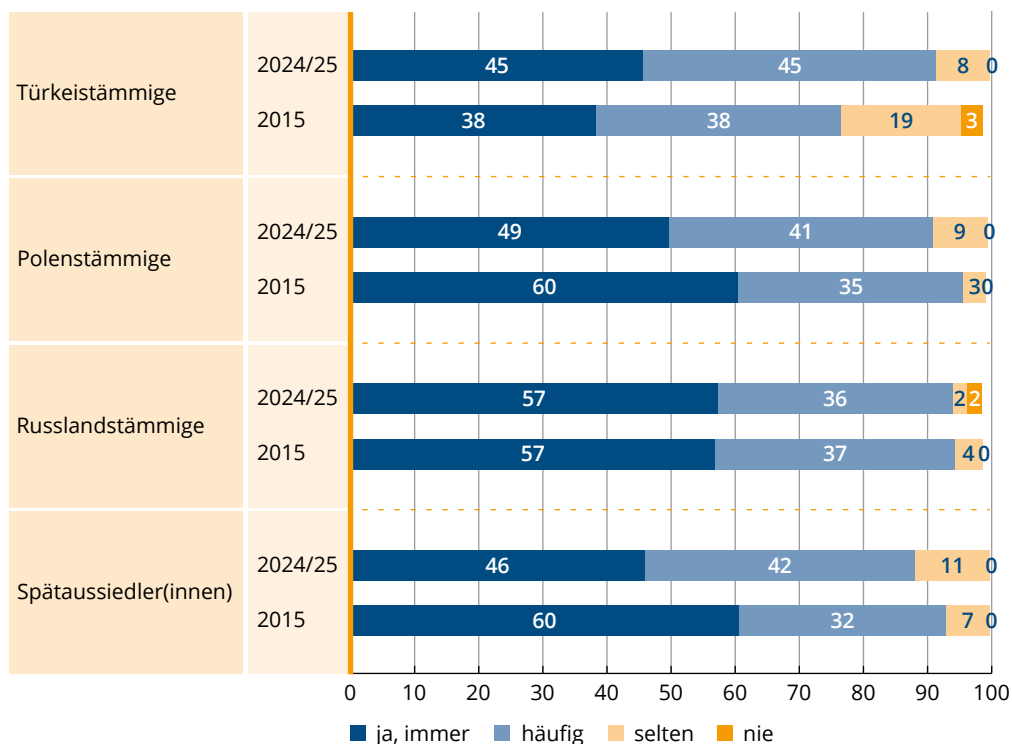
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Fühlen Sie sich in Deutschland mit Respekt behandelt?“

In den Herkunftsgruppen unterscheidet sich die Veränderung des Respektsempfindens. Wenn man von einem gesamtgesellschaftlichen Trend ausginge, hieße das, dass sich die Türkeistämmigen diesem Trend widersetzen, denn Türkeistämmige fühlen sich 2024/2025 häufiger mit Respekt behandelt als 2015. Sie äußern auch unterdurchschnittlich häufig eine Wahlabsicht für die AfD (Hirndorf 2025: 10). Unter Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, die überdurchschnittlich häufig die AfD wählen (Hirndorf 2025: 13 ff.), ist das Respektsempfinden gesunken, während es sich unter Russlandstämmigen nicht verändert hat. Gleichzeitig weisen Wählerinnen und Wähler der AfD ein unterdurchschnittliches Respektsempfinden auf (ohne Abbildung).

45 Prozent der Türkeistämmigen fühlen sich immer mit Respekt behandelt. 2015 meinten das 38 Prozent der Türkeistämmigen. Damit ist der Anteil um 7 Punkte gestiegen. Zusätzlich sagen 45 Prozent der Türkeistämmigen, sie würden häufig mit Respekt behandelt. 2015 lag auch dieser Anteil bei 38 Prozent. Zugleich ist der Anteil an Türkeistämmigen, die sich selten mit Respekt behandelt fühlen, von 19 Prozent auf 8 Prozent gesunken (nie: von 3 auf 0 Prozent).

Die Werte der Polenstämmigen sowie der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ähneln sich sehr. Der Anteil an Polenstämmigen, die sich immer mit Respekt behandelt fühlen, ist von 60 Prozent auf 49 Prozent gesunken (-11 Punkte; Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler: -14 Punkte). Zugleich ist der Anteil an Polenstämmigen, die häufig eine respektvolle Behandlung wahrnehmen, von 35 Prozent auf 41 Prozent gestiegen (+6 Punkte; Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler: +10 Punkte). Dazu ist der Anteil, die sich selten respektvoll behandelt fühlen, von 3 Prozent auf 9 Prozent gestiegen (+6 Punkte; Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler: +4 Punkte). Weder Polenstämmige noch Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler geben an, nie mit Respekt behandelt zu werden.

Abbildung 20: Mit Respekt behandelt werden nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Fühlen Sie sich in Deutschland mit Respekt behandelt?“

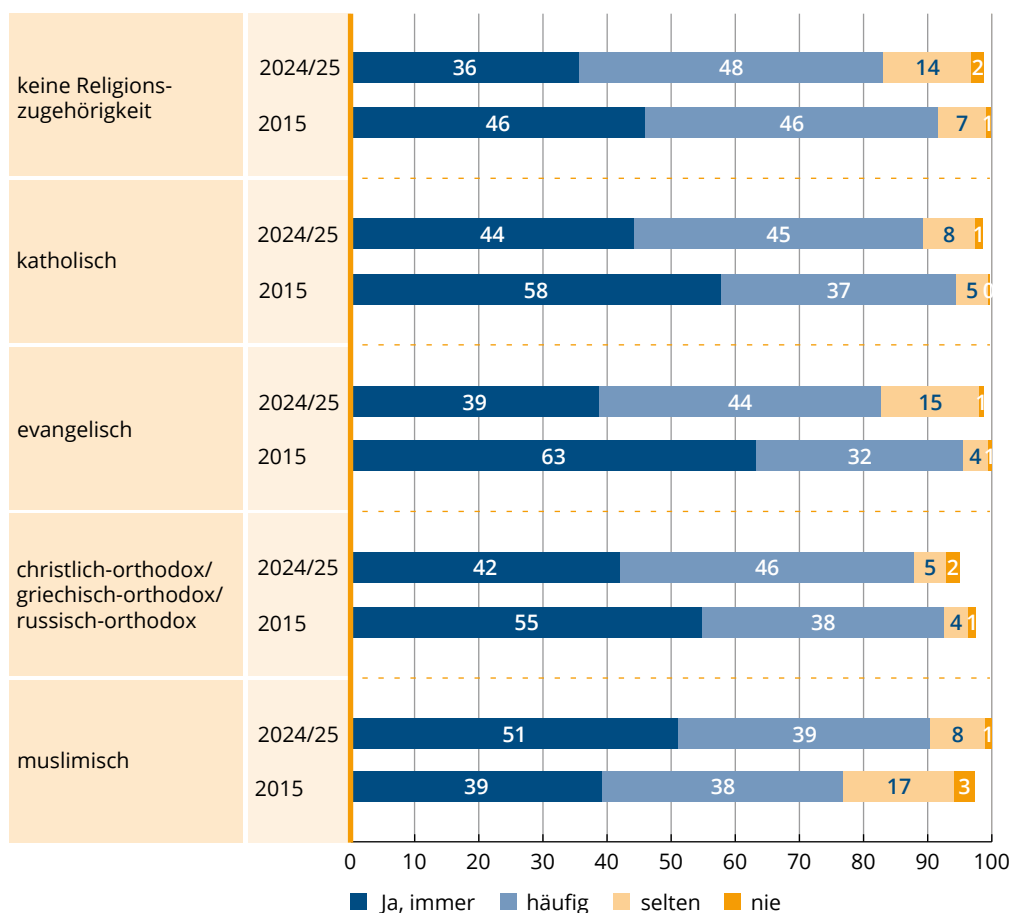
Auch zwischen den Konfessionen zeigen sich Unterschiede. Unter Musliminnen und Muslimen ist das Respektsempfinden gestiegen, wogegen es unter Konfessionslosen, Katholikinnen und Katholiken, Protestantinnen und Protestanten sowie Orthodoxen gesunken ist.

Der Anteil an Musliminnen und Muslimen, die sich immer mit Respekt behandelt fühlen, ist von 39 Prozent auf 51 Prozent gestiegen (+12 Punkte). Damit liegt das Respektsempfinden unter Musliminnen und Muslimen höher als in allen anderen Gruppen.

Den stärksten Rückgang gibt es dagegen unter Protestantinnen und Protestanten. Bei ihnen ist der Anteil an Personen, die sich immer mit Respekt behandelt fühlen, von 63 Prozent auf 39 Prozent gesunken (-24 Punkte). Etwas geringer, aber immer noch deutlich, fällt der Rückgang unter Katholikinnen und Katholiken (-14 Punkte) und Orthodoxen (-13 Punkte) aus. Hier meinen nun 44 Prozent bzw. 42 Prozent, sie würden immer respektvoll behandelt.

Am geringsten fällt der Rückgang unter Konfessionslosen aus (-10 Punkte). Allerdings ist unter Konfessionslosen auch der Anteil an Personen, die sich immer respektvoll behandelt fühlen, mit 36 Prozent geringer als in allen anderen Gruppen.

Abbildung 21: Mit Respekt behandelt werden nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Fühlen Sie sich in Deutschland mit Respekt behandelt?“

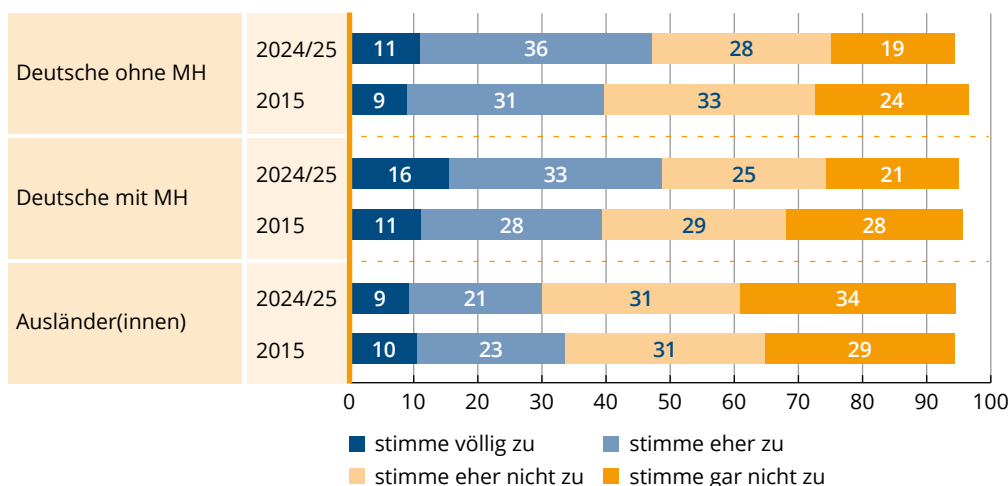
Zusätzlich zu den bisher analysierten Aspekten des Lebens in Deutschland wurde auch die Einstellung zur Aussage „Wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher¹⁰, wird man hier komisch angeschaut“ erhoben. Deutsche ohne und Deutsche mit MH meinen häufiger als Ausländerinnen und Ausländer, man werde komisch angesehen, wenn man nicht aussehe, wie ein Deutscher. Zudem ist diese Haltung zwischen 2015 und 2024/2025 in diesen beiden Gruppen leicht gestiegen. Dass Ausländerinnen und Ausländer hier seltener zustimmen als Deutsche ohne MH, ist erst einmal überraschend. Inwiefern es sich dabei um eigene Erfahrungen handelt oder um die Annahme, andere würden diese Erfahrung machen, kann nicht geklärt werden. Die hohe Zustimmung unter Deutschen ohne MH deutet in dieser Gruppe eher auf Letzteres hin. Die hohe Zustimmung unter Türkeistämmigen (s. u.) legt in dieser Gruppe wiederum eher eigene Erfahrungen nahe. Beides kann jedoch anhand der vorliegenden Daten nicht eindeutig geklärt werden.

47 Prozent der Deutschen ohne MH stimmen völlig oder eher zu, dass man komisch angesehen werde, wenn man nicht aussehe wie ein Deutscher. 2015 meinten das 40 Prozent (+7 Punkte).

Unter Deutschen mit MH ist die Zustimmung in beiden Erhebungen ähnlich hoch wie unter Deutschen ohne MH. 49 Prozent der Deutschen mit MH meinen 2024/2025, man werde komisch angesehen. 2015 sagten das 39 Prozent (+10 Punkte).

Unter Ausländerinnen und Ausländern ist diese Haltung weniger verbreitet und hat sich zwischen den beiden Umfragen kaum verändert. 2024/2025 stimmen 30 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer völlig oder eher zu, 2015 waren es 33 Prozent.

Abbildung 22: Einstellung zu „Wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher, wird man hier komisch angeschaut“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

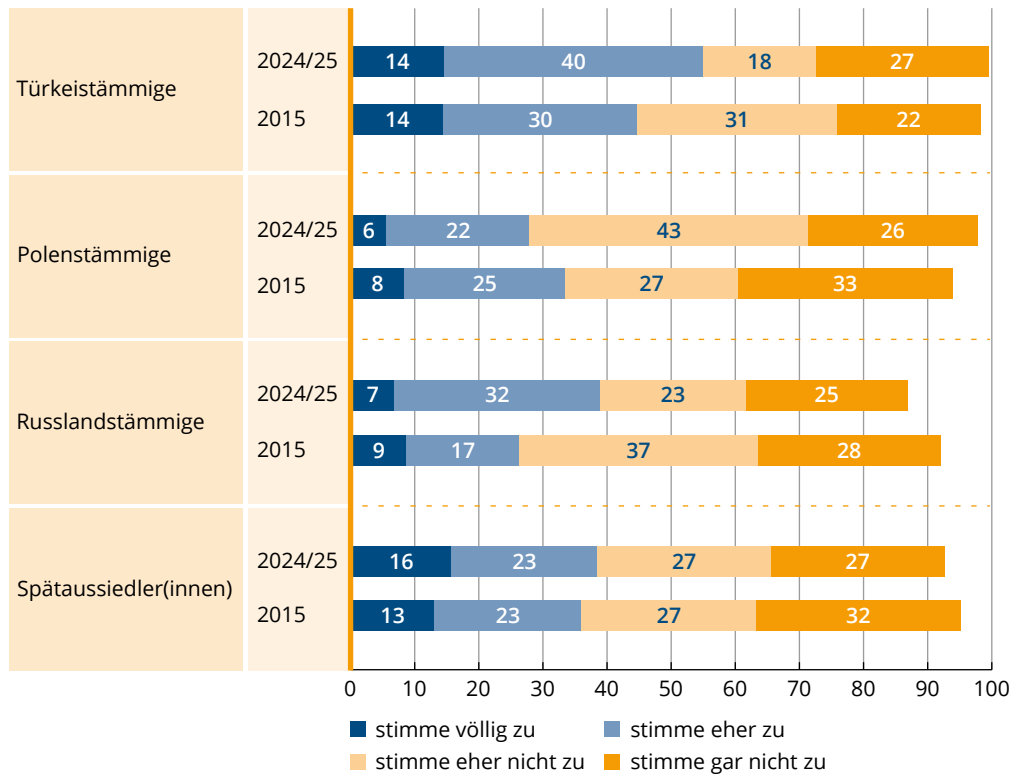
Von den untersuchten Herkunftsgruppen stimmen Türkeistämmige am häufigsten der Aussage zu „Wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher, wird man hier komisch angeschaut“. 54 Prozent der Türkeistämmigen stimmen dem völlig oder eher zu. 2015 sagten das 44 Prozent. Das entspricht einem Anstieg von 10 Punkten in zehn Jahren.

Am zweithäufigsten stimmen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Russlandstämmige der Aussage zu. 39 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler meinen, man werde komisch angesehen, wenn man nicht aussehe wie ein Deutscher. Im Vergleich zu 2015 gibt es aber kaum Veränderung (36 Prozent).

Auch 39 Prozent der Russlandstämmigen stimmen der Aussage zu. 2015 lag der Anteil unter Russlandstämmigen allerdings noch bei 26 Prozent. Seitdem ist die Zustimmung also um 13 Punkte angestiegen.

Die geringste Zustimmung findet sich unter Polenstämmigen. 28 Prozent stimmen völlig oder eher zu, dass man komisch angeschaut werde, wenn man nicht aussehe wie ein Deutscher. Im Vergleich zu 2015 ist die Zustimmung unter Polenstämmigen damit sogar leicht gesunken (-5 Punkte).

Abbildung 23: Einstellung zu „Wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher, wird man hier komisch angeschaut“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
 Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Konfessionslose stimmen am häufigsten zu, man werde komisch angeschaut, wenn man nicht aussehe wie ein Deutscher. Am seltensten stimmen dem Orthodoxe zu, unter denen – als einzige Gruppe – die Zustimmung nennenswert zurückgegangen ist. In den meisten anderen Gruppen ist die Zustimmung dagegen gestiegen.

49 Prozent der Konfessionslosen stimmen der Aussage völlig oder eher zu. Im Vergleich zu 2015 ist die Zustimmung leicht gestiegen (+6 Punkte).

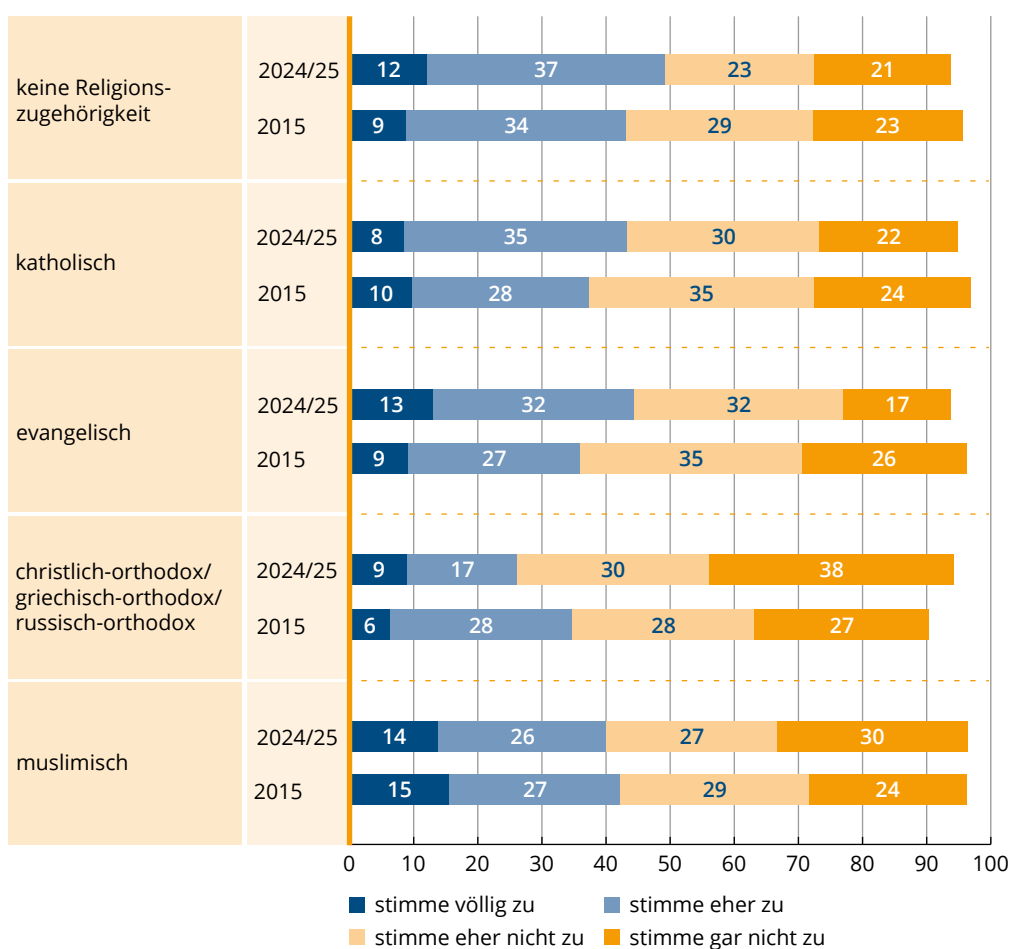
Auf Platz zwei folgen evangelische Personen. Unter ihnen stimmen 45 Prozent zu, man werde komisch angesehen. 2015 lag die Zustimmung in dieser Gruppe bei 36 Prozent (+9 Punkte).

Unter Katholikinnen und Katholiken stimmen 43 Prozent völlig oder eher zu. Auch in dieser Gruppe ist die Zustimmung damit leicht gestiegen seit 2015 (+5 Punkte).

Unter Musliminnen und Muslimen hat sich die Zustimmung zwischen den beiden Erhebungen nicht nennenswert verändert. 2024/2025 stimmen 40 Prozent der Musliminnen und Muslime völlig oder eher zu, dass man komisch angeschaut werde, wenn man nicht wie ein Deutscher aussehe (2015: 42 Prozent).

Die geringste Zustimmung findet sich unter Personen mit orthodoxem Glauben. 26 Prozent stimmen hier zu. 2015 lag dieser Anteil bei 34 Prozent. Damit ist die Zustimmung unter Orthodoxen gesunken (–8 Punkte).

Abbildung 24: Einstellung zu „Wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher, wird man hier komisch angeschaut“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

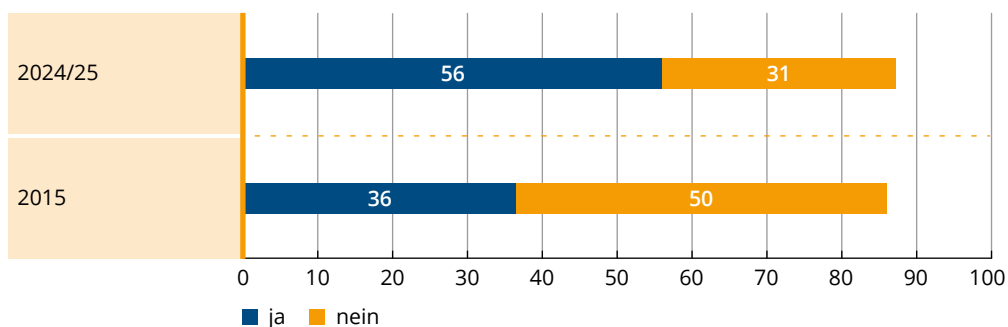
4.1.2 Verbundenheit

Die Verbundenheit mit Deutschland und mit dem Herkunftsland wurde mit unterschiedlichen Items erfasst. Ausländerinnen und Ausländer wurden u. a. gefragt, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben möchten. Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer erhielten zudem die sogenannte Fußball-Frage, also die Frage, welchem Land man beim Fußball die Daumen drückt. Darüber hinaus wurde für alle Befragten erhoben, ob sie stolz auf Deutschland sind.

Seit 2015 ist der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern, die deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden möchten, um 20 Punkte gestiegen. Mit 56 Prozent möchte über die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Dieser Anstieg ist insofern erwartbar, als auch die Zahl der tatsächlichen Einbürgerungen im Jahr 2024 einen neuen Höchststand erreicht hat (Statistisches Bundesamt 2025b).

Wenig überraschend sinkt der Wunsch nach der deutschen Staatsangehörigkeit mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland (ohne Abbildung). Während rund 70 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer, die seit bis zu 10 Jahren in Deutschland sind, auch Deutsche werden wollen, gilt das nur noch für 21 Prozent derjenigen, die schon seit über 30 Jahren in Deutschland leben. Das kann entweder daran liegen, dass die Mehrheit der Ausländerinnen und Ausländer mit Einbürgerungswunsch diesen im Laufe der Zeit erfüllen kann oder dass sie den Wunsch nach Einbürgerung aus verschiedenen Gründen mit der Zeit aufgibt. Mit den vorliegenden Daten kann das nicht geklärt werden.

Abbildung 25: Wunsch nach dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit im Zeitvergleich



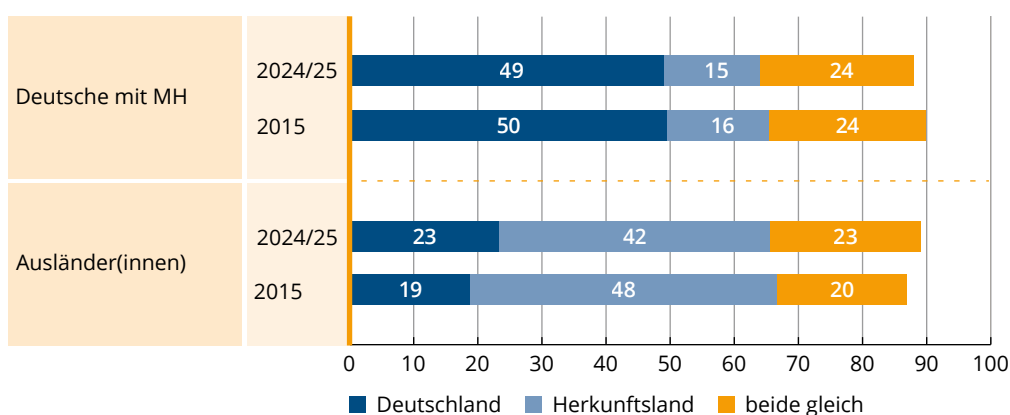
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Möchten Sie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben?“

Die Identifikation mit Deutschland kann sich auch im Fußball zeigen. Hier macht die deutsche Staatsangehörigkeit einen deutlichen Unterschied. Deutsche mit MH halten wesentlich häufiger zu Deutschland als Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Gefragt, wem sie beim Fußball die Daumen drücken würden, hält die Hälfte der Deutschen mit MH zu Deutschland. 15 Prozent drücken dagegen ihrem Herkunftsland die Daumen, ein Viertel wiederum hält zu beiden gleichermaßen. Das war auch schon 2015 so.

Ausländerinnen und Ausländer halten dagegen zu 42 Prozent zu ihrem Herkunftsland. Ein knappes Viertel drückt für Deutschland die Daumen und ein weiteres knappes Viertel für beide Länder.

Abbildung 26: „Wem würden Sie beim Fußball die Daumen drücken?“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Stellen Sie sich vor, Deutschland würde im Fußball gegen <Herkunftsland/Herkunftsland der Mutter/Herkunftsland des Vaters> spielen: Wem würden Sie die Daumen drücken?“

Die stärkste Verbundenheit mit Deutschland weisen – zumindest beim Fußball – Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Russlandstämmige auf. Am seltensten unterstützen Türkeistämmige Deutschland im Fußball. Allerdings geben sie besonders häufig an, beide Länder gleich zu unterstützen.

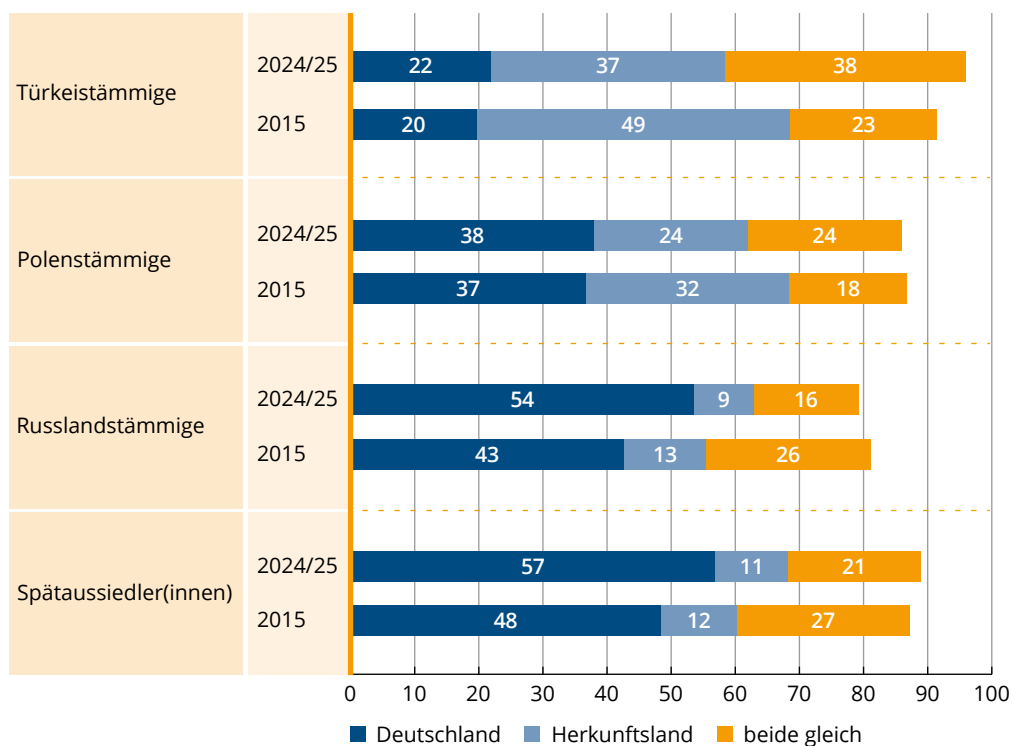
57 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler würden im Fußball Deutschland die Daumen drücken. Seit 2015 ist dieser Anteil um 9 Punkte gestiegen. Lediglich 11 Prozent würden dem Herkunftsland die Daumen drücken und 21 Prozent beiden Ländern.

Ähnlich verhält es sich unter Russlandstämmigen. 54 Prozent der Russlandstämmigen würden im Fußball für Deutschland mitfiebern (+11 Punkte), 9 Prozent für Russland und 16 Prozent für beide Länder.

Der Anteil an Polenstämmigen, die im Fußball Deutschland die Daumen drücken würden, ist zwar konstant, aber mit 38 Prozent niedriger als unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie Russlandstämmigen. Je ein knappes Viertel würde für Polen oder für beide Länder die Daumen drücken. Im Vergleich zu 2015 zeigt sich allerdings eine Verschiebung. Weniger Polenstämmige würden jetzt Polen die Daumen drücken (–8 Punkte), dafür halten mehr Polenstämmige nun zu beiden Ländern (+6 Punkte).

Die unverändert geringste Unterstützung gibt es für Deutschland unter Türkeistämmigen. Nur 22 Prozent der Türkeistämmigen geben an, beim Fußball Deutschland die Daumen zu drücken. Allerdings ist der Anteil an Türkeistämmigen, die der Türkei die Daumen drücken würden, deutlich gesunken auf 37 Prozent (–12 Punkte). Stattdessen unterstützen nun mit 38 Prozent mehr Polenstämmige beide Länder (+15 Punkte).

Abbildung 27: „Wem würden Sie beim Fußball die Daumen drücken?“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

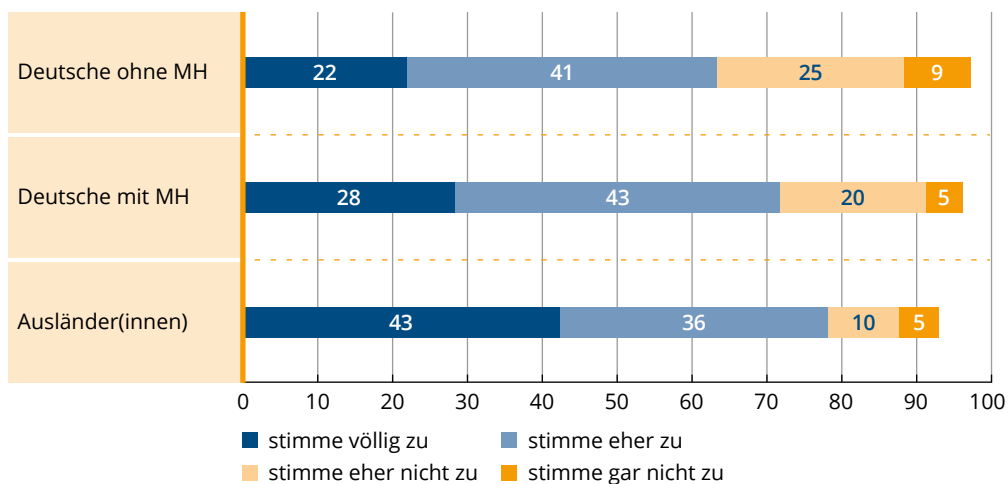
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Stellen Sie sich vor, Deutschland würde im Fußball gegen <Herkunftsland/Herkunftsland der Mutter/Herkunftsland des Vaters> spielen. Wem würden Sie die Daumen drücken?“

Darüber hinaus wurde gefragt, ob die Menschen stolz auf Deutschland sind. Erstaunlicherweise sind Ausländerinnen und Ausländer häufiger stolz auf Deutschland als Deutsche mit MH und diese wiederum häufiger als Deutsche ohne MH. Hier zeigt sich folglich keine gesteigerte Identifikation durch die deutsche Staatsangehörigkeit. Diese Frage wurde in früheren Umfragen nicht erhoben, sodass kein Zeitvergleich möglich ist.

79 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer stimmen der Aussage „Ich bin stolz auf Deutschland“ völlig oder eher zu. Lediglich 15 Prozent stimmen ihr eher oder gar nicht zu. Unter Deutschen mit MH liegt die Zustimmung bei 71 Prozent. Am seltensten geben Deutsche ohne MH an, stolz auf Deutschland zu sein. 63 Prozent der Deutschen ohne MH sind nach eigener Angabe stolz auf Deutschland.

Abbildung 28: Einstellung zu „Ich bin stolz auf Deutschland“ nach Migrationsstatus 2024/2025

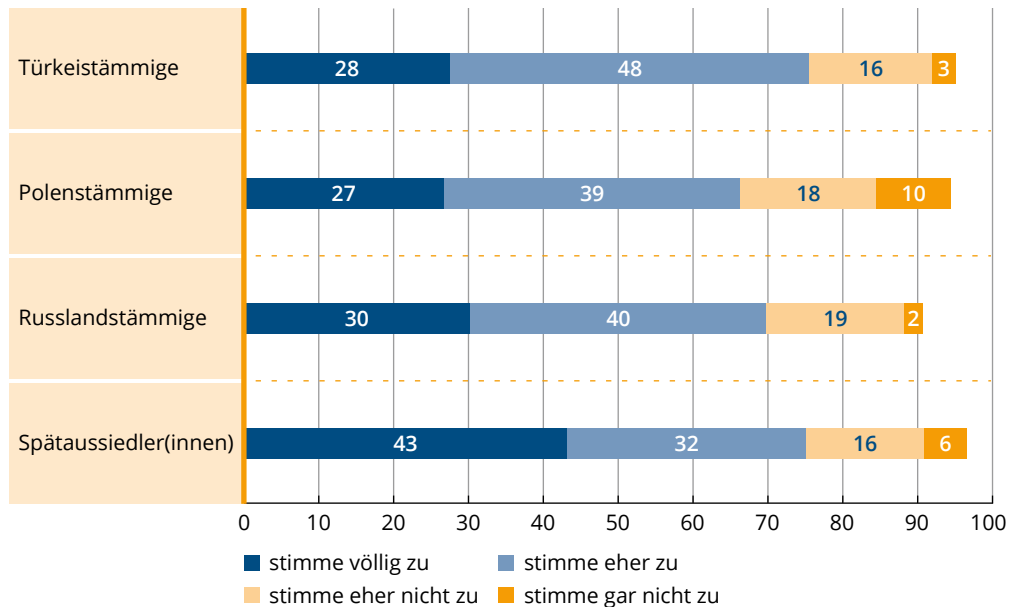


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Fragen: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Am häufigsten sind Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Türkeistämmige stolz auf Deutschland. 75 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und 76 Prozent der Türkeistämmigen stimmen völlig oder eher zu, stolz zu sein. Auch in den anderen Herkunftsgruppen fällt die Zustimmung hoch aus. 70 Prozent der Russlandstämmigen und 66 Prozent der Polenstämmigen sind stolz auf Deutschland.

Abbildung 29: Einstellung zu „Ich bin stolz auf Deutschland“ nach Herkunftsland 2024/2025



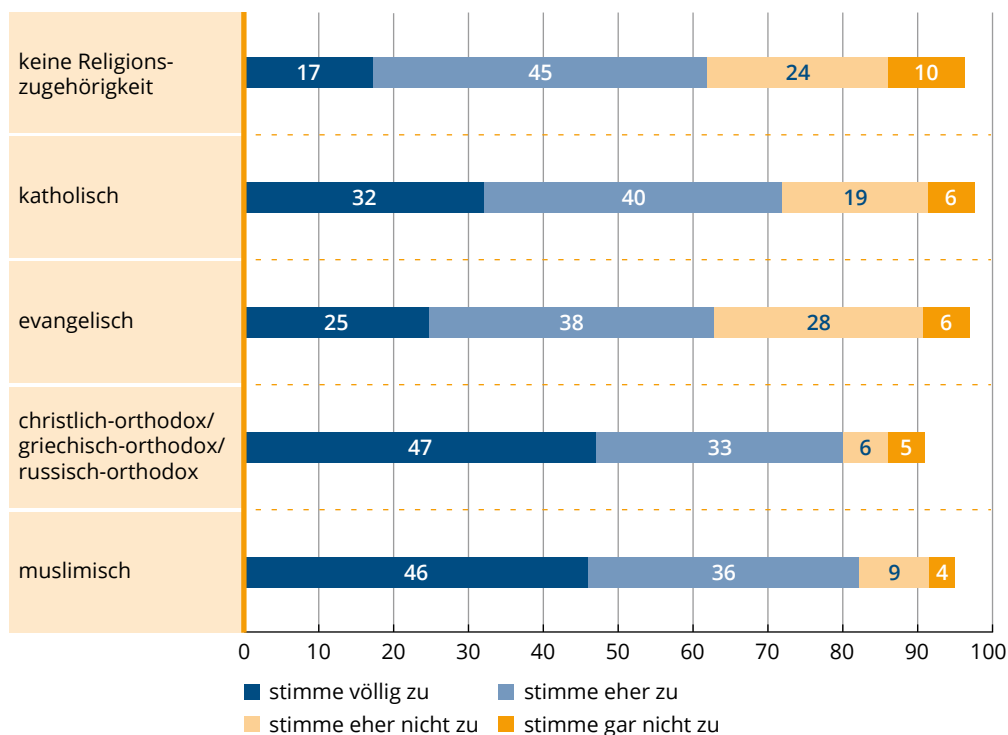
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Fragen: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Ein Vergleich der Religionszugehörigkeiten zeigt, dass Musliminnen und Muslime sowie Orthodoxe besonders stolz auf Deutschland sind. Protestantinnen und Protestanten sowie Konfessionslose sind am seltensten stolz.

82 Prozent der Musliminnen und Muslime stimmen völlig oder eher zu, stolz auf Deutschland zu sein. Ähnlich hoch liegt der Anteil unter Orthodoxen mit 80 Prozent. Auch unter Katholikinnen und Katholiken ist der Stolz auf Deutschland recht stark ausgeprägt. 72 Prozent der Katholikinnen und Katholiken sind stolz auf Deutschland. Etwas niedriger fällt die Zustimmung unter Protestantinnen und Protestanten sowie Konfessionslosen aus. 63 Prozent der Protestantinnen und Protestanten sowie 62 Prozent der Konfessionslosen stimmen völlig oder eher zu, stolz auf Deutschland zu sein.

Abbildung 30: Einstellung zu „Ich bin stolz auf Deutschland“ nach Religionszugehörigkeit 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Fragen: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

4.1.3 Politische Informationen

Ein möglicher Indikator für die Verbundenheit mit einem Land ist die Häufigkeit, mit der sich jemand über dieses Land informiert. Daher wurde abgefragt, wie häufig sich die Menschen über die Politik in Deutschland informieren. Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer wurden zusätzlich gefragt, wie häufig sie sich über das politische Geschehen in ihrem Herkunftsland informieren. Da diese Fragen in früheren Umfragen nicht erhoben wurden, ist kein Zeitvergleich möglich.

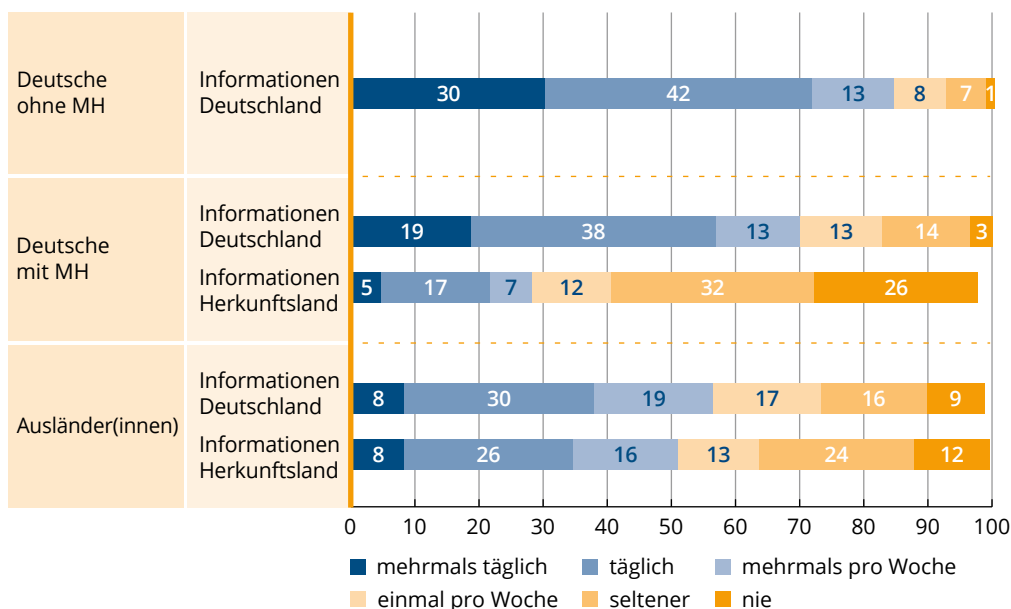
Insgesamt zeigt sich, dass sich Deutsche ohne MH häufiger über Politik informieren als Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer. Deutsche mit MH informieren sich wiederum deutlich häufiger über das politische Geschehen in Deutschland als über die Politik in ihrem Herkunftsland. Unter Ausländerinnen und Ausländern ist dieser Unterschied minimal. Sie informieren sich etwa gleich häufig über die Politik in Deutschland und in ihrem Herkunftsland.

72 Prozent der Deutschen ohne MH informieren sich mindestens einmal täglich über das politische Geschehen in Deutschland. Lediglich 8 Prozent der Deutschen ohne MH informieren sich seltener als einmal pro Woche oder nie.

Deutsche mit MH informieren sich seltener über die Politik in Deutschland als Deutsche ohne MH, aber deutlich häufiger als über die Politik in ihrem Herkunftsland. 57 Prozent der Deutschen mit MH informieren sich mindestens einmal täglich über die deutsche Politik. 17 Prozent informieren sich seltener als einmal pro Woche oder nie. Über das politische Geschehen im Herkunftsland informieren sich dagegen nur 22 Prozent der Deutschen mit MH mindestens einmal täglich. 32 Prozent informieren sich seltener als einmal pro Woche und ganze 26 Prozent informieren sich nie über die Politik im Herkunftsland.

Anders sieht es bei Ausländerinnen und Ausländern aus, die sich deutlich häufiger als Deutsche mit MH über die Politik im Herkunftsland informieren. 38 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer informieren sich mindestens einmal täglich über das politische Geschehen in Deutschland und 34 Prozent über die Politik im Herkunftsland. 25 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer informieren sich seltener als einmal pro Woche oder nie über die deutsche Politik, 36 Prozent seltener als einmal pro Woche oder nie über die Politik im Herkunftsland.

Abbildung 31: Politische Informationen über Deutschland und über das Herkunftsland nach Migrationsstatus 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: „Wie häufig informieren Sie sich über das, was politisch in Deutschland passiert?“; „Wie häufig informieren Sie sich über das, was politisch in <Herkunftsland/Herkunftsland der Mutter/Herkunftsland des Vaters> passiert?“

Das Informationsverhalten unterscheidet sich deutlich je nach Herkunftsland. Polenstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler informieren sich am häufigsten über das politische Geschehen in Deutschland und relativ selten über die Politik im Herkunftsland. Türkeistämmige sind die einzige Herkunftsgruppe, die sich häufiger über die Politik in der Türkei informiert als über die Politik in Deutschland.

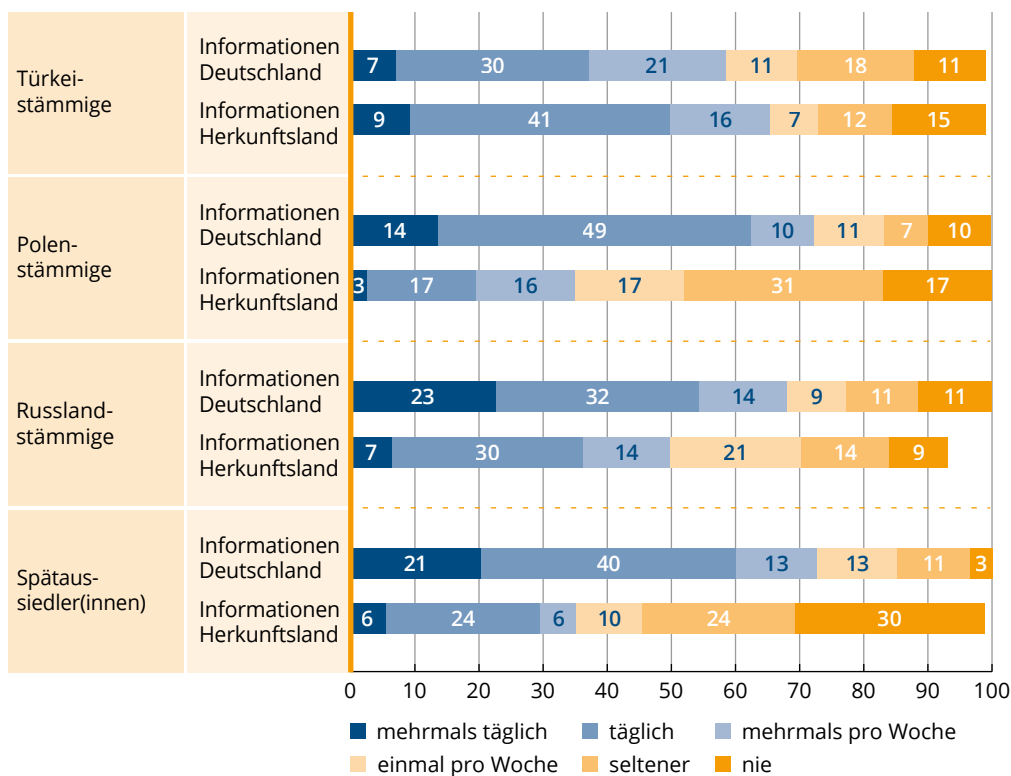
63 Prozent der Polenstämmigen informieren sich mindestens einmal täglich über die Politik in Deutschland. 17 Prozent informieren sich seltener als einmal pro Woche oder nie. Das Bedürfnis nach politischen Informationen aus Polen scheint gering zu sein. Nur 20 Prozent der Polenstämmigen informieren sich mindestens einmal täglich über die Politik in Polen. Fast jede und jeder zweite Polenstämmige informiert sich seltener als einmal pro Woche oder nie über die polnische Politik.

Ganz ähnlich verhält es sich bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. 61 Prozent informieren sich mindestens einmal täglich über die deutsche Politik, 14 Prozent dagegen seltener als einmal pro Woche oder nie. Nur 30 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler informieren sich mindestens einmal täglich über das politische Geschehen im Herkunftsland. Ganze 54 Prozent suchen seltener als einmal pro Woche oder nie nach politischen Informationen aus dem Herkunftsland.

Unter Russlandstämmigen informieren sich 55 Prozent mindestens einmal pro Tag über die deutsche Politik. 22 Prozent der Russlandstämmigen informieren sich hingegen seltener als einmal pro Woche oder nie. 37 Prozent informieren sich mindestens einmal täglich über das politische Geschehen in Russland, während sich 23 Prozent der Russlandstämmigen seltener als einmal pro Woche oder nie für die russische Politik interessieren.

Türkeistämmige informieren sich seltener als die anderen hier untersuchten Herkunftsgruppen über die Politik in Deutschland. Nur 37 Prozent der Türkeistämmigen informieren sich mindestens täglich über das politische Geschehen in Deutschland. 21 Prozent informieren sich mehrmals pro Woche. Ganze 29 Prozent suchen sich dagegen seltener als einmal pro Woche oder nie Informationen über deutsche Politik. Das ist der höchste Anteil aller untersuchten Herkunftsgruppen. Stattdessen informieren sich 50 Prozent der Türkeistämmigen über die Politik in der Türkei. In keiner anderen Herkunftsgruppe ist das Interesse an der Politik des Herkunftslandes so ausgeprägt. 27 Prozent der Türkeistämmigen informieren sich dagegen seltener als einmal pro Woche oder nie über die türkische Politik.

Abbildung 32: Politische Informationen über Deutschland und über das Herkunftsland nach Herkunftsland 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: „Wie häufig informieren Sie sich über das, was politisch in Deutschland passiert?“; „Wie häufig informieren Sie sich über das, was politisch in <Herkunftsland/Herkunftsland der Mutter/Herkunftsland des Vaters> passiert?“

Wenig überraschend steigt das Interesse an der deutschen Politik unter selbst Zugewanderten mit zunehmender Aufenthaltsdauer (ohne Abbildung). Menschen, die vor bis zu fünf Jahren zugewandert sind, informieren sich noch häufiger über die Politik im Herkunftsland als über die Politik in Deutschland. Je länger Menschen in Deutschland leben, desto häufiger informieren sie sich dann auch über die deutsche Politik. Zugewanderte, die seit über 30 Jahren in Deutschland leben, informieren sich fast so häufig über die deutsche Politik wie Deutsche ohne MH.

4.2 Kulturelle Integration

Die Befunde zur kulturellen Integration sind sehr positiv. Nicht nur die deutsche Bevölkerung ohne MH hat die Erwartungshaltung, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer die deutsche Sprache lernen. In allen untersuchten Gruppen herrscht Konsens von fast 100 Prozent Zustimmung, dass Menschen, die in Deutschland leben, auch Deutsch sprechen sollten.

Zudem gibt es von allen Gruppen die Erwartung, dass Zuwanderer sich an die deutsche Kultur anpassen. Diese Erwartung ist unter Deutschen ohne MH, Deutschen mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern in den letzten zehn Jahren gewachsen.

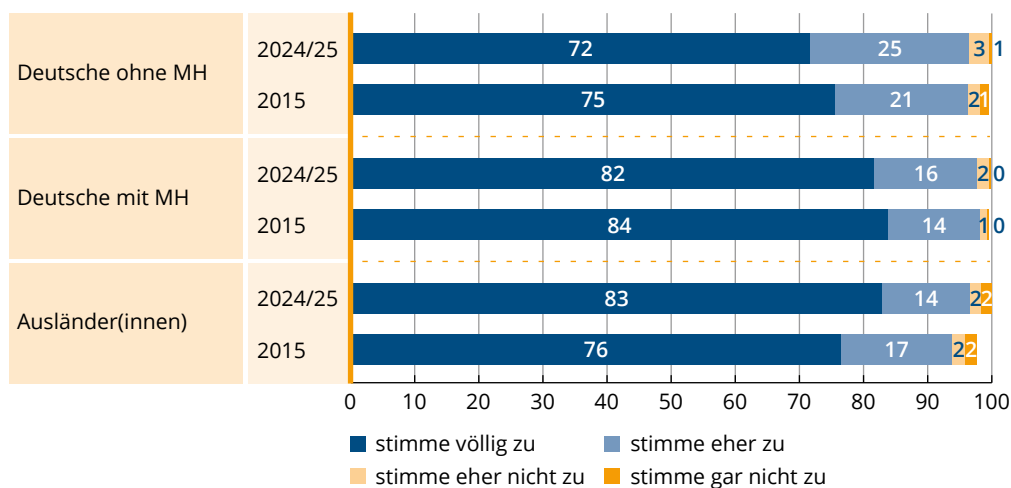
4.2.1 Spracherwerb

Der Spracherwerb ist ein wichtiger Baustein für die Integration. Darüber sind sich alle untersuchten Gruppen einig. In keiner Gruppe gibt es eine nennenswerte Ablehnung für die Aussage „Wer in Deutschland lebt, sollte auch die deutsche Sprache sprechen“. Zwischen 2015 und 2024/2025 hat sich daran auch wenig geändert. Die Gesamtzustimmung ist mehr oder weniger unverändert. Das gilt für Deutsche ohne und Deutsche mit MH sowie für Ausländerinnen und Ausländer, für die einzelnen Herkunftsgruppen und für die verschiedenen Religionszugehörigkeiten.

Das ist insofern nicht selbstverständlich, als in der aktuellen Umfrage 112 Interviews mit Deutschen mit MH und 473 Interviews mit Ausländerinnen und Ausländern nicht auf Deutsch geführt wurden. In beiden Gruppen steigt unter Personen, die selbst zugewandert sind, der Anteil der deutschsprachigen Interviews mit zunehmender Aufenthaltsdauer (ohne Abbildung). Es gibt jedoch deutliche Unterschiede je nach Interviewsprache. Die Mehrheit der auf Arabisch befragten Ausländerinnen und Ausländer ist seit bis zu zehn Jahren in Deutschland. Nur eine kleine Minderheit der auf Arabisch befragten Ausländerinnen und Ausländer lebt seit über zwanzig Jahren in Deutschland.

Anders sieht es bei den auf Russisch und Türkisch Befragten aus. Ein großer Teil der auf Russisch oder Türkisch befragten Ausländerinnen und Ausländer lebt seit über 20 Jahren in Deutschland. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass ein großer Teil der auf Russisch Befragten nicht aus Russland, sondern aus einem anderen Land stammt. Die Mehrheit der Russlandstämmigen wurde auf Deutsch befragt. Anders ist es bei den Türkeistämmigen. Zwar stammt auch ein kleiner Teil der auf Türkisch Befragten nicht aus der Türkei. Von den insgesamt 194 Türkeistämmigen wurden aber 113 auf Türkisch befragt (2 auf Englisch und 79 auf Deutsch). Die normative Haltung zum Spracherwerb findet folglich – zumindest unter selbst Zugewanderten – nicht immer ihre Entsprechung in der Realität. Gleichzeitig zeigen die Daten auch, dass insgesamt nur zwei Personen nicht auf Deutsch befragt wurden, obwohl sie in Deutschland geboren wurden.

Abbildung 33: Einstellung zu „Wer in Deutschland lebt, sollte auch die deutsche Sprache sprechen“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich

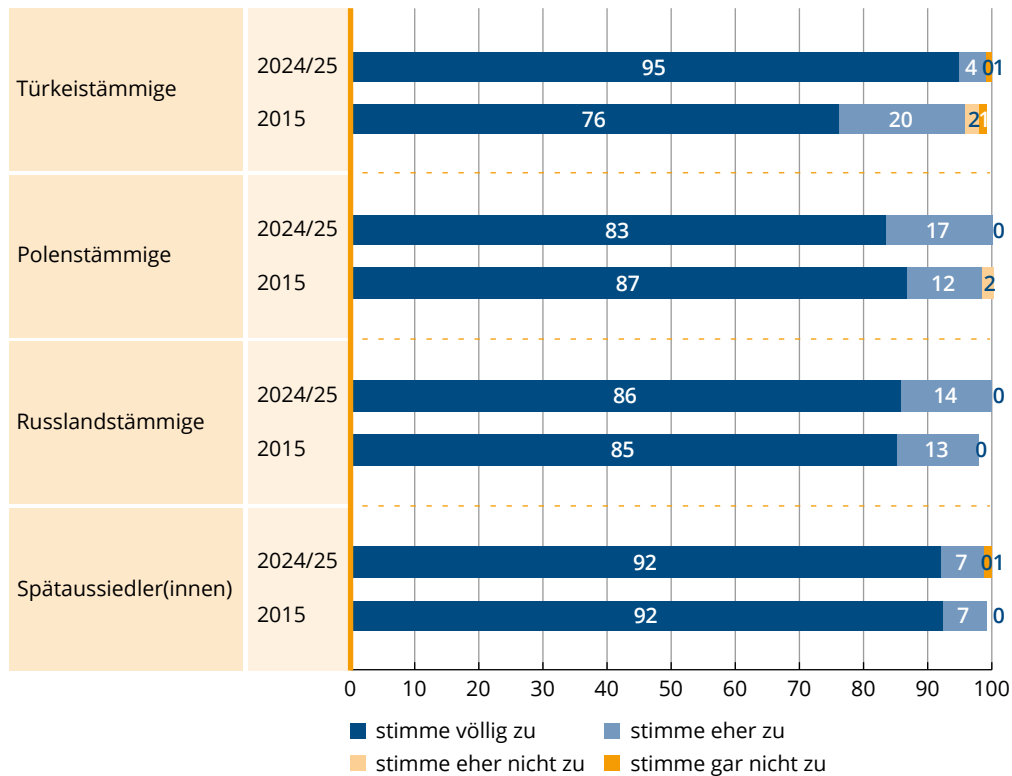


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Fragen: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Abbildung 34: Einstellung zu „Wer in Deutschland lebt, sollte auch die deutsche Sprache sprechen“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich

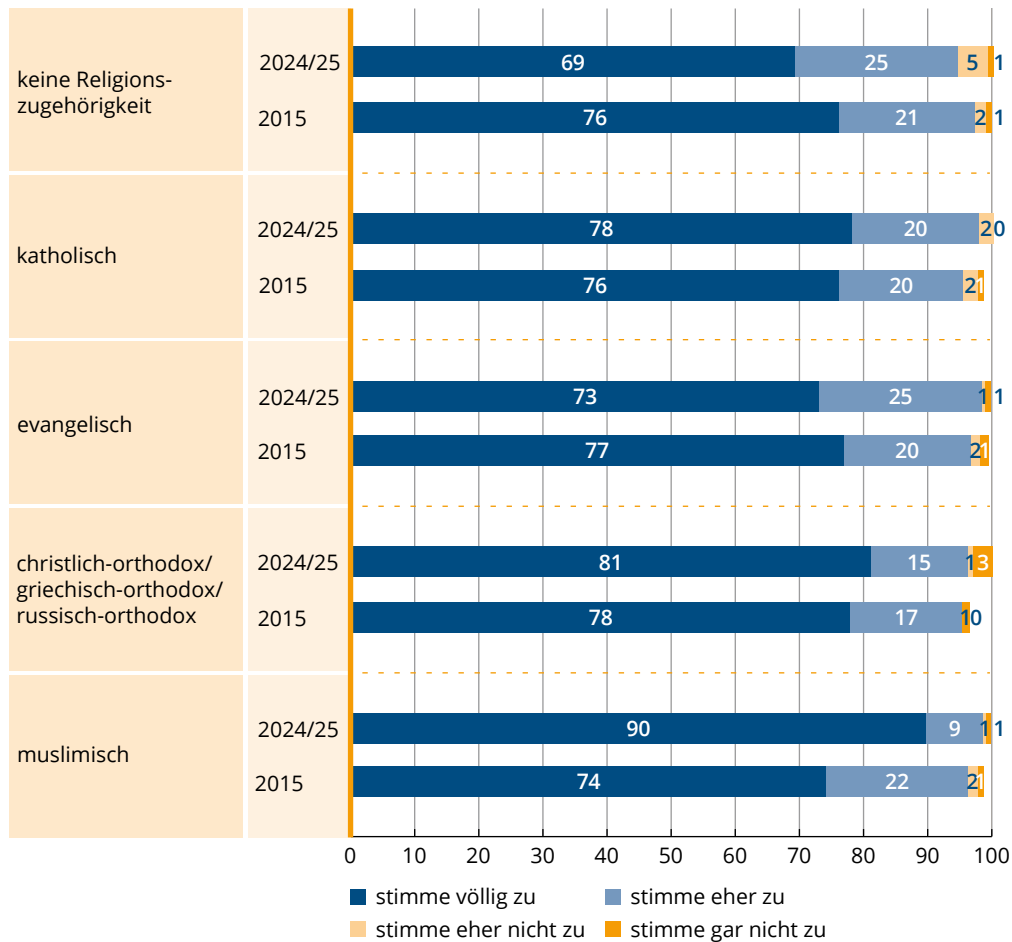


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Fragen: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Abbildung 35: Einstellung zu „Wer in Deutschland lebt, sollte auch die deutsche Sprache sprechen“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

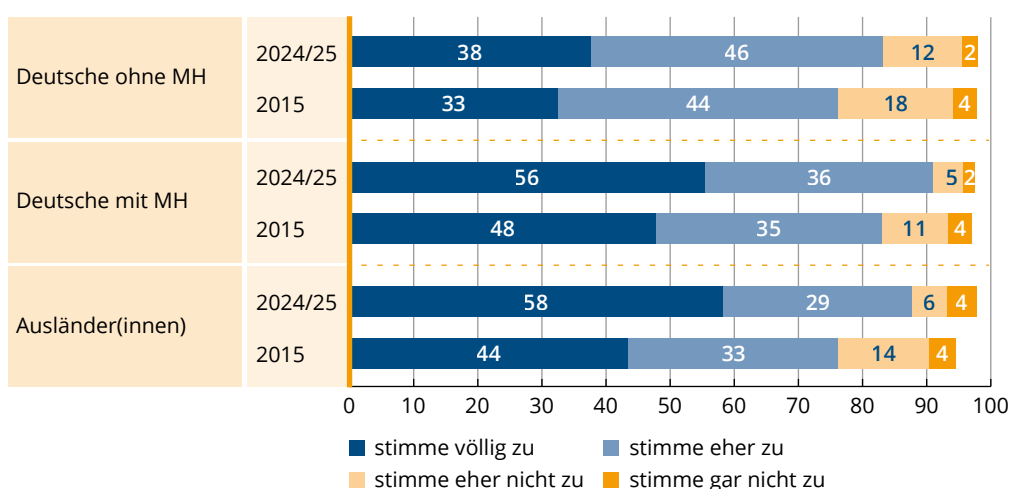
Fragen: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

4.2.2 Kulturelle Anpassung

Bei der Zustimmung zur Aussage „Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, sollten ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen“ sieht es anders aus als bei der Frage des Spracherwerbs. Zwar gibt es auch hier eine hohe Zustimmung in allen Gruppen, aber sie ist nicht ganz so stark ausgeprägt wie bei der Frage nach dem Spracherwerb. In allen Gruppen ist die Zustimmung, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen sollen, seit 2015 gestiegen.

92 Prozent der Deutschen mit MH, 87 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer sowie 84 Prozent der Deutschen ohne MH stimmen völlig oder eher zu, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer sich der deutschen Kultur anpassen sollten. In allen drei Gruppen hat die Zustimmung seit 2015 um 7 bis 10 Punkte zugenommen.

Abbildung 36: Einstellung zu „Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, sollten ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

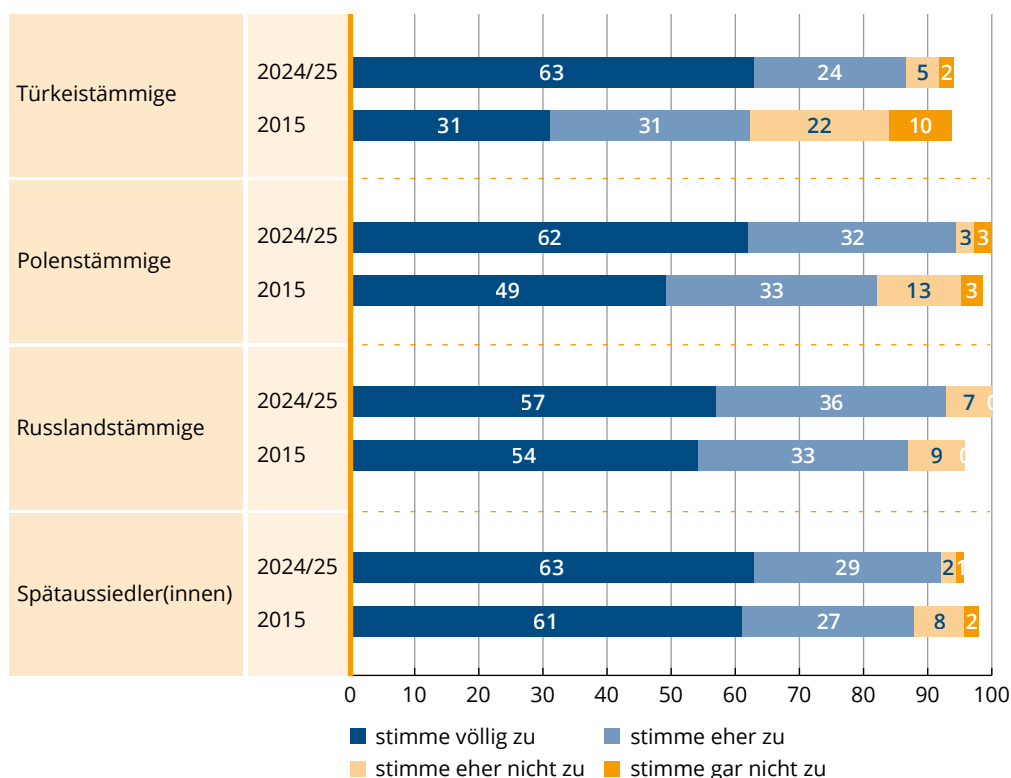
Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Fragen: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Auch im Vergleich der Herkunftsgruppen ergibt sich eine große Einigkeit. 94 Prozent der Polenstämmigen, 93 Prozent der Russlandstämmigen, 92 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie 87 Prozent der Türkeistämmigen stimmen völlig oder eher zu, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen sollten.

Diese Einstimmigkeit gab es vor zehn Jahren so noch nicht. 2015 stimmten nur 62 Prozent der Türkeistämmigen zu. In dieser Gruppe liegt der Zuwachs der Zustimmung mit 25 Punkten überdurchschnittlich hoch. In allen anderen Herkunftsgruppen hat sich die Zustimmung nur um 4 bis 12 Punkte erhöht.

Abbildung 37: Einstellung zu „Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, sollten ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



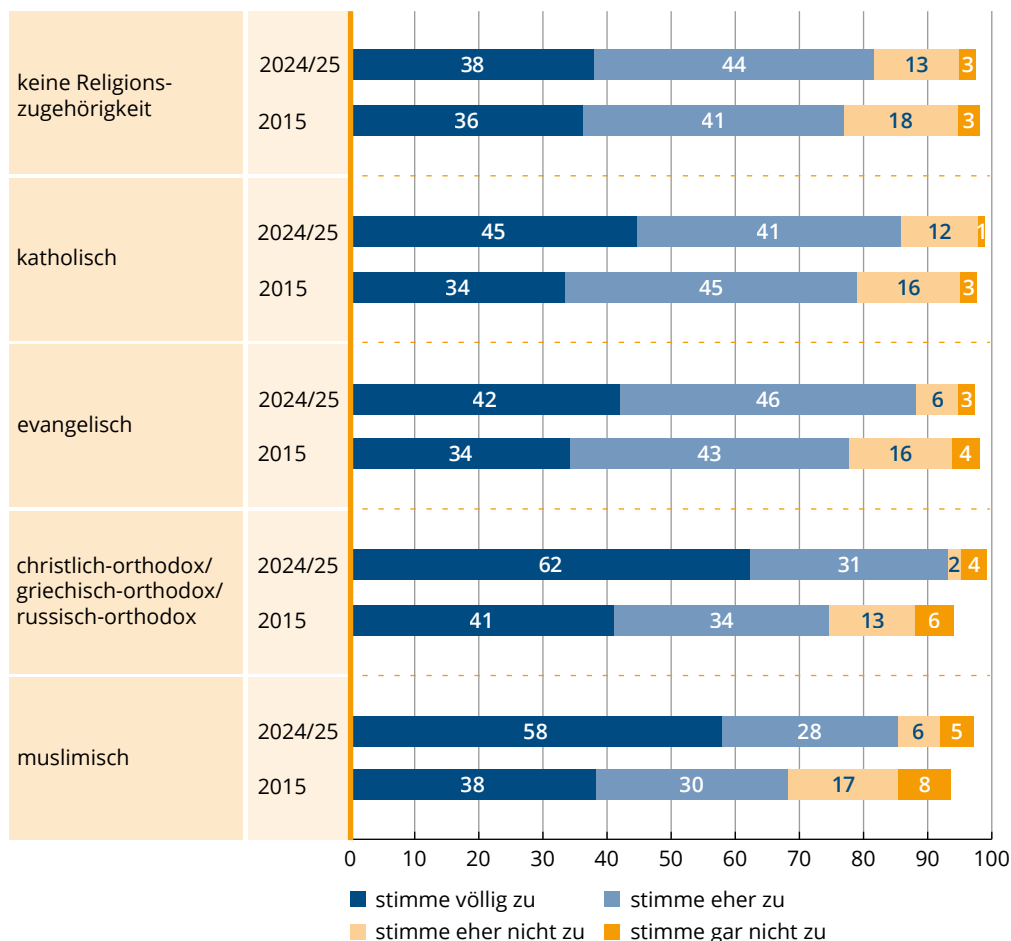
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Fragen: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Auch in allen Konfessionsgruppen fällt die Zustimmung hoch aus. Besonders häufig stimmen Orthodoxe zu. 93 Prozent der Orthodoxen, 88 Prozent der Protestantinnen und Protestanten, 86 Prozent der Musliminnen und Muslime, 86 Prozent der Katholikinnen und Katholiken und 82 Prozent der Konfessionslosen finden, Zuwanderinnen und Zuwanderer sollten ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen. Besonders stark zugenommen hat die Zustimmung unter Musliminnen und Muslimen (+18 Punkte) sowie unter Orthodoxen (+18 Punkte).

Abbildung 38: Einstellung zu „Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, sollten ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Fragen: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

10 In telefonischen Umfragen sind geschlechtsneutrale Formulierungen nicht immer möglich. Zudem lehnt etwa die Hälfte der Bevölkerung geschlechtsneutrale Formulierungen ab (<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/gendergerechte-sprache/>). Um die Antworten nicht durch eine geschlechtsneutrale Formulierung zu beeinflussen, wurde für einige Aussagen das generische Maskulinum verwendet. Um den Fragetext möglichst korrekt wiederzugeben, wird daher auch in der Auswertung dieser Aussagen das generische Maskulinum benutzt.

5

Verwirklichung von Grundrechten: Überblick

Zu einer Demokratie gehört auch die Gewährleistung gewisser Grundrechte. Ob diese Grundrechte als verwirklicht angesehen werden, hat wiederum Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der Demokratie. Deshalb wurde neben der Demokratiezufriedenheit auch die Einstellung zu ausgewählten Grundrechten untersucht. Es wurde gefragt, ob folgende Rechte in Deutschland erfüllt sind: Religionsfreiheit, Sozialstaatsgebot, Meinungsfreiheit, Presse- und Wissenschaftsfreiheit sowie der Gleichbehandlungsgrundsatz. Für vier der Grundrechte liegen Vergleichswerte für 2018/2019 vor. Für die Religionsfreiheit liegt kein Vergleichswert vor.

Frühere Studien haben gezeigt, dass fast alle Grundrechte von einer Mehrheit der Bevölkerung als sehr wichtig angesehen werden, es aber durchaus Abstufungen in der Wichtigkeit gibt. Für die fünf hier untersuchten Rechte bedeutet das: Am wichtigsten ist den Deutschen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Dahinter folgen die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit sowie Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Dass der Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet¹¹, ist dagegen etwas weniger wichtig (Neu 2019: 5; Pokorny/von Wilamowitz-Moellendorff 2021: 32).

Bei der Verwirklichung dieser Rechte verdichtet sich der Eindruck, dass die Einschätzung, inwieweit ein Grundrecht erfüllt ist, von der Erwartungshaltung und dem Vergleichsmaßstab abhängen. Ausländerinnen und Ausländer meinen häufiger, die Grundrechte seien voll und ganz erfüllt als Deutsche mit MH und diese wiederum häufiger als Deutsche ohne MH. Wobei der Unterschied zwischen Deutschen mit und ohne MH häufig kleiner ist als der zwischen Ausländerinnen und Ausländern auf der einen und Deutschen auf der anderen Seite.

Außerdem zeigt sich bei allen erhobenen Grundrechten, dass die Meinung, dieses Grundrecht sei voll und ganz verwirklicht, unter selbst Zugewanderten mit der Aufenthaltsdauer in Deutschland schwankt. Vor kurzem nach Deutschland Zugewanderte halten alle Grundrechte zu einem sehr hohen Anteil für erfüllt. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer sinkt dieser Anteil zunächst. Ab einer Aufenthaltsdauer von etwa 20 Jahren steigt der Anteil an Zugewanderten wieder, die die Grundrechte als voll und ganz verwirklicht ansehen.

Wie sieht es nun im Detail mit der Verwirklichung der Grundrechte aus? Am häufigsten sehen die Menschen die Religionsfreiheit als gegeben an. Dass jeder frei seiner Religion nachgehen kann, meinen 53 Prozent voll und ganz und für weitere 37 Prozent trifft das eher zu. Nur 10 Prozent meinen, das treffe eher nicht oder gar nicht zu.



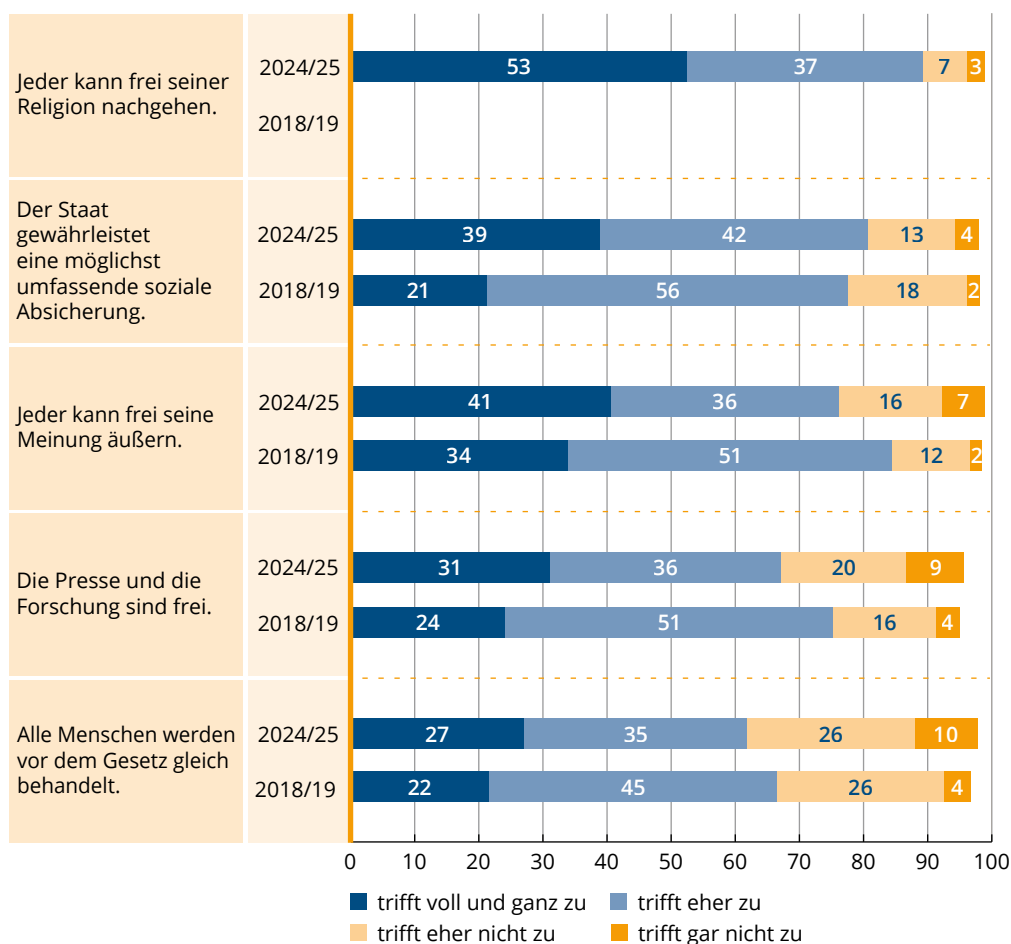
Auf Platz zwei liegt das Sozialstaatsgebot. 39 Prozent meinen, es treffe voll und ganz zu, dass der Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet. Für weitere 42 Prozent trifft das eher zu. Im Vergleich zu 2018/2019 ist der Anteil an Personen, für die das voll und ganz zutrifft, um 18 Punkte gestiegen. Der Anteil an Personen, die das für nicht zutreffend halten, ist dagegen von 20 auf 17 Prozent leicht gesunken.

Dass jeder seine Meinung frei äußern kann, meinen 41 Prozent voll und ganz und 36 Prozent meinen, das treffe eher zu. Im Vergleich zu 2018/2019 ist zwar die volle Zustimmung um 7 Punkte gestiegen, gleichzeitig hat aber der Anteil derjenigen, die dem eher zustimmen, stark abgenommen (-15 Punkte). Insgesamt ist damit die Zustimmung gesunken. Der Anteil derjenigen, die Meinungsfreiheit nicht für verwirklicht halten, ist dagegen von 14 Prozent auf 23 Prozent gestiegen.

31 Prozent stimmen voll und ganz zu, dass die Presse und die Forschung frei sind, 36 Prozent stimmen dem eher zu. Ähnlich wie bei der Meinungsfreiheit ist auch hier der Anteil der vollen Zustimmung gestiegen (+7 Punkte). Durch einen deutlichen Rückgang bei „trifft eher zu“ (-15 Punkte) ist aber die gesamte Zustimmung gesunken. Dagegen ist der Anteil an Personen gestiegen, die meinen, Presse und Forschung seien nicht frei (+9 Punkte).

Der Grundsatz der Gleichbehandlung ist den Menschen besonders wichtig, wie frühere Studien zeigen (Neu 2019; Pokorny/von Wilamowitz-Moellendorff 2021). Von den hier untersuchten fünf Grundrechten landet er aber bezüglich der Verwirklichung auf dem letzten Platz. Für ein gutes Viertel trifft es voll und ganz zu, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden, weitere 35 Prozent halten das für eher zutreffend. Auch hier ist die Gesamtzustimmung leicht gesunken (-5 Punkte), die Ablehnung dagegen leicht gestiegen (+6 Punkte).

Abbildung 39: Verwirklichung von Grundrechten im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

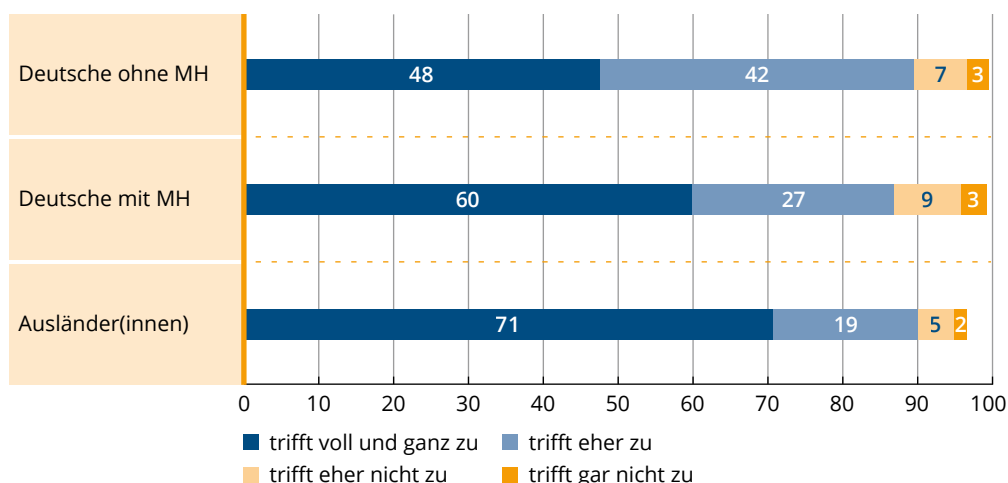
Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

Die Haltung, das Sozialstaatsprinzip sei voll und ganz verwirklicht, ist in allen Gruppen weiter verbreitet als vor sechs Jahren. Besonders groß fällt der Anstieg unter Türkeistämmigen sowie Musliminnen und Muslimen aus. Aber auch in den anderen Gruppen ist die volle Zustimmung teils stark gestiegen. Auch bei der Meinungsfreiheit fällt der Anstieg in der vollen Zustimmung unter Türkeistämmigen sowie Musliminnen und Muslimen besonders hoch aus. Die Zustimmung zur Verwirklichung der Presse- und Forschungsfreiheit steigt dagegen besonders stark an unter Russlandstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Dagegen gibt es einen starken Rückgang unter Orthodoxen. Bei der Frage, ob alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden, gibt es die höchsten Zustimmungszuwächse unter Russlandstämmigen, Polenstämmigen sowie Musliminnen und Muslimen.

5.1 „Jeder kann frei seiner Religion nachgehen.“

Die Gesamtzustimmung (trifft voll und ganz zu + trifft eher zu) zur Aussage „Jeder kann frei seiner Religion nachgehen“ unterscheidet sich kaum zwischen Deutschen ohne MH, Deutschen mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern. In allen drei Gruppen trifft das für rund 90 Prozent voll und ganz oder eher zu. Die Häufigkeit, mit der voll und ganz zugestimmt wird, unterscheidet sich dagegen deutlich. Ausländerinnen und Ausländer meinen mit 71 Prozent mit Abstand am häufigsten voll und ganz, dass jeder frei seiner Religion nachgehen könne. Darauf folgen Deutsche mit MH, von denen 60 Prozent voll und ganz finden, man könne frei seiner Religion nachgehen. Unter Deutschen ohne MH sagen dagegen nur 48 Prozent, das treffe voll und ganz zu.

Abbildung 40: Verwirklichung von Grundrechten nach Migrationsstatus 2024/2025: „Jeder kann frei seiner Religion nachgehen.“

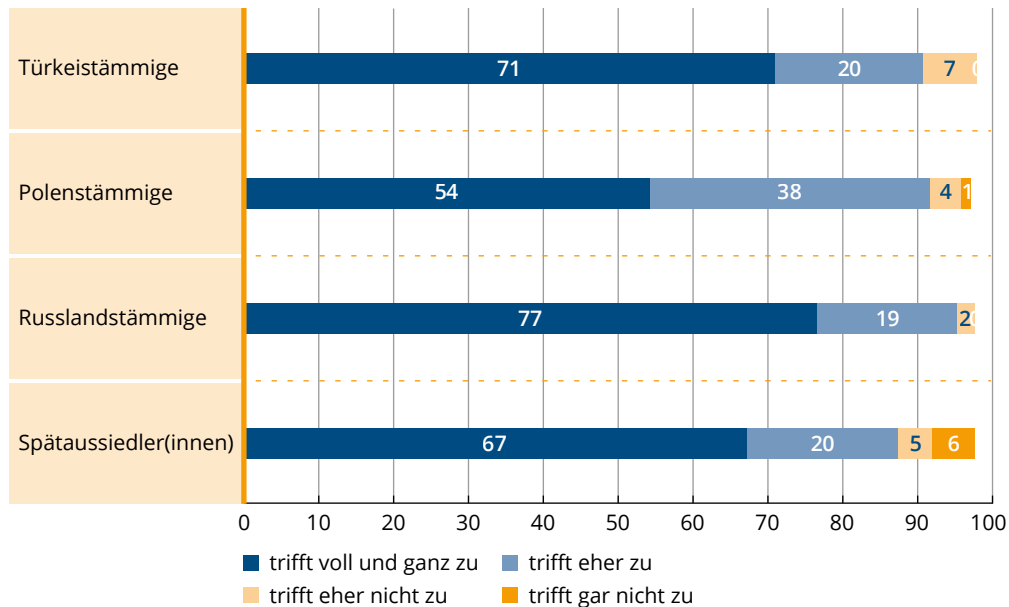


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

Ganz ähnlich verhält es sich beim Vergleich der Herkunftsländer. In allen Herkunftsgruppen meinen 87 Prozent oder mehr voll und ganz oder eher, jeder könne frei seiner Religion nachgehen. Die Anteile an Personen, für die das voll und ganz zutrifft, variieren jedoch. Am häufigsten stimmen Russlandstämmige zu. 77 Prozent der Russlandstämmigen finden es voll und ganz zutreffend, dass jeder frei seiner Religion nachgehen könne. Ähnlich hoch ist der Anteil unter Türkeistämmigen mit 71 Prozent. Unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern halten 67 Prozent die Religionsfreiheit voll und ganz für realisiert. Am seltensten meinen das Polenstämmige. 54 Prozent der Polenstämmigen meinen, es treffe voll und ganz zu, dass jeder frei seiner Religion nachgehen könne.

Abbildung 41: Verwirklichung von Grundrechten nach Herkunftsland 2024/2025:
„Jeder kann frei seiner Religion nachgehen.“



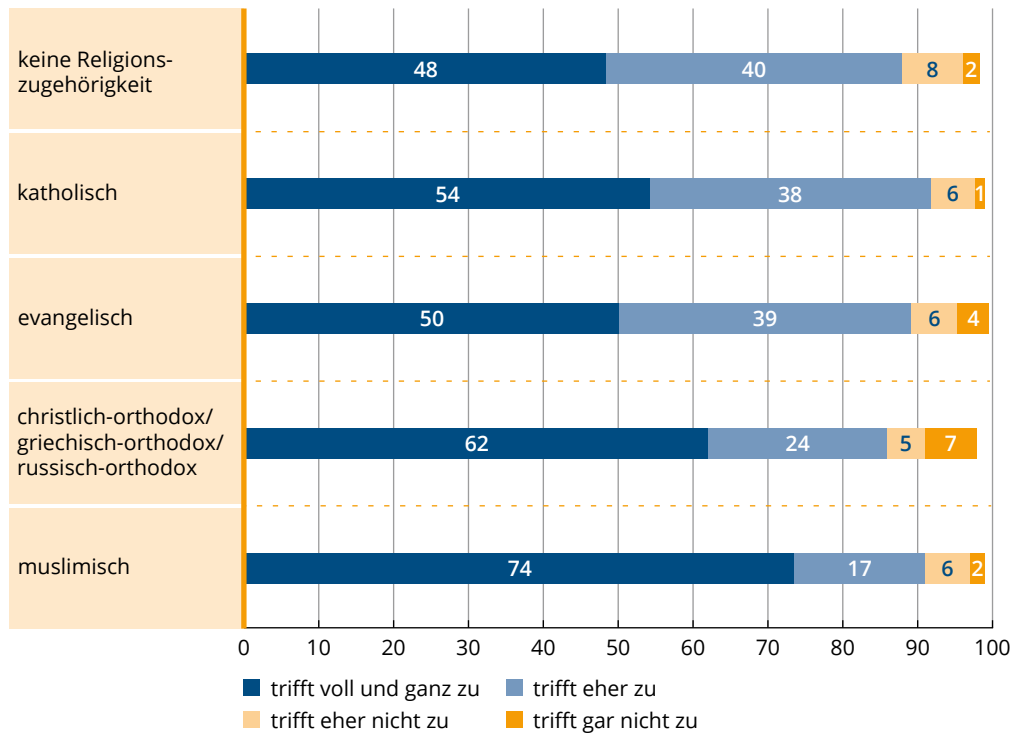
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

Auch bei der Differenzierung nach Religionszugehörigkeit gibt es kaum Unterschiede in der Gesamtzustimmung. In allen Konfessionen und unter Konfessionslosen hält die überwiegende Mehrheit von rund 90 Prozent Religionsfreiheit in Deutschland für voll und ganz oder eher verwirklicht. Betrachtet man wieder nur diejenigen, die meinen, die Aussage „Jeder kann frei seiner Religion nachgehen“ treffe voll und ganz zu, ist die Zustimmung unter Musliminnen und Muslimen mit Abstand am größten. Am seltensten stimmen Konfessionslose und Protestantinnen und Protestanten zu.

Knapp drei Viertel der Musliminnen und Muslime meinen, Religionsfreiheit treffe voll und ganz zu. Unter Personen mit christlich-/griechisch-/russisch-orthodoxem Glauben meinen das 62 Prozent. Unter Katholikinnen und Katholiken finden 54 Prozent voll und ganz, man könne frei seiner Religion nachgehen. Das sind schon 20 Punkte weniger als unter Musliminnen und Muslimen. Protestantinnen und Protestanten stimmen zu 50 Prozent voll und ganz zu und Konfessionslose zu 48 Prozent.

Abbildung 42: Verwirklichung von Grundrechten nach Religionszugehörigkeit
2024/2025: „Jeder kann frei seiner Religion nachgehen.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

5.2 „Der Staat gewährleistet eine möglichst umfassende soziale Absicherung.“

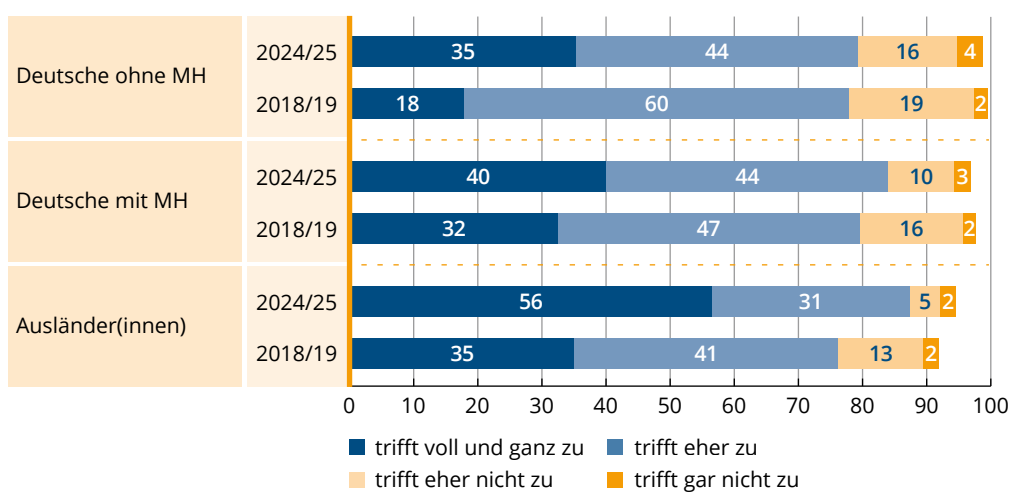
Die Meinung, der Staat gewährleiste eine möglichst umfassende soziale Absicherung, ist 2024/2025 in allen Gruppen stärker vertreten als 2018/2019. Am häufigsten meinen Ausländerinnen und Ausländer, eine umfassende soziale Absicherung sei gewährleistet, gefolgt von Deutschen mit MH und Deutschen ohne MH.

Die Haltung, das Sozialstaatsprinzip sei voll und ganz verwirklicht, ist in allen Gruppen weiter verbreitet als vor sechs Jahren. Besonders groß fällt der Anstieg unter Türkistämmigen aus mit einem Plus von 37 Punkten im Vergleich zu 2018/2019. Unter Musliminnen und Muslimen gibt es einen Anstieg von 31 Punkten. Aber auch in den anderen Gruppen ist die volle Zustimmung teils stark gestiegen.

56 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer meinen 2024/2025, es treffe voll und ganz zu, dass der Staat eine umfassende soziale Absicherung gewährleistet (+21 Punkte), für weitere 31 Prozent trifft das eher zu. Unter Deutschen mit MH halten 40 Prozent das Sozialstaatsprinzip für voll und ganz verwirklicht (+8 Punkte), weitere 44 Prozent für eher verwirklicht. Unter Deutschen ohne MH ist diese Haltung etwas

seltener verbreitet, aber auch in dieser Gruppe steigt die Zustimmung. 35 Prozent der Deutschen ohne MH halten es für voll und ganz zutreffend (+17 Punkte), dass das Sozialstaatsprinzip verwirklicht ist, weitere 44 Prozent für eher zutreffend.

Abbildung 43: Verwirklichung von Grundrechten nach Migrationsstatus im Zeitvergleich: „Der Staat gewährleistet eine möglichst umfassende soziale Absicherung.“



*Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“*

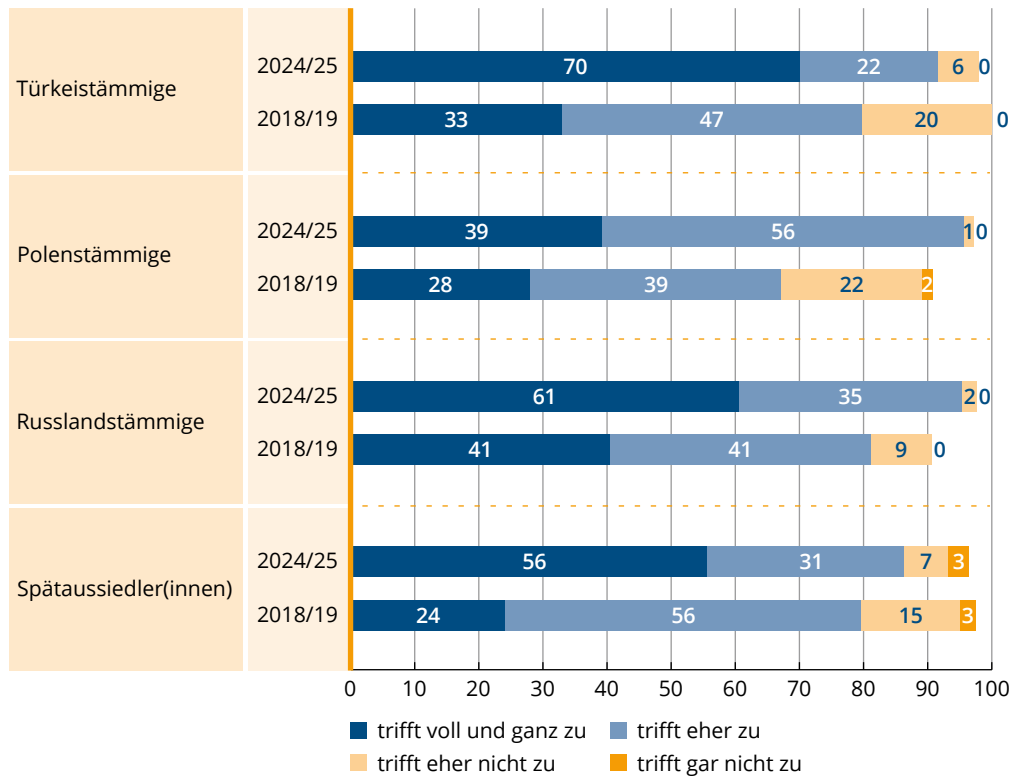
Besonders groß fällt die Zustimmung unter Türkeistämmigen aus. 70 Prozent der Türkeistämmigen sagen, es treffe voll und ganz zu, dass der Staat eine umfassende soziale Absicherung gewährleistet. Das ist ein Plus von 37 Punkten im Vergleich zu 2018/2019. Weitere 22 Prozent der Türkeistämmigen meinen, das treffe eher zu.

Die zweithöchste Zustimmung findet sich unter Russlandstämmigen. 61 Prozent der Russlandstämmigen halten das Sozialstaatsprinzip für voll und ganz verwirklicht (+20 Punkte). Für weitere 35 Prozent der Russlandstämmigen trifft das eher zu.

Ähnlich hoch ist die Zustimmung unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Für 56 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler trifft das Sozialstaatsprinzip voll und ganz zu (+32 Punkte), für weitere 31 Prozent trifft es eher zu.

Die geringste volle Zustimmung weisen Polenstämmige auf. Für 39 Prozent der Polenstämmigen trifft es voll und ganz zu, dass der Staat eine umfassende soziale Absicherung gewährleistet (+11 Punkte). Allerdings ist in dieser Gruppe mit 56 Prozent der Anteil derer besonders hoch, die meinen, das treffe eher zu.

Abbildung 44: Verwirklichung von Grundrechten nach Herkunftsland im Zeitvergleich: „Der Staat gewährleistet eine möglichst umfassende soziale Absicherung.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

Die Unterscheidung nach Religionszugehörigkeit zeigt einen Anstieg in allen Konfessionen und unter Konfessionslosen. Den höchsten Zuwachs und die höchste Zustimmung weisen Musliminnen und Muslime auf.

72 Prozent der Musliminnen und Muslime finden es voll und ganz zutreffend, dass der Staat eine umfassende soziale Absicherung gewährleistet. Im Vergleich zu 2018/2019 ist die volle Zustimmung um 31 Punkte angestiegen. Weitere 19 Prozent der Musliminnen und Muslime meinen, das treffe eher zu. Die Gesamtzustimmung unter Musliminnen und Muslimen liegt damit bei 91 Prozent (+11 Punkte).

Unter Orthodoxen hält eine Mehrheit von 52 Prozent das Sozialstaatsprinzip für voll und ganz erfüllt. Seit 2018/2019 ist dieser Anteil um 18 Punkte gestiegen. Zusätzlich meinen 27 Prozent der Orthodoxen, eine umfassende staatliche Absicherung treffe eher zu.

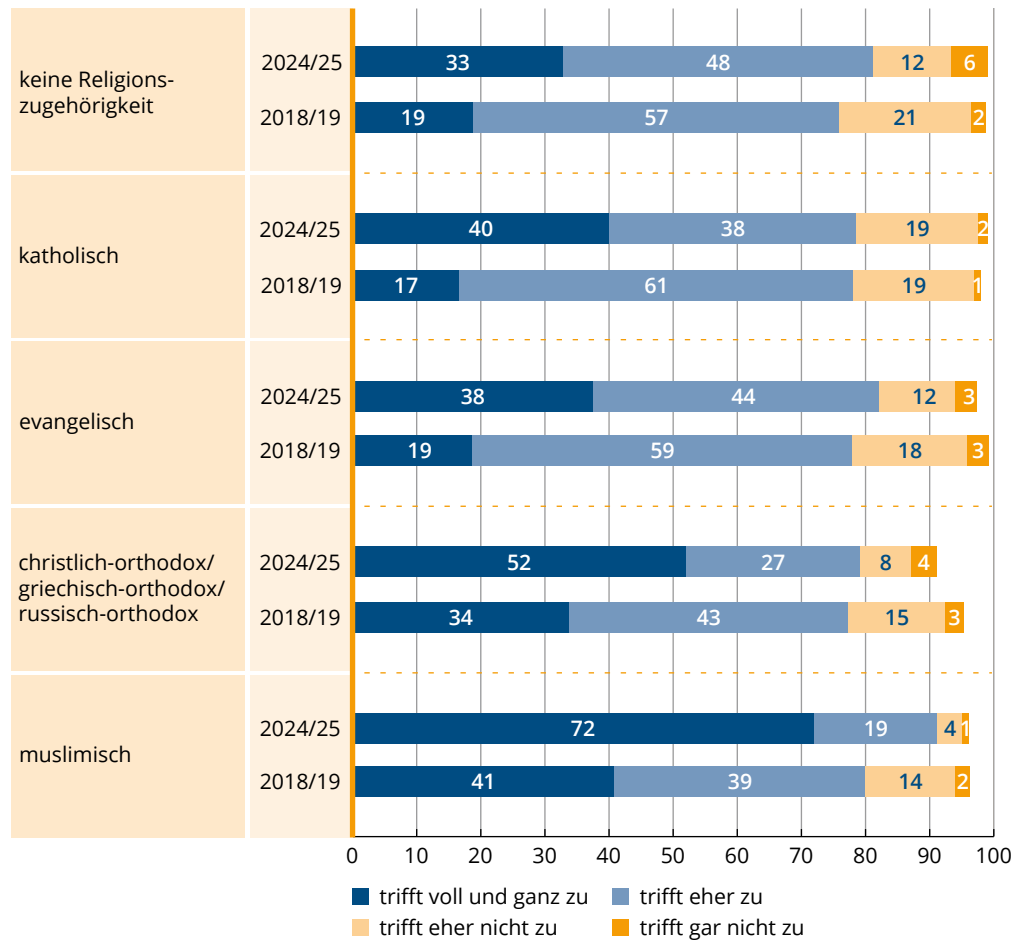
Etwas niedriger fällt die Zustimmung unter Katholikinnen und Katholiken aus. Für 40 Prozent der Katholikinnen und Katholiken ist das Sozialstaatsprinzip voll und ganz erfüllt. 2018/2019 lag dieser Anteil nur bei 17 Prozent, sodass auch in dieser Gruppe die Zustimmung mit 23 Punkten deutlich gestiegen ist. Zusätzlich trifft eine umfassende soziale Absicherung für 38 Prozent der Katholikinnen und Katholiken eher zu. Gleichzeitig ist in dieser Gruppe die Annahme, die umfassende soziale Absicherung treffe eher nicht oder gar nicht zu, mit 21 Prozent deutlich weiter verbreitet als in allen anderen Religionszugehörigkeiten.

Unter Protestantinnen und Protestanten fällt die Zustimmung ähnlich aus wie unter Katholikinnen und Katholiken. 38 Prozent der Protestantinnen und Protestanten meinen, eine umfassende soziale Absicherung treffe voll und ganz zu. Seit 2018/2019 ist dieser Anteil um 19 Punkte gestiegen. Weitere 44 Prozent der Protestantinnen und Protestanten sind der Meinung, das treffe eher zu.

Die geringste volle Zustimmung zeigen Konfessionslose. 33 Prozent der Konfessionslosen halten eine umfassende Absicherung für voll und ganz zutreffend. Hier fällt der Anstieg mit 14 Punkten geringer aus als in den anderen Gruppen. Gleichzeitig finden 48 Prozent der Konfessionslosen, eine umfassende Absicherung treffe eher zu. Damit liegt die Gesamtzustimmung wieder auf einem ähnlichen Niveau wie bei Menschen mit katholischem, evangelischem oder orthodoxem Glauben.



Abbildung 45: Verwirklichung von Grundrechten nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich: „Der Staat gewährleistet eine möglichst umfassende soziale Absicherung.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

5.3 „Jeder kann seine Meinung frei äußern.“

Unter Deutschen ohne und Deutschen mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern ist die volle Zustimmung, dass jeder seine Meinung frei äußern könne, seit 2018/2019 gestiegen. Unter Deutschen ohne und mit MH fällt dieser Anstieg aber sehr gering aus und der Anteil derjenigen, die das für eher zutreffend halten, ist so stark gesunken, dass auch die Gesamtzustimmung (trifft voll und ganz zu + trifft eher zu) gesunken ist. Auch unter Ausländerinnen und Ausländern ist der Anteil der Antwort „trifft eher zu“ gesunken, hier ist aber die volle Zustimmung so stark gestiegen, dass auch die Gesamtzustimmung in dieser Gruppe gestiegen ist. Erneut fällt der Anstieg in der vollen Zustimmung unter Türkeistämmigen sowie Musliminnen und Muslimen besonders hoch aus.

Wie schon beim Rückgang des Respektsempfindens ist auch hier ein Zusammenhang mit der Wahl der AfD denkbar. Die Wählerschaft der AfD ist deutlich seltener als der Durchschnitt der Auffassung, jeder könne in Deutschland seine Meinung frei äußern (ohne Abbildung). Der Zuwachs der AfD könnte daher die sinkende Gesamtzustimmung für die Verwirklichung der Meinungsfreiheit erklären, zumal Türkeistämmige deutlich seltener die AfD wählen wollen als der Durchschnitt (Hirndorf 2025).

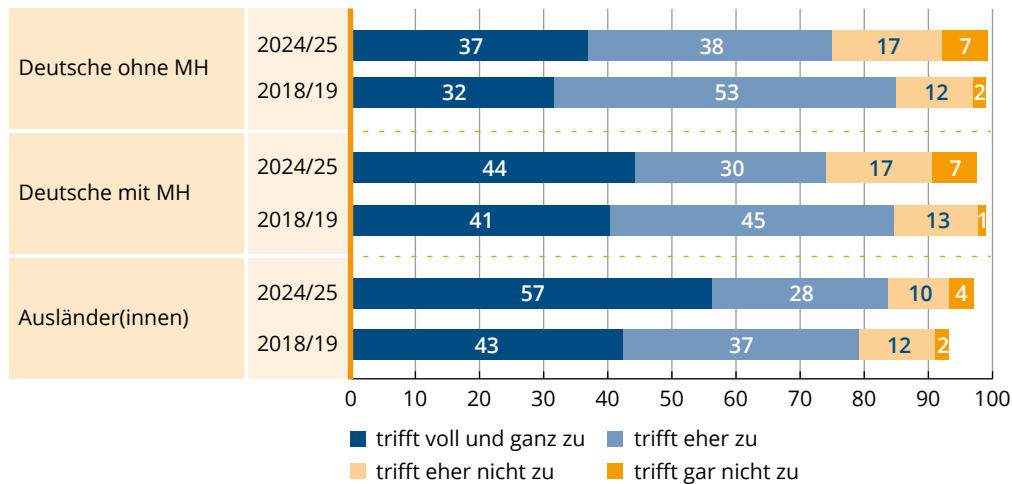
Nicht nur ist unter Ausländerinnen und Ausländern die Zustimmung gestiegen, sondern in dieser Gruppe stimmen auch am meisten Menschen zu, dass in Deutschland jeder seine Meinung frei äußern könne. 57 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer meinen, das treffe voll und ganz zu (+14 Punkte), weitere 28 Prozent (-9 Punkte) meinen, das treffe eher zu.

Unter Deutschen mit MH meinen 44 Prozent (+3 Punkte), Meinungsfreiheit sei voll und ganz zutreffend. 30 Prozent meinen, es treffe eher zu, dass jeder seine Meinung frei äußern könne (-15 Punkte).

Die geringste volle Zustimmung gibt es unter Deutschen ohne MH. 37 Prozent (+5 Punkte) der Deutschen ohne MH sind voll und ganz der Meinung, jeder könne seine Meinung frei äußern. Weitere 38 Prozent meinen, das treffe eher zu (-15 Punkte).

Ein knappes Viertel der Deutschen ohne und mit MH meint dagegen, Meinungsfreiheit treffe in Deutschland eher oder gar nicht zu. Unter Ausländerinnen und Ausländern sehen das nur 14 Prozent so.

Abbildung 46: Verwirklichung von Grundrechten nach Migrationsstatus im Zeitvergleich: „Jeder kann seine Meinung frei äußern.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage

2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

Die Unterscheidung nach Herkunftsland zeigt einen besonders hohen Zuwachs unter Türkeistämmigen. 2018/2019 lag die Zustimmung unter Türkeistämmigen niedriger als in den anderen Herkunftsgruppen. Durch den hohen Anstieg liegt sie nun höher als in allen anderen Gruppen. Die geringste Zustimmung weisen Polenstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler auf.

63 Prozent der Türkeistämmigen finden, Meinungsfreiheit treffe in Deutschland voll und ganz zu. 2018/2019 lag dieser Anteil noch bei 25 Prozent. Damit ist die volle Zustimmung unter Türkeistämmigen innerhalb von sechs Jahren um ganze 38 Punkte gestiegen. Zusätzlich trifft Meinungsfreiheit für 22 Prozent der Türkeistämmigen eher zu. Die Gesamtzustimmung liegt damit bei 85 Prozent (+16 Punkte).

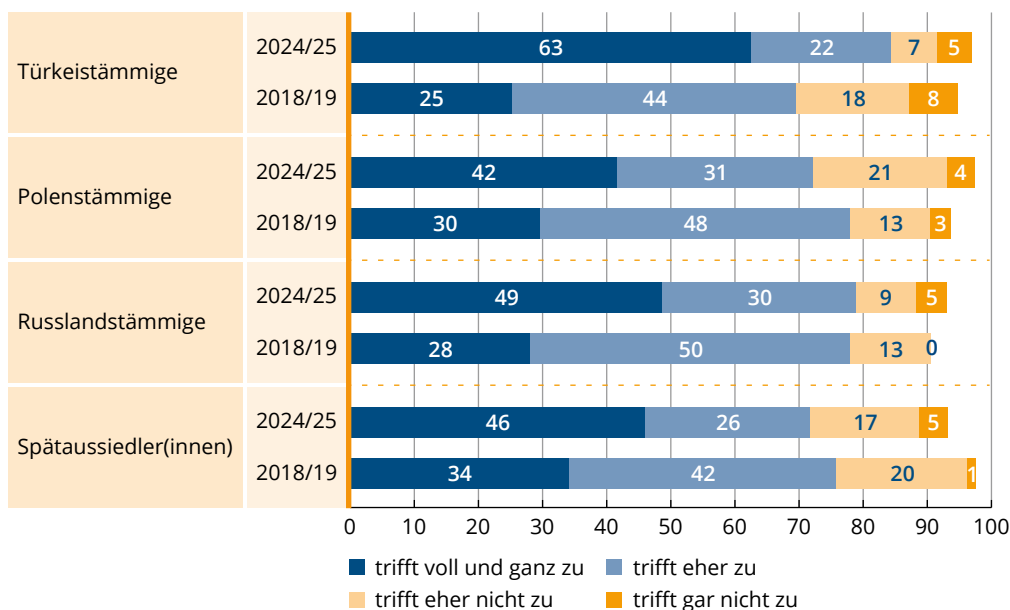
Unter Russlandstämmigen meint knapp die Hälfte, Meinungsfreiheit treffe in Deutschland voll und ganz zu. Im Vergleich zu 2018/2019 ist das ein Anstieg um 21 Punkte. Zusätzlich finden 30 Prozent der Russlandstämmigen, es treffe eher zu, dass man frei seine Meinung äußern kann. Da dieser Anteil um 20 Punkte gesunken ist, ist die Gesamtzustimmung konstant geblieben.

46 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sehen die Meinungsfreiheit als voll und ganz verwirklicht. Das entspricht einem Plus von 12 Punkten seit 2018/2019. Für weitere 26 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ist die Meinungsfreiheit eher verwirklicht. Hier ist der Anteil um 16 Punkte gesunken, sodass auch die Gesamtzustimmung leicht gesunken ist.

Ganz ähnlich sieht es bei Polenstämmigen aus. 42 Prozent der Polenstämmigen meinen, es treffe voll und ganz zu, dass jeder seine Meinung frei äußern könne. Seit 2018/2019 ist dieser Anteil ebenfalls um 12 Punkte gestiegen. 31 Prozent der Polen-

stämmigen sehen Meinungsfreiheit als eher zutreffend an. Dieser Anteil ist um 17 Punkte gesunken, somit ist die Gesamtzustimmung leicht gesunken.

Abbildung 47: Verwirklichung von Grundrechten nach Herkunftsland im Zeitvergleich: „Jeder kann seine Meinung frei äußern.“



*Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“*

Erneut ist die Zustimmung zur Grundrechtsverwirklichung unter Musliminnen und Muslimen besonders hoch. Am geringsten fällt sie unter Konfessionslosen aus. Die Gesamtzustimmung zur Verwirklichung von Meinungsfreiheit ist sowohl unter Konfessionslosen (–12 Punkte) als auch unter Katholikinnen und Katholiken (–6 Punkte) sowie Protestantinnen und Protestanten (–10 Punkte) gesunken.

65 Prozent der Musliminnen und Muslime meinen, es treffe voll und ganz zu, dass jeder seine Meinung frei äußern kann. Seit 2018/2019 ist dieser Anteil um 20 Punkte gestiegen. Zusätzlich trifft das aus Sicht von 20 Prozent der Musliminnen und Muslime eher zu.

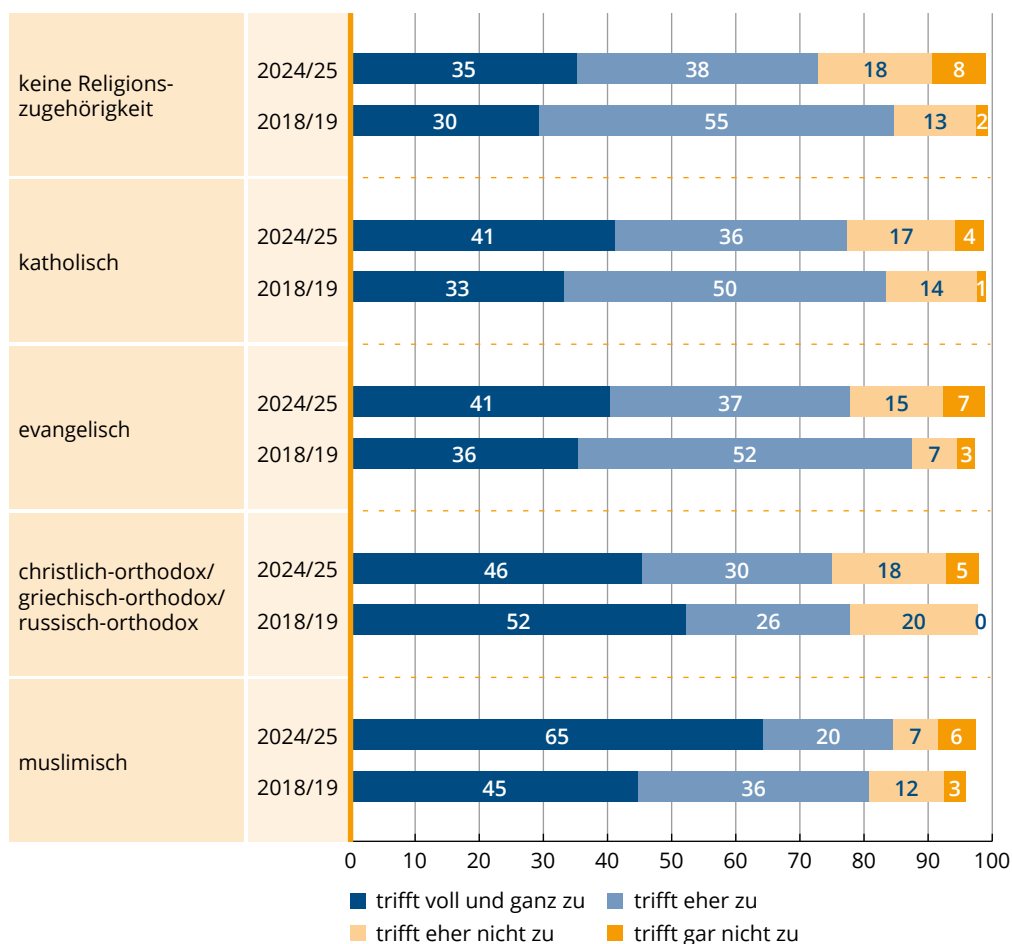
Unter Personen mit orthodoxem Glauben sagen 46 Prozent, Meinungsfreiheit treffe voll und ganz zu. Mit einem Minus von 6 Punkten im Vergleich zu 2018/2019 ist das die einzige Konfessionsgruppe, in der die volle Zustimmung gesunken ist. Weitere 30 Prozent der Orthodoxen erachten Meinungsfreiheit als eher zutreffend.

Personen mit katholischem und mit evangelischem Glauben unterscheiden sich nicht in ihrer Haltung, inwiefern Meinungsfreiheit in Deutschland gewährleistet sei. 41 Pro-

zent meinen, das treffe voll und ganz zu. Für Katholikinnen und Katholiken bedeutet das eine Zunahme um 8 Punkte seit 2018/2019, für Protestantinnen und Protestanten eine Zunahme um 5 Punkte. In beiden Gruppen meint auch ein ähnlich hoher Anteil, Meinungsfreiheit treffe eher zu (Katholikinnen und Katholiken: 36 Prozent; Protestantinnen und Protestanten: 37 Prozent). Zudem ist dieser Anteil in beiden Gruppen mit –14 und –15 Punkten ähnlich stark gesunken. Da der Anteil derjenigen, die eher zustimmen, stärker gesunken ist, als der Anteil der vollen Zustimmung gestiegen ist, ist die Gesamtzustimmung zurückgegangen.

Unter Konfessionslosen sind nur 35 Prozent voll und ganz der Ansicht, jeder könne frei seine Meinung äußern (+5 Punkte). Zusätzlich meinen 38 Prozent der Konfessionslosen, das treffe eher zu (–17 Punkte). Auch hier ist die Gesamtzustimmung gesunken.

Abbildung 48: Verwirklichung von Grundrechten nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich: „Jeder kann seine Meinung frei äußern.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage

2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

5.4 „Die Presse und die Forschung sind frei.“

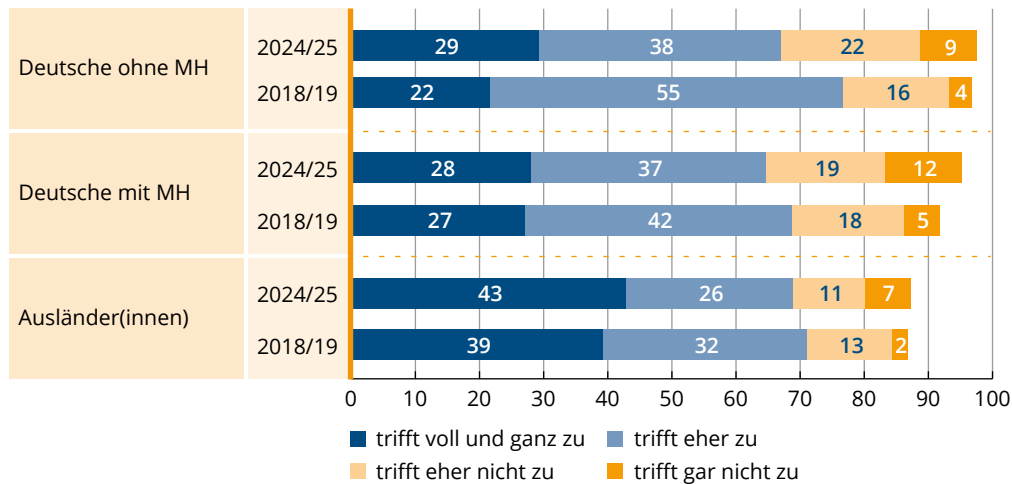
Im Vergleich mit den anderen erhobenen Grundrechten fallen die Veränderungen unter Deutschen ohne und Deutschen mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern bei der Verwirklichung der Presse- und Forschungsfreiheit relativ gering aus. Insgesamt gibt es eine leichte Zunahme der vollen Zustimmung, aber eine leichte Abnahme der gesamten Zustimmung. Wie schon bei anderen Grundrechten sehen Ausländerinnen und Ausländer die Presse- und Forschungsfreiheit häufiger als gegeben an als Deutsche ohne und mit MH.

Im Gegensatz zu den bisherigen Grundrechten steigt die Zustimmung zur Presse- und Forschungsfreiheit besonders stark an unter Russlandstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Dagegen gibt es einen starken Rückgang unter Orthodoxen.

43 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer meinen, es treffe voll und ganz zu, dass die Presse und die Forschung frei seien. Das ist mit Abstand der höchste Anteil aller Gruppen. Seit 2018/2019 hat sich der Anteil kaum verändert (+4 Punkte), denn schon damals war die Zustimmung unter Ausländerinnen und Ausländern höher als unter Deutschen. Zusätzlich finden 26 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer, Presse- und Forschungsfreiheit trafen eher zu.

Deutsche ohne und mit MH unterscheiden sich kaum voneinander, wobei sich die Bewertung der Deutschen ohne MH an die – 2018/2019 positivere – Sicht der Deutschen mit MH angenähert hat. 28 Prozent der Deutschen mit MH (+1 Punkt) und 29 Prozent der Deutschen ohne MH (+7 Punkte) vertreten die Auffassung, Presse und Forschung seien voll und ganz frei. Zudem meinen 37 Prozent (DmMH) bzw. 38 Prozent (DoMH), Presse und Forschung seien eher frei.

Abbildung 49: Verwirklichung von Grundrechten nach Migrationsstatus im Zeitvergleich: „Die Presse und die Forschung sind frei.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage

2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

In den untersuchten Herkunftsgruppen fallen die Veränderungen über die Zeit wieder größer aus. Besonders häufig sehen Türkeistämmige Presse- und Forschungsfreiheit als voll und ganz erfüllt an, am seltensten meinen das Polenstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Unter Letzteren ist aber der Zuwachs besonders hoch.

Zugleich sind bei der Frage nach der Presse- und Forschungsfreiheit die Anteile an Befragten, die sich für die Kategorien „kann ich nicht beurteilen“ oder „keine Angabe“ entscheiden, besonders hoch. 2018/2019 gaben 30 Prozent der Polenstämmigen an, die Frage nicht beurteilen zu können. 2024/2025 trauen sich in allen Herkunftsgruppen rund 10 Prozent kein Urteil zu. Ein Teil der veränderten Bewertung liegt also vermutlich auch am sinkenden Anteil von Personen, die die Frage nicht beantworten können oder wollen.

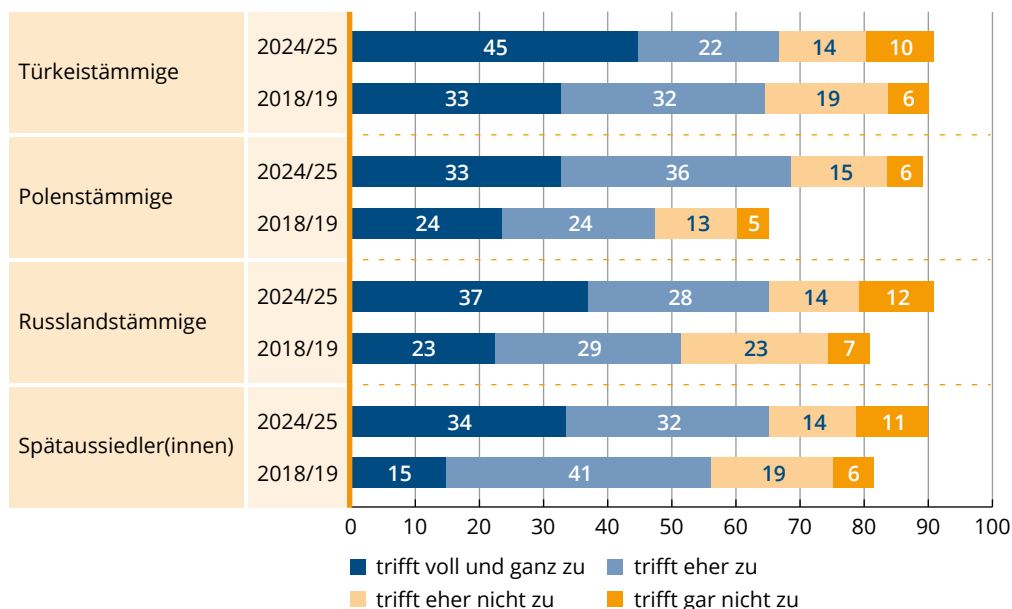
45 Prozent der Türkeistämmigen sehen Presse- und Forschungsfreiheit voll und ganz erfüllt. Seit 2018/2019 ist dieser Anteil um 12 Punkte gestiegen. Zusätzlich meinen 22 Prozent der Türkeistämmigen, es treffe eher zu, dass Presse und Forschung frei sind.

Unter Russlandstämmigen vertreten 37 Prozent die Auffassung, Presse und Forschung seien voll und ganz frei. Im Vergleich zu 2018/2019 ist das ein Plus von 14 Punkten. Weitere 28 Prozent der Russlandstämmigen meinen, Presse und Forschung seien eher frei. Die Gesamtzustimmung zu freier Presse und Forschung liegt unter Russlandstämmigen damit bei 65 Prozent und ist seit der letzten Umfrage um 13 Punkte gestiegen.

Auch unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern ist die Gesamtzustimmung gestiegen (+10 Punkte). 34 Prozent meinen, Presse- und Forschungsfreiheit seien voll und ganz erfüllt. Das ist ein Zuwachs von 19 Punkten. Zudem meinen 32 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, dieses Grundrecht sei eher verwirklicht.

Polenstämmige stimmen ähnlich häufig zu wie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, dass Presse und Forschung frei seien. 33 Prozent der Polenstämmigen meinen, das treffe voll und ganz zu (+9 Punkte), weitere 36 Prozent sagen, das treffe eher zu. Insgesamt ist die Zustimmung zur Verwirklichung von Presse- und Forschungsfreiheit unter Polenstämmigen um 21 Punkte gestiegen.

Abbildung 50: Verwirklichung von Grundrechten nach Herkunftsland im Zeitvergleich: „Die Presse und die Forschung sind frei.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

Unter den verschiedenen Religionszugehörigkeiten gibt es teils unterschiedliche Entwicklungen. Auffällig ist vor allem die stark rückläufige Zustimmung unter Orthodoxen, dass Presse und Forschung frei seien. In dieser Gruppe ist der Anteil an Personen, die sich kein Urteil zutrauen deutlich gestiegen. In den übrigen Gruppen ist, wie schon häufiger gesehen, die volle Zustimmung gestiegen, die gesamte Zustimmung (voll und ganz + eher) aber (mal mehr, mal weniger) gesunken.



Musliminnen und Muslime stimmen mit 47 Prozent mit Abstand am häufigsten voll und ganz zu, dass Presse und Forschung frei seien (+5 Punkte). Zudem stimmen 26 Prozent eher zu. Die Gesamtzustimmung unter Musliminnen und Muslimen zur Erfüllung von Presse- und Forschungsfreiheit hat sich damit kaum verändert seit 2018/2019 (-3 Punkte).

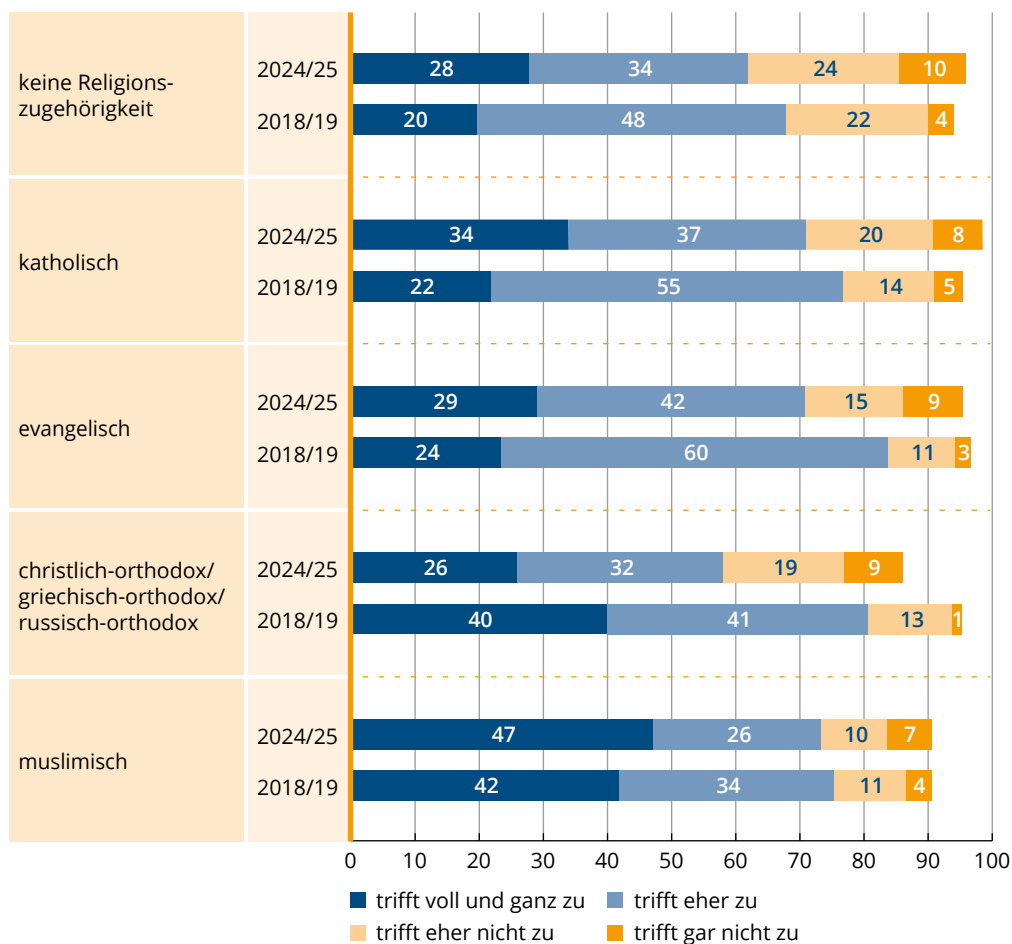
Unter Katholikinnen und Katholiken fällt die volle Zustimmung mit 34 Prozent (+12 Punkte) schon deutlich geringer aus als unter Musliminnen und Muslimen. Weitere 37 Prozent der Katholikinnen und Katholiken halten es für eher zutreffend, dass Presse und Forschung frei sind.

Noch etwas seltener meinen Protestantinnen und Protestanten, Presse und Forschung seien voll und ganz frei. 29 Prozent der Protestantinnen und Protestanten meinen das (+5 Punkte). Weitere 42 Prozent meinen, das treffe eher zu.

Unter Konfessionslosen halten 28 Prozent Presse- und Forschungsfreiheit für voll und ganz erfüllt (+8 Punkte). 34 Prozent sagen, das treffe eher zu.

Einzig unter Orthodoxen ist die Ansicht, Presse und Forschung seien voll und ganz frei, rückläufig. 26 Prozent der Orthodoxen vertreten diese Auffassung. Im Vergleich zu 2018/2019 ist das ein Minus von 14 Punkten. Zusätzlich meinen 32 Prozent, es treffe eher zu, dass Presse und Forschung frei sind. Die Gesamtzustimmung unter Orthodoxen ist damit um 23 Punkte gesunken.

Abbildung 51: Verwirklichung von Grundrechten nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich: „Die Presse und die Forschung sind frei.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

5.5 „Alle Menschen werden vor dem Gesetz gleichbehandelt.“

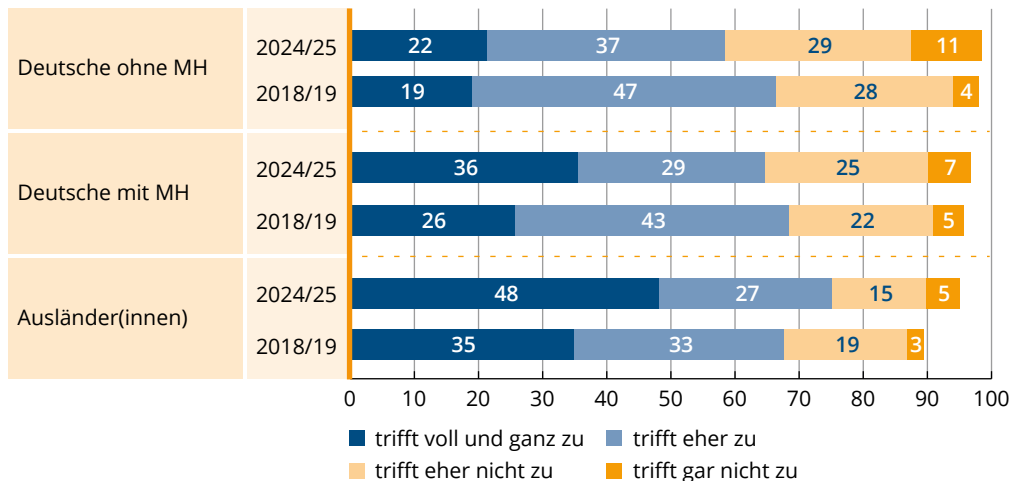
Dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden, findet von allen abgefragten Grundrechten am wenigsten Zustimmung. Erneut stimmen dem aber mehr Ausländerinnen und Ausländer zu als Deutsche. Am geringsten fällt die volle Zustimmung unter Deutschen ohne MH aus. Die höchsten Zuwächse in der Zustimmung gibt es bei der Gleichbehandlung unter Russlandstämmigen, Polenstämmigen sowie Musliminnen und Muslimen.

Knapp jede und jeder zweite Ausländerin und Ausländer meint, es treffe voll und ganz zu, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Im Vergleich zu 2018/2019 bedeutet das einen Anstieg um 13 Punkte. Zudem sagen 27 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer, das treffe eher zu. Die Gesamtzustimmung ist damit um 7 Punkte gestiegen.

Unter Deutschen mit MH sehen 36 Prozent den Gleichbehandlungsgrundsatz als voll und ganz verwirklicht an. Das entspricht einem Plus von 10 Punkten seit der letzten Umfrage. Weitere 29 Prozent der Deutschen mit MH meinen, es treffe eher zu, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Dieser Anteil ist aber um 14 Punkte gesunken, sodass auch die Gesamtzustimmung gesunken ist.

Am seltensten stimmen Deutsche ohne MH zu. Nur 22 Prozent der Deutschen ohne MH sind der Auffassung, es treffe voll und ganz zu, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Seit 2018/2019 hat sich dieser Wert kaum verändert (+3 Punkte). Weitere 37 Prozent sehen dieses Grundrecht eher erfüllt. Die Gesamtzustimmung ist unter Deutschen ohne MH damit um 7 Punkte gesunken.

Abbildung 52: Verwirklichung von Grundrechten nach Migrationsstatus im Zeitvergleich: „Alle Menschen werden vor dem Gesetz gleichbehandelt.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

Auch beim Grundrecht der gesetzlichen Gleichbehandlung gibt es in einzelnen Herkunftsgruppen höhere Anteile an Personen, die sich kein Urteil zutrauen oder keine Angabe machen. Besonders hoch fallen diese Anteile 2018/2019 unter Polenstämmigen (22 Prozent) und Russlandstämmigen (16 Prozent) aus sowie 2024/2025 unter Türkeistämmigen (12 Prozent).

Die höchste Zustimmung und der höchste Zuwachs finden sich unter Russlandstämmigen. Die geringste volle Zustimmung gibt es unter Polenstämmigen.

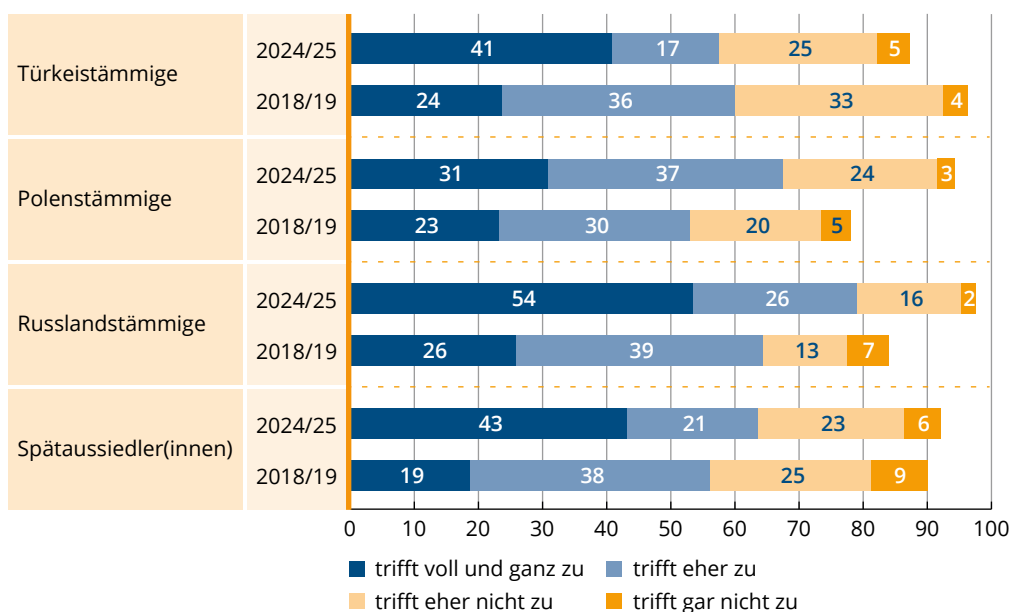
54 Prozent der Russlandstämmigen meinen voll und ganz, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Im Vergleich zu 2018/2019 ist das ein Anstieg um 28 Punkte. Für weitere 26 Prozent der Russlandstämmigen trifft das eher zu. Damit liegt die Gesamtzustimmung unter Russlandstämmigen bei 80 Prozent (+15 Punkte).

Unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sagen 43 Prozent, die Gleichbehandlung sei voll und ganz erfüllt. Seit der letzten Erhebung ist dieser Anteil um 24 Punkte gestiegen. Zudem meinen 21 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, der Grundsatz der Gleichbehandlung sei eher erfüllt. Obwohl dieser Anteil um 17 Punkte gefallen ist, ist die Gesamtzustimmung damit um 7 Punkte gewachsen.

41 Prozent der Türkeistämmigen halten die gesetzliche Gleichbehandlung für voll und ganz erfüllt. Seit 2018/2019 ist diese Haltung unter Türkeistämmigen um 17 Punkte gestiegen. Weitere 17 Prozent meinen, es treffe eher zu, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Dieser Anteil ist allerdings um 19 Punkte gesunken, sodass sich die Gesamtzustimmung der Türkeistämmigen nicht verändert hat.

Mit 31 Prozent stimmen Polenstämmige am seltensten voll und ganz zu. Der Anteil der vollen Zustimmung ist um 8 Punkte gestiegen. 37 Prozent der Polenstämmigen meinen eher, alle Menschen würden gleichbehandelt. Dieser Anteil ist im Gegensatz zu den anderen Herkunftsgruppen unter Polenstämmigen ebenfalls gestiegen (+7 Punkte), sodass auch die Gesamtzustimmung zugenommen hat (+15 Punkte).

Abbildung 53: Verwirklichung von Grundrechten nach Herkunftsland im Zeitvergleich: „Alle Menschen werden vor dem Gesetz gleichbehandelt.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“



Bei der Differenzierung nach Religionszugehörigkeit zeigen sich besonders hohe Zustimmungswerte zum Grundsatz der Gleichbehandlung unter Menschen mit muslimischem und mit orthodoxem Glauben. Konfessionslose, Katholikinnen und Katholiken sowie Protestantinnen und Protestanten unterscheiden sich kaum in ihrer eher geringen Zustimmung. Allerdings ist die volle Zustimmung einzig unter Katholikinnen und Katholiken gesunken, in allen anderen Gruppen ist sie gestiegen.

Gut die Hälfte der Musliminnen und Muslime findet es voll und ganz zutreffend, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Seit 2018/2019 ist dieser Anteil um 13 Punkte gestiegen. Weitere 23 Prozent der Musliminnen und Muslime finden das eher zutreffend. Damit liegt die Gesamtzustimmung der Musliminnen und Muslime bei 75 Prozent (+8 Punkte).

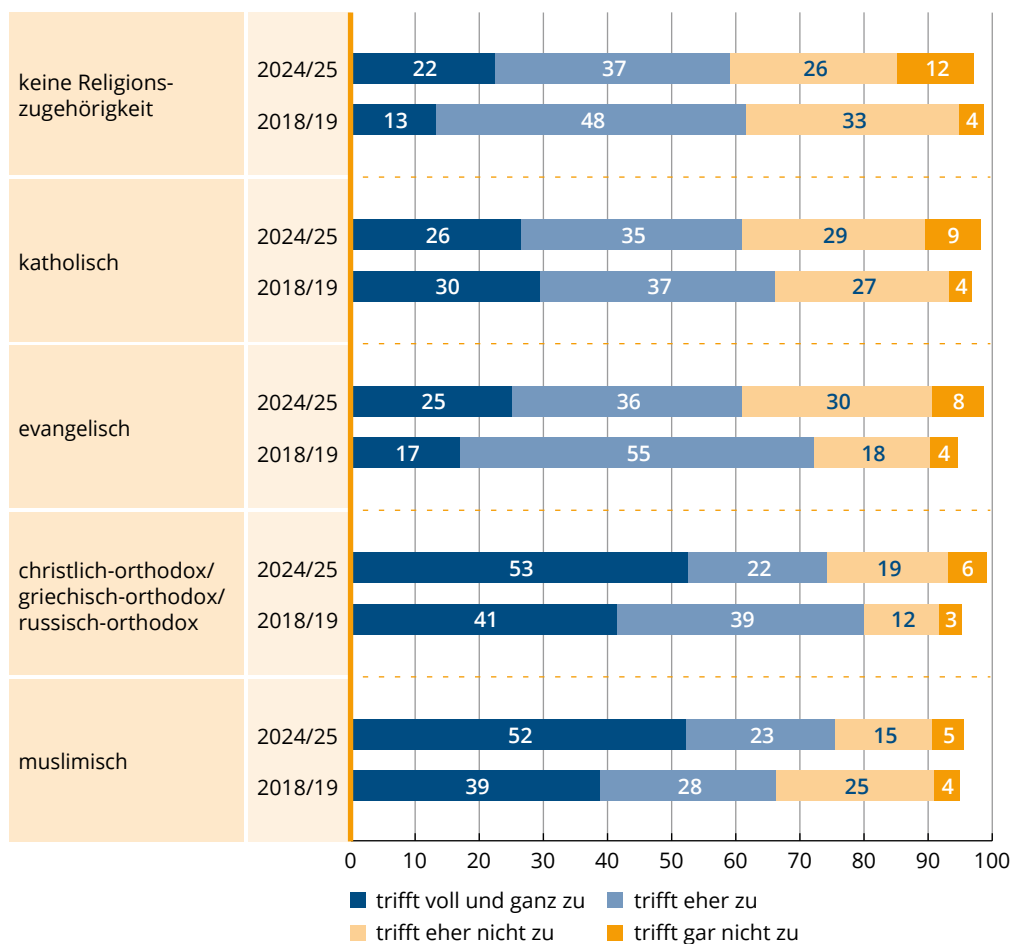
Auch 53 Prozent der Orthodoxen meinen voll und ganz, dass alle Menschen gleichbehandelt werden. Im Vergleich zur letzten Erhebung ist das ein Anstieg um 12 Punkte. 22 Prozent der Orthodoxen sehen die Gleichbehandlung als eher erfüllt an. Dieser Anteil ist allerdings um 17 Punkte gesunken, sodass auch die Gesamtzustimmung der Orthodoxen leicht zurückgegangen ist (-5 Punkte).

Ein gutes Viertel der Katholikinnen und Katholiken stimmt voll und ganz zu, dass die Gleichbehandlung gegeben sei. Als einzige Gruppe ist der Wert nicht gestiegen, sondern seit 2018/2019 leicht gesunken (-4 Punkte). 35 Prozent der Katholikinnen und Katholiken halten die Gleichbehandlung für eher erfüllt.

Die aktuellen Werte der Protestantinnen und Protestanten unterscheiden sich kaum von denen der Katholikinnen und Katholiken, wohl aber die Entwicklung im Zeitvergleich. 25 Prozent der Protestantinnen und Protestanten sehen die Gleichbehandlung als voll und ganz zutreffend. Anders als bei den Katholikinnen und Katholiken ist dieser Anteil aber um 8 Punkte gestiegen. Weitere 36 Prozent der Protestantinnen und Protestanten sehen dieses Grundrecht als eher erfüllt an. Die Gesamtzustimmung ist in dieser Gruppe allerdings um 11 Punkte gesunken.

22 Prozent der Konfessionslosen sehen die Gleichbehandlung voll und ganz als realisiert an. Im Vergleich zur Umfrage von 2018/2019 ist das ein leichter Anstieg um 9 Punkte. Zudem meinen 37 Prozent der Konfessionslosen, es treffe eher zu, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Da dieser Anteil um 11 Punkte gesunken ist, hat sich die Gesamtzustimmung kaum verändert.

Abbildung 54: Verwirklichung von Grundrechten nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich: „Alle Menschen werden vor dem Gesetz gleichbehandelt.“



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.“

11 Die Formulierung „Der Staat gewährleistet eine möglichst umfassende soziale Absicherung“ findet sich so nicht im Grundgesetz. Um in einer Umfrage eine Zustimmung oder Ablehnung sinnvoll messen zu können, müssen Aussagen aber ausreichend eindeutig formuliert sein. Eine weichere Formulierung hätte hier dazu geführt, dass alle Befragten zustimmen können und keine Differenzierung zwischen den Befragten möglich ist.



Politische Einstellungen: Überblick

In einer früheren Studie zeigte sich eine hohe Demokratiezufriedenheit unter Deutschen mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern (Pokorny 2016a). Gleichzeitig wurden aber auch teilweise für die Demokratie problematische Einstellungen sichtbar. Daher wurden in der aktuellen Studie erneut diverse politische Einstellungen u. a. zu Demokratie, Populismus, Antisemitismus, dem Verhältnis des Westens zur islamischen Welt oder der Akzeptanz von Gewalt erhoben. Zusätzlich wurden neue Einstellungen ergänzt wie die Sorge vor Rechtsextremismus oder die Haltung zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine.

Auch die (potenzielle) Wahlabsicht von Deutschen ohne MH, Deutschen mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern war Teil der Umfrage. Eine ausführliche Analyse der Wahlabsicht, der Bewertung von Parteien sowie von Einstellungen zum Sozialstaat, zu Zuwanderung und zum Klimaschutz findet sich bei Hirndorf (2025). Bezüglich der Wahlabsicht zeigt sich dort, dass Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer deutlich seltener überhaupt eine Wahlabsicht angeben als Deutsche ohne MH. Wenn man die betrachtet, die eine Partei angeben, ist die Union in allen drei Gruppen stärkste Kraft. Unter Ausländerinnen und Ausländern schneidet sie sogar leicht besser ab als unter Deutschen ohne und mit MH. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den drei Gruppen moderat. Bündnis 90/Die Grünen schneiden am besten unter Deutschen ohne MH ab, die AfD am besten unter Deutschen mit MH. Bei den anderen Parteien gibt es kaum Unterschiede. Bei den verschiedenen Herkunftsgruppen (unabhängig von der Wahlberechtigung, also Deutsche mit MH und Ausländerinnen und Ausländer gemeinsam) zeigt Hirndorf (2025: 10), dass Türkeistämmige überdurchschnittlich stark zur SPD neigen. Aber auch die Linke und das BSW schneiden unter Türkeistämmigen überdurchschnittlich ab. Auch unter Russlandstämmigen liegt die SPD deutlich vorn. Bei Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern dagegen wird die AfD stärkste Kraft (Hirndorf 2025).

Wie schon in früheren Untersuchungen liegen auch in dieser Studie Licht und Schatten teils nah beieinander. Populismus ist trotz eines Anstiegs der AfD insgesamt nicht verbreiteter als vor zehn Jahren, bleibt aber auf einem konstant hohen Niveau bei rund 50 Prozent. Erfreulich ist allerdings ein Rückgang populistischer Einstellungen unter Türkeistämmigen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie Musliminnen und Muslimen. Angesichts der hohen Bereitschaft von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, die AfD zu wählen (Hirndorf 2025), ist der Rückgang populistischer Einstellungen in dieser Gruppe überraschend. Denn AfD-Wählerinnen und -Wähler stimmen mit 65 Prozent besonders häufig voll und ganz zu (ohne Abbildung).

Ebenfalls erfreulich ist das Ergebnis, dass rund zwei Drittel der Deutschen mit MH sowie der Ausländerinnen und Ausländer das politische System in Deutschland besser bewerten als das im Herkunftsland. Allerdings ist dieser Anteil unter Ausländerinnen und Ausländern leicht gesunken, war also vorher noch höher.

Auch bei der Ablehnung Homosexueller gibt es ambivalente Befunde. Unter Deutschen ohne MH ist die Ablehnung Homosexueller die absolute Ausnahme. Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer lehnen Homosexuelle nun seltener ab als vor zehn Jahren. Das gilt auch für Russlandstämmige. Allerdings ist das Niveau der Ablehnung in allen drei Gruppen immer noch recht hoch. Am höchsten fällt die Ablehnung unter Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern aus. In beiden Gruppen lehnt ein gutes Drittel homosexuelle Freunde ab. Bei den Religionszugehörigkeiten fallen Orthodoxe sowie Musliminnen und Muslime auf, von denen jeweils rund ein Viertel keine homosexuellen Freunde möchte.

Ansonsten gibt es bei einzelnen politischen Einstellungen relativ viel Schatten und eher wenig Licht. Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist in allen Gruppen gesunken. Besonders stark fällt der Rückgang unter Deutschen mit MH, Musliminnen und Muslimen sowie Orthodoxen aus. Gleichzeitig ist der Wunsch nach einer Person, die sagt, wo es langgeht, teils deutlich gestiegen. Besonders stark stieg der Wunsch nach einer autoritären Führungsperson unter Polenstämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, zwei Gruppen, bei denen die AfD besonders gut abschneidet (Hirndorf 2025).

Darüber hinaus ist in einzelnen Gruppen auch der Antisemitismus gestiegen. Besonders häufig finden sich antisemitische Einstellungen unter Türkeistämmigen, von denen ein gutes Viertel Jüdinnen und Juden nicht traut. Aber auch unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, Musliminnen und Muslimen sowie Orthodoxen ist Antisemitismus deutlich überdurchschnittlich ausgeprägt.

Zusätzlich meinen rund 40 Prozent der in Deutschland lebenden Türkeistämmigen sowie der Musliminnen und Muslime, der Westen unterdrücke die islamische Welt. Konflikte wie der aktuelle Krieg in Gaza besitzen dadurch in Deutschland eine hohe Brisanz und das Potenzial, die Gesellschaft zu spalten.

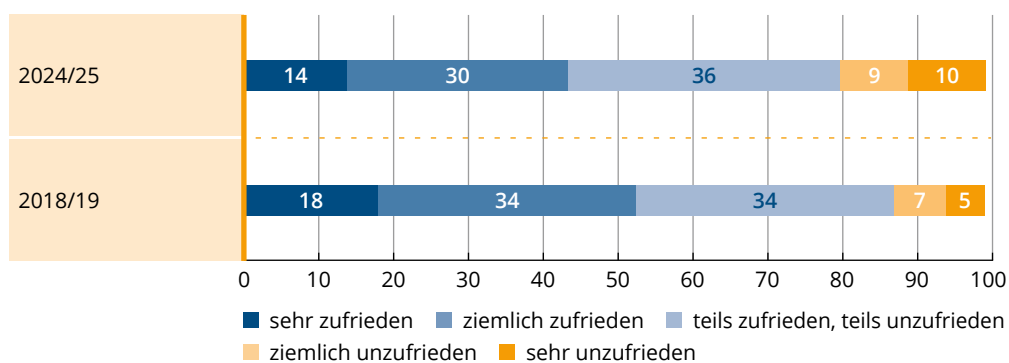
Noch brisanter wird es, wenn eine gewisse Gewaltakzeptanz hinzukommt. Deutsche ohne MH lehnen Gewalt zur Lösung von Konflikten deutlich ab. Auch in den anderen Gruppen wird Gewalt von einer großen Mehrheit abgelehnt. In manchen Gruppen gibt es aber größere Minderheiten, die Gewalt als Mittel der Konfliktlösung akzeptieren. Besonders hoch fällt die Gewaltakzeptanz unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie Orthodoxen aus. In beiden Gruppen ist die Akzeptanz von Gewalt in den letzten zehn Jahren gestiegen, sodass nun ein Viertel der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie der Orthodoxen Gewalt zur Konfliktlösung in Ordnung findet. Erfreulicherweise ist die Gewaltakzeptanz unter Russlandstämmigen sowie Musliminnen und Muslimen im selben Zeitraum gesunken.

6.1 Demokratiezufriedenheit und politisches System

Für die Unterstützung der Demokratie ist auch die Zufriedenheit mit ihr grundlegend. 2015 wurde die Demokratiezufriedenheit noch mit einer anderen Skala erhoben als in den Folgeumfragen. Daher ist kein Vergleich mit 2015, sondern nur mit 2018/2019 möglich.

Zwischen 2018/2019 und 2024/2025 ist die Demokratiezufriedenheit der Gesamtbevölkerung um 8 Punkte zurückgegangen. 2018/2019 war mit 52 Prozent noch eine knappe Mehrheit sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie in Deutschland. 2024/2025 ist dieser Anteil auf 44 Prozent gesunken. Der Anteil an Personen, die teils zufrieden, teils unzufrieden sind, ist nahezu konstant geblieben. Stattdessen ist der Anteil an Personen, die sehr oder ziemlich unzufrieden mit der Demokratie sind, von 12 Prozent auf 19 Prozent gestiegen.

Abbildung 55: Demokratiezufriedenheit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“

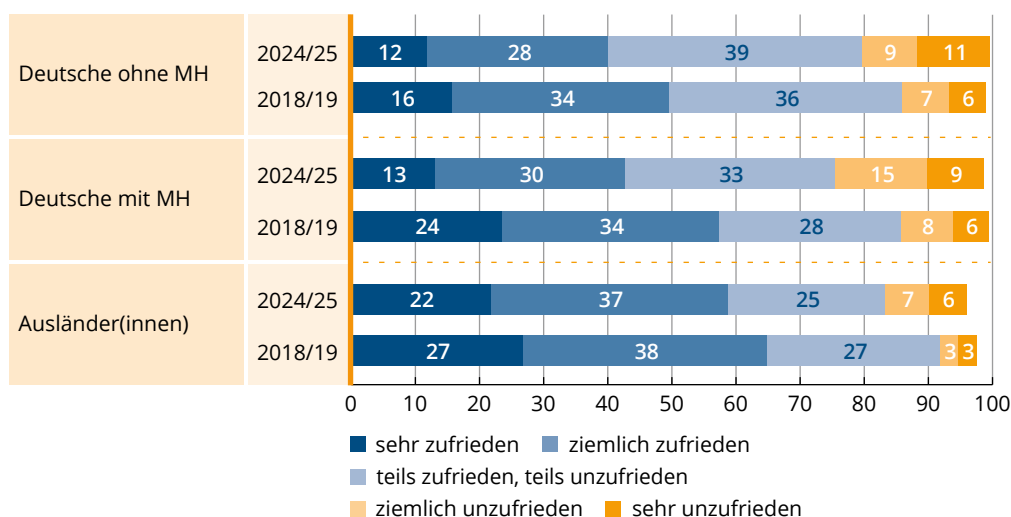
Die Demokratiezufriedenheit ist sowohl unter Deutschen ohne und Deutschen mit MH als auch unter Ausländerinnen und Ausländern gesunken. Am stärksten fällt der Rückgang unter Deutschen mit MH (–15 Punkte) aus, gefolgt von Deutschen ohne MH (–10 Punkte). Der geringste Rückgang zeigt sich bei Ausländerinnen und Ausländern (–6 Punkte).

Letztere sind auch in beiden Umfragen zufriedener mit der Demokratie als die Deutschen. 2024/2025 sind 59 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer mit der Demokratie in Deutschland sehr oder ziemlich zufrieden (2018/2019: 65 Prozent). Deutlich weniger zufrieden sind Deutsche mit MH, von denen 43 Prozent sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie sind (2018/2019: 58 Prozent). Am geringsten ausgeprägt ist die Demokratiezufriedenheit unter Deutschen ohne MH. Hier zeigen sich nur noch 40 Prozent sehr oder ziemlich zufrieden (2018/2019: 50 Prozent).

Für Personen, die selbst nach Deutschland zugewandert sind, zeigt sich ein Anpassungsprozess mit zunehmender Aufenthaltsdauer. Je länger Zugewanderte in Deutschland leben, desto unzufriedener werden sie mit der Demokratie und desto stärker nähert sich ihre Demokratiezufriedenheit an die der Deutschen ohne MH an (ohne Abbildung). Unter Personen, die vor über 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind, sind ähnlich viele sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie wie Deutsche ohne MH.

Ein ähnlicher Prozess ist bei der Lebenszufriedenheit bekannt, wenn auch mit einem etwas anderen Ergebnis (Kämpfer 2014). Nach der Migration steigt die Lebenszufriedenheit von Personen mit MH. Danach sinkt die Lebenszufriedenheit jedoch mit zunehmender Aufenthaltsdauer. Dadurch gleicht sich in diesem Fall die Lebenszufriedenheit von Menschen mit MH nicht an die Zufriedenheit von Westdeutschen ohne MH an, sondern ist in manchen Herkunftgruppen signifikant niedriger (Kämpfer 2014: 177 ff.). Erklärt wird das mit einem über die Aufenthaltsdauer steigenden Aspirationsniveau, das in der Folge zu einer sinkenden Lebenszufriedenheit führt (Kämpfer 2014: 179). Das scheint auch im Falle der sinkenden Demokratiezufriedenheit eine mögliche Erklärung. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigen die Erwartungen an die Demokratie – vermutlich besonders bei Menschen aus nicht-demokratischen Herkunftsländern – und führen zu einem Rückgang der Demokratiezufriedenheit.

Abbildung 56: Demokratiezufriedenheit nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“

Auch in allen Herkunftgruppen ist die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland zurückgegangen. Unter Türkeistämmigen fällt der Rückgang geringer aus als in den anderen Gruppen, trotzdem weist diese Gruppe auch eine der geringsten Zufriedenheiten auf. Die höchste Zufriedenheit besitzen dagegen Russlandstämmige.

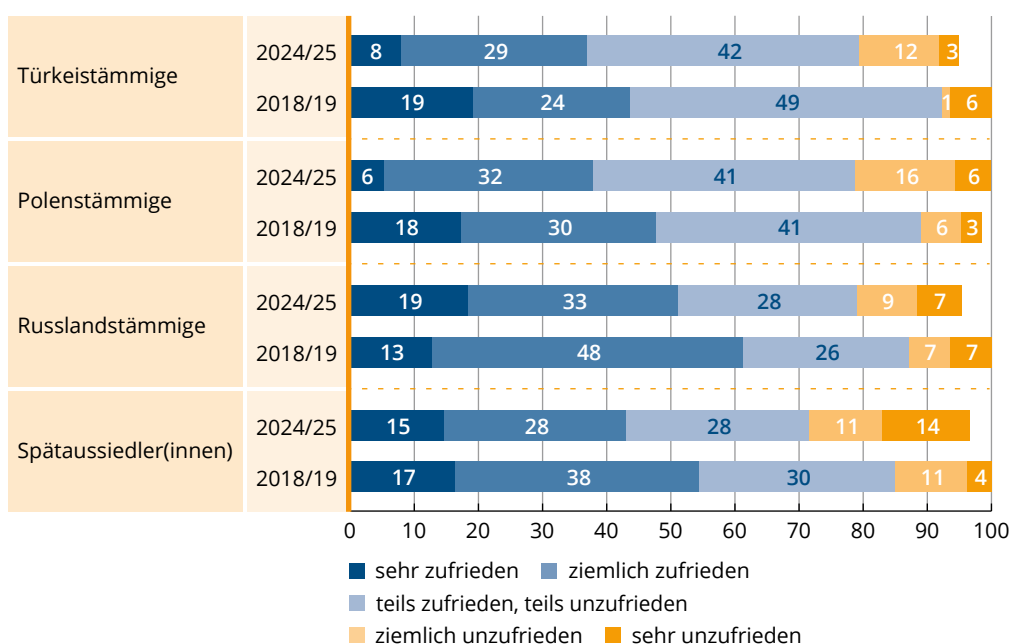
Unter Türkeistämmigen sind nur noch 37 Prozent mit der Demokratie sehr oder ziemlich zufrieden. 2018/2019 lag dieser Anteil noch bei 43 Prozent. Auch der Anteil an Türkeistämmigen, die teils zufrieden, teils unzufrieden sind, ist um 7 Punkte gesunken. Dafür ist die Unzufriedenheit unter Türkeistämmigen von 7 Prozent auf 15 Prozent gestiegen.

Unter Polenstämmigen ist der Anteil der Zufriedenen ähnlich hoch wie unter Türkeistämmigen. 38 Prozent der Polenstämmigen sind 2024/2025 sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie. Im Vergleich zu 2018/2019 ist die Zufriedenheit damit um 10 Punkte gesunken. Zugleich ist der Anteil der Polenstämmigen, die sehr oder ziemlich unzufrieden mit der Demokratie sind, von 9 Prozent auf 22 Prozent gestiegen.

Leicht höher liegt der Anteil der Zufriedenen unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, von denen 43 Prozent sehr oder ziemlich zufrieden sind. Im Vergleich zu 2018/2019 bedeutet das einen Rückgang um 12 Punkte. Gleichzeitig ist der Anteil der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die unzufrieden sind, von 15 Prozent auf 25 Prozent gestiegen.

Die höchste Demokratiezufriedenheit besitzen Russlandstämmige. 52 Prozent der Russlandstämmigen sind sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie in Deutschland. 2018/2019 lag dieser Anteil allerdings noch bei 61 Prozent. Unter Russlandstämmigen hat sich der Anteil der Unzufriedenen jedoch kaum verändert. Stattdessen ist der Anteil an „weiß nicht/keine Angabe“ im Vergleich zu 2018/2019 gestiegen.

Abbildung 57: Demokratiezufriedenheit nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“

Ein Vergleich der Religionszugehörigkeiten ergibt, dass Protestantinnen und Protestanten sowie Konfessionslose weniger mit der Demokratie zufrieden sind als die Angehörigen der anderen Konfessionen. Am zufriedensten mit der Demokratie in Deutschland sind Musliminnen und Muslime. Unter Konfessionslosen ist die Demokratiezufriedenheit relativ konstant, während in allen anderen Gruppen die Zufriedenheit rückläufig ist.

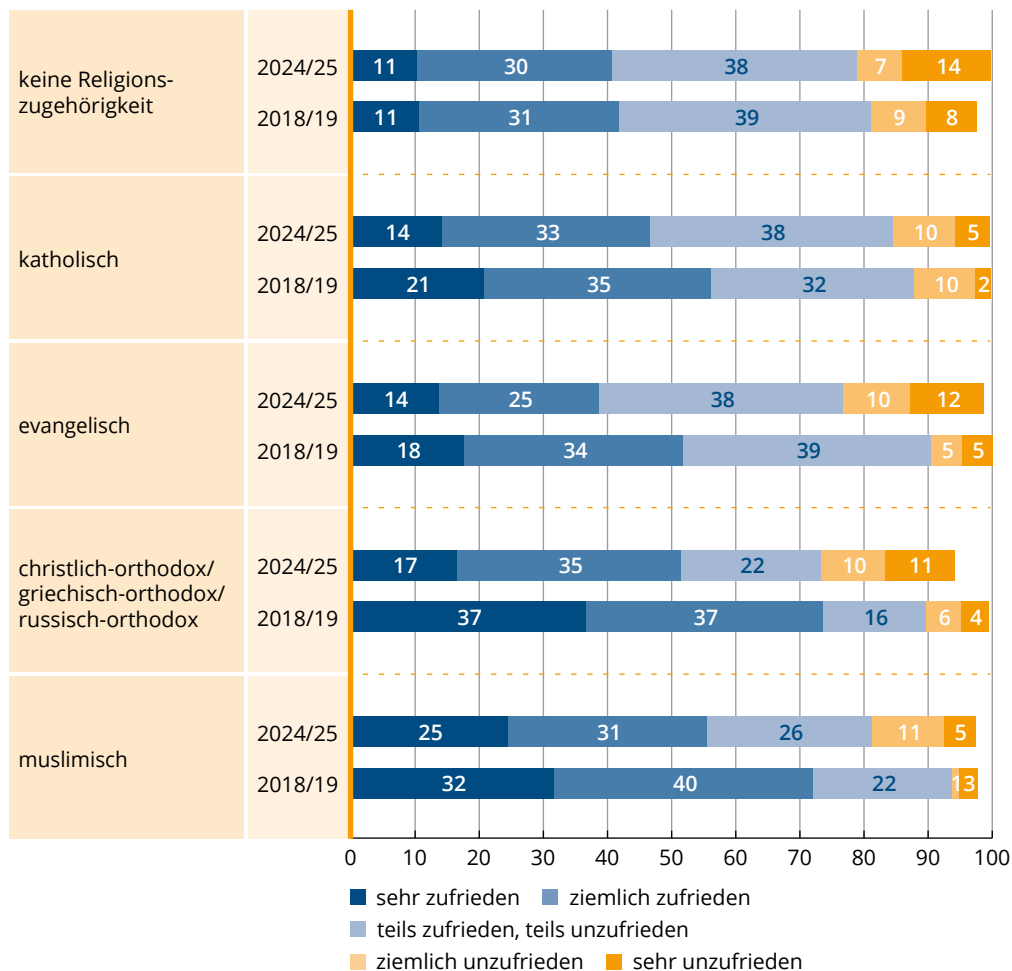
39 Prozent der Menschen mit evangelischer Religionszugehörigkeit sind sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie. 2018/2019 lag dieser Anteil noch bei 52 Prozent (-13 Punkte). Mit 41 Prozent fällt die Demokratiezufriedenheit unter Konfessionslosen sehr ähnlich aus. Im Gegensatz zu den anderen untersuchten Gruppen hat sich die Demokratiezufriedenheit Konfessionsloser kaum verändert.

Etwas zufriedener mit der Demokratie sind Katholikinnen und Katholiken. 47 Prozent der Menschen mit katholischem Glauben sind sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie. 2018/2019 waren noch 56 Prozent der Katholikinnen und Katholiken mit der Demokratie zufrieden (-9 Punkte).

Den stärksten Rückgang bei der Demokratiezufriedenheit weisen Menschen mit christlich-/griechisch-/russisch-orthodoxem Glauben auf. 2018/2019 waren 74 Prozent der Orthodoxen mit der Demokratie sehr oder ziemlich zufrieden. 2024/2025 ist dieser Anteil auf 52 Prozent gesunken (-22 Punkte).

Musliminnen und Muslime sind zufriedener mit der Demokratie als die anderen Konfessionen oder Konfessionslose, aber auch in dieser Gruppe gibt es einen deutlichen Rückgang. 2018/2019 waren 72 Prozent der Musliminnen und Muslime mit der Demokratie zufrieden. 2024/2025 gilt das noch für 56 Prozent (-16 Punkte).

Abbildung 58: Demokratiezufriedenheit nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

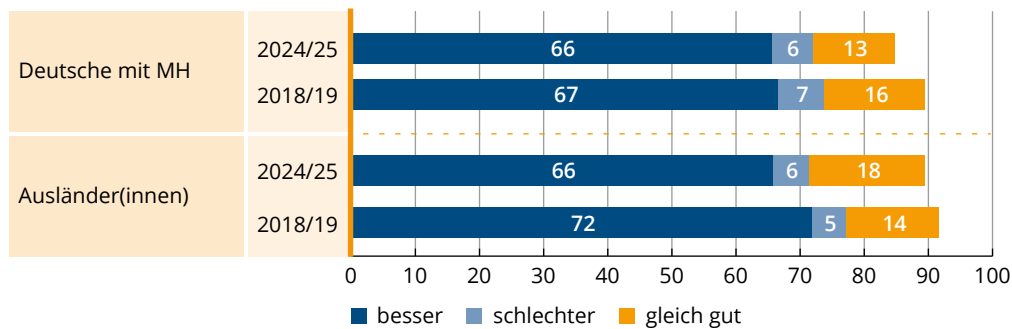
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“

Auch wenn die Zufriedenheit mit der Demokratie zurückgegangen ist, schneidet das politische System in Deutschland besser ab im Vergleich mit dem politischen System im Herkunftsland. Jeweils zwei Drittel der Deutschen mit MH sowie der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer geben an, das politische System in Deutschland sei besser als das im Herkunftsland. Nur jeweils 6 Prozent halten es für schlechter als das des Herkunftslandes. 13 Prozent der Deutschen mit MH und 18 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer sehen beide Systeme als gleich gut an.

Seit 2018/2019 hat sich daran wenig verändert. Lediglich unter Ausländerinnen und Ausländern ist der Anteil derjenigen, die das deutsche System für besser halten, leicht gesunken (–6 Punkte) und der Anteil derjenigen, die beide Systeme als gleich gut bewerten, leicht gestiegen (+4 Punkte). In beiden Gruppen gibt es aber auch zwischen 9 Prozent und 16 Prozent, die mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ antworten.

Abbildung 59: Vergleich der politischen Systeme nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Was würden Sie sagen ... Ist das politische System in Deutschland besser, gleich gut oder schlechter als das in <Herkunftsland/Herkunftsland der Mutter/Herkunftsland des Vaters>?“

Natürlich liegt es nahe, dass die Bewertung der politischen Systeme stark mit dem Herkunftsland variiert. Und so ist es auch. Allerdings meint in allen hier untersuchten Herkunftsgruppen eine Mehrheit, dass das politische System in Deutschland besser sei als das des Herkunftslandes. Besonders hoch ist dieser Anteil unter Türkeistämmigen, am niedrigsten unter Polenstämmigen. Unter Türkeistämmigen hat dieser Anteil seit 2018/2019 zugenommen, unter Russlandstämmigen leicht abgenommen. In einzelnen Herkunftsgruppen gibt es erneut hohe Anteile an „weiß nicht/keine Angabe“. Besonders häufig wissen Russlandstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler keine Antwort.

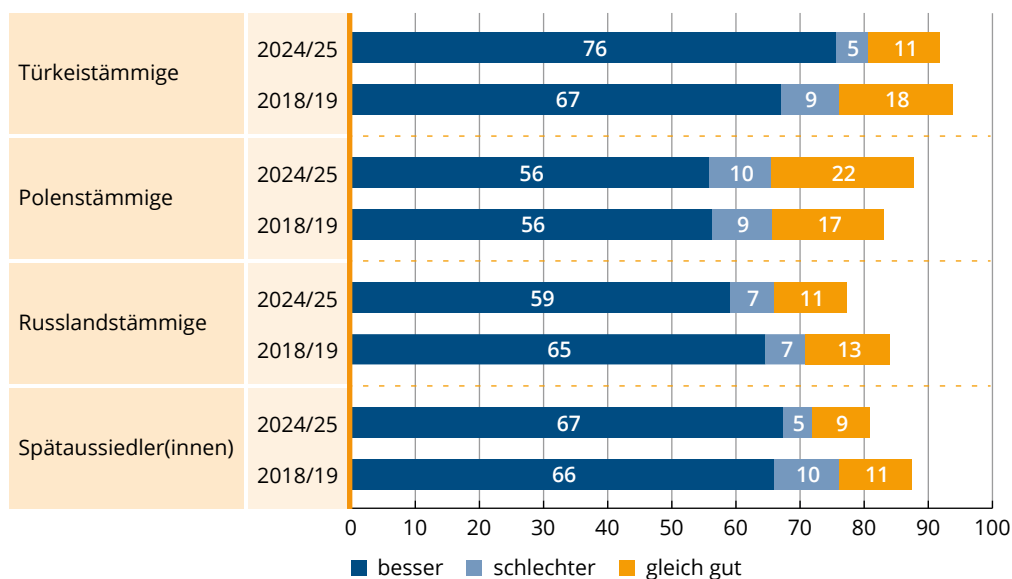
Gut drei Viertel der Türkeistämmigen meinen, das politische System in Deutschland sei besser als in der Türkei. Dieser Anteil ist seit der letzten Umfrage um 9 Punkte gestiegen. 5 Prozent der Türkeistämmigen finden das deutsche System schlechter als das türkische und 11 Prozent halten beide politischen Systeme für gleich gut.

Unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern meinen gut zwei Drittel, das deutsche politische System sei besser als das in ihrem jeweiligen Herkunftsland. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler kommen aus unterschiedlichen Ländern, sodass davon auszugehen ist, dass diese Gruppe auch in sich bezüglich der Bewertung der politischen Systeme eher heterogen ist. Seit 2018/2019 hat sich die durchschnittliche Einschätzung dieser Gruppe kaum verändert.

59 Prozent der Russlandstämmigen finden das politische System in Deutschland besser als das in Russland. Seit 2018/2019 ist dieser Anteil leicht gesunken (–6 Punkte). Unverändert 7 Prozent der Russlandstämmigen halten das deutsche System für schlechter als das russische und 11 Prozent finden beide gleich gut. In dieser Gruppe ist aber die Antwortverweigerung relativ hoch und hat zwischen beiden Erhebungen noch zugenommen.

Unter Polenstämmigen ist der Anteil derjenigen, die das deutsche politische System besser finden, geringer als in allen anderen Gruppen. Mit 56 Prozent meint aber auch hier die Mehrheit, das politische System in Deutschland sei besser als das in Polen (+/- 0 Punkte). 10 Prozent finden das politische System in Deutschland schlechter als das polnische System und 22 Prozent meinen, beide Systeme seien gleich gut. Dieser Anteil ist seit 2018/2019 leicht gestiegen (+5 Punkte), während der Anteil der Antwortverweigerungen gesunken ist.

Abbildung 60: Vergleich der politischen Systeme nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Was würden Sie sagen ... Ist das politische System in Deutschland besser, gleich gut oder schlechter als das in <Herkunftsland/Herkunftsland der Mutter/Herkunftsland des Vaters>?“

Auch in den verschiedenen Religionsgruppen gibt es hohe Anteile an Antwortverweigerung bei der Frage nach dem politischen System. Hierbei muss beachtet werden, dass aufgrund der Fragestellung nur Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer enthalten sind, keine Deutschen ohne MH. Die Auswertung nach Religionszugehörigkeit bezieht sich also auf eine andere Gesamtgruppe als bei anderen Fragestellungen. Besonders hoch ist der Anteil an „weiß nicht/keine Angabe“-Antworten unter Konfessionslosen, Protestantinnen und Protestanten sowie Orthodoxen.

Musliminnen und Muslime vertreten am häufigsten die Auffassung, das politische System in Deutschland sei besser als in ihrem Herkunftsland. Unter Protestantinnen und Protestanten ist dieser Anteil am niedrigsten.

80 Prozent der Musliminnen und Muslime finden das politische System in Deutschland besser als das in ihrem Herkunftsland. 3 Prozent halten es für schlechter und 9 Prozent finden beide gleich gut. Seit 2018/2019 hat sich die Einschätzung der Musliminnen und Muslime nicht substantiell verändert.

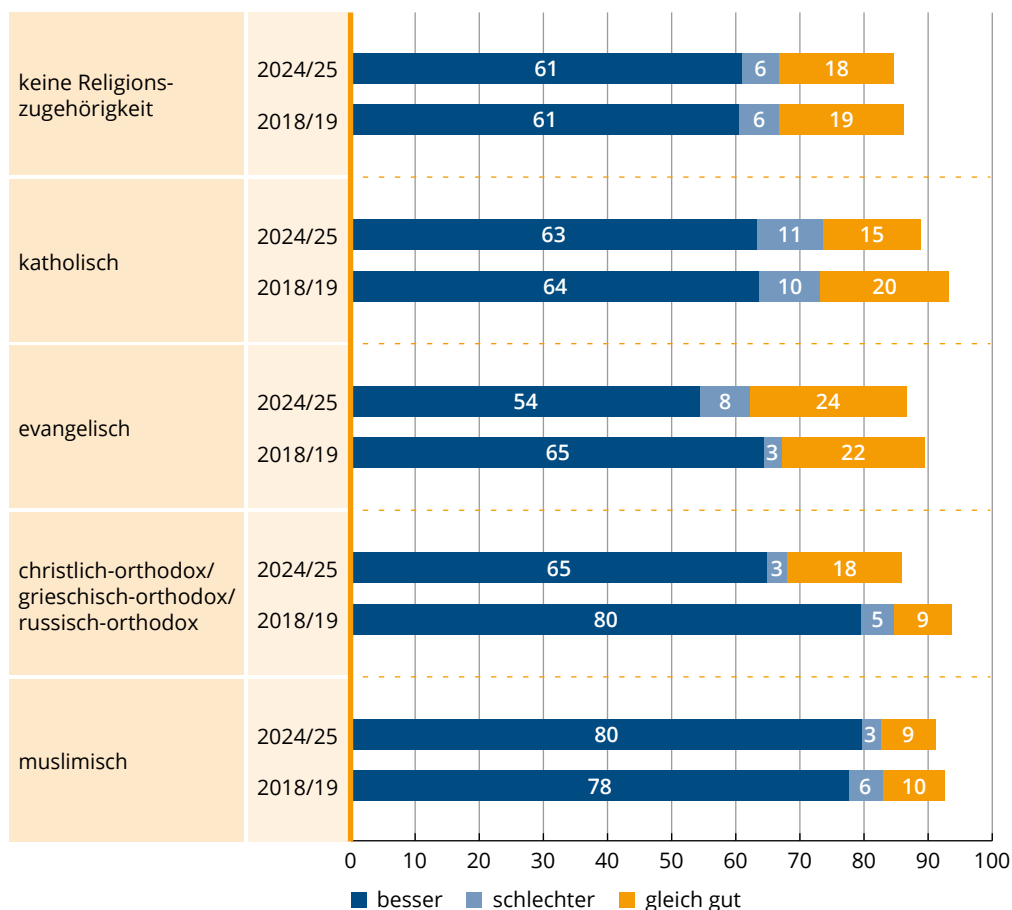
Unter Orthodoxen ist der Anteil derjenigen, die das deutsche System besser finden als das in ihrem Herkunftsland, deutlich gesunken. 2024/2025 meinen 65 Prozent der Orthodoxen, das politische System sei in Deutschland besser als in ihrem Herkunftsland. 2018/2019 sagten das noch 80 Prozent der Orthodoxen. Das entspricht einem Rückgang um 15 Punkte. Allerdings meinen nur 3 Prozent der Orthodoxen, das politische System in Deutschland sei schlechter als in ihrem Herkunftsland. Stattdessen finden 18 Prozent (+9 Punkte) beide Systeme gleich gut. Zudem ist der Anteil an „weiß nicht/keine Angabe“ unter Orthodoxen gestiegen.

63 Prozent der Katholikinnen und Katholiken finden das politische System in Deutschland besser als in ihrem Herkunftsland. 11 Prozent halten es für schlechter und 15 Prozent meinen, beide Systeme seien gleich gut. Seit der letzten Umfrage gibt es kaum Veränderungen.

Ähnlich sieht es bei Konfessionslosen aus. 61 Prozent der Konfessionslosen meinen, das deutsche politische System sei besser als das ihres Herkunftslandes. 6 Prozent finden das deutsche System schlechter und 18 Prozent finden beide gleich gut. Diese Werte haben sich seit 2018/2019 nicht verändert.

Am seltensten meinen Protestantinnen und Protestanten, das politische System in Deutschland sei besser als das ihres Herkunftslandes. 54 Prozent vertreten diese Auffassung. Seit 2018/2019 ist dieser Anteil um 11 Punkte gesunken. 8 Prozent halten das System in Deutschland für schlechter als in ihrem Herkunftsland und 24 Prozent der Protestantinnen und Protestanten finden beide Systeme gleich gut.

Abbildung 61: Vergleich der politischen Systeme nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.003 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

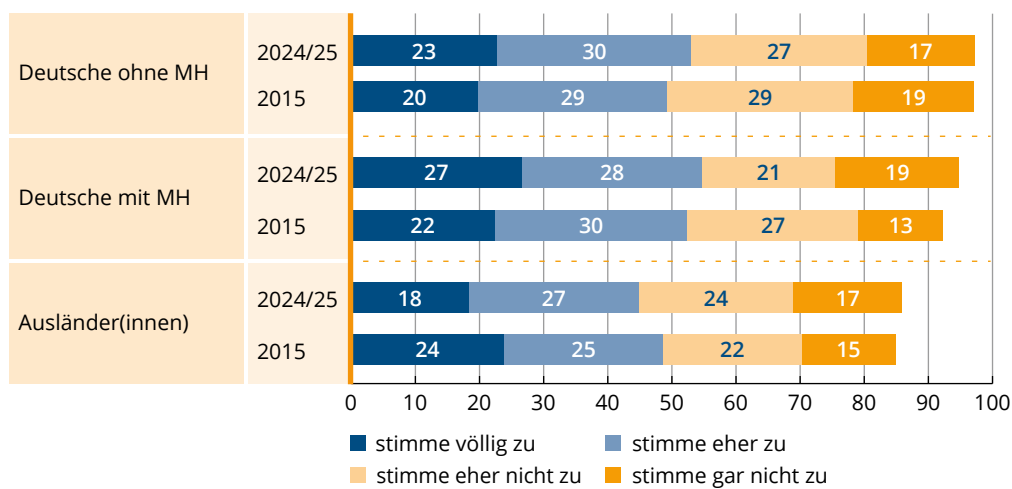
Frage: „Was würden Sie sagen ... Ist das politische System in Deutschland besser, gleich gut oder schlechter als das in <Herkunftsland/Herkunftsland der Mutter/Herkunftsland des Vaters>?“

6.2 Populismus

Populismus ist eine Gefahr für die Demokratie. Populistinnen und Populisten unterscheiden zwischen einer „abgehobenen, korrupten“ Elite und dem „einfachen Volk“, das als homogen wahrgenommen wird. Sie behaupten, die politischen Eliten würden „die“ Meinung „des“ Volkes – welche auch immer das sein soll – nicht berücksichtigen, sondern nur nach eigenen Interessen handeln (z. B. Müller 2015). Entsprechend wurde in der vorliegenden Umfrage eine Anfälligkeit für Populismus mit der Aussage „Die da oben‘ machen doch nur, was sie wollen“ gemessen.

2024/2025 fällt die Zustimmung dazu unter Deutschen ohne (53 Prozent) und mit MH (55 Prozent) etwas höher aus als unter Ausländerinnen und Ausländern (45 Prozent). In dieser Gruppe meinen aber mit 15 Prozent besonders viele Befragte, sie könnten diese Aussage nicht beurteilen. Zwischen 2015 und 2024/2025 hat sich der Populismus in allen drei Gruppen kaum verändert.

Abbildung 62: Einstellung zu „Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe. Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Am häufigsten stimmen Polenstämmige zu, „die da oben“ würden nur machen, was sie wollen. Ähnlich hoch liegt die Zustimmung unter Türkeistämmigen. Die geringste Populismusneigung zeigen Russlandstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Unter Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern ist die Zustimmung seit 2015 deutlich gesunken.

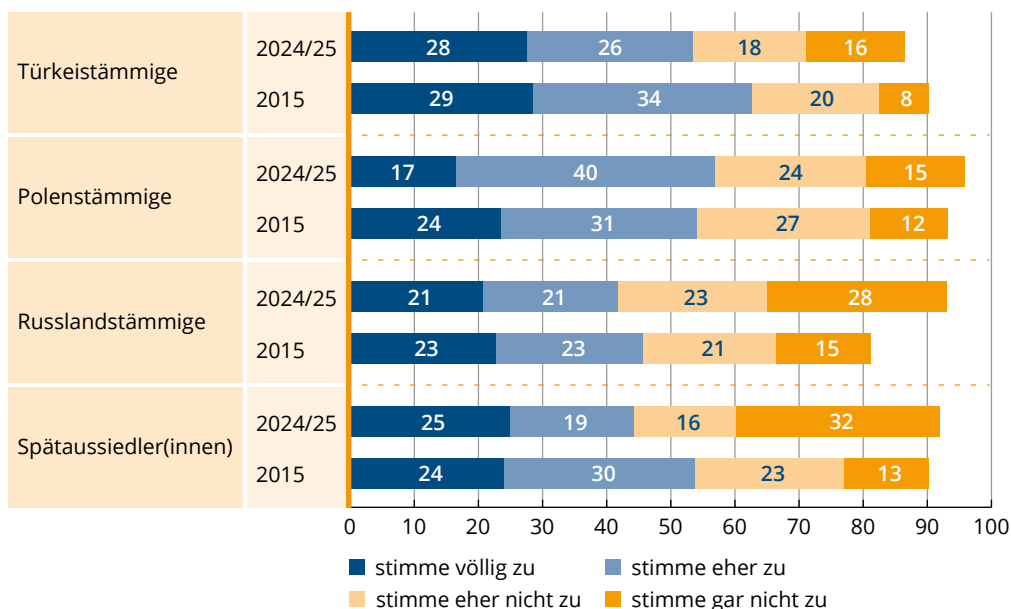
57 Prozent der Polenstämmigen meinen, „die da oben“ machen nur, was sie wollen. Seit 2015 hat sich die gesamte Zustimmung nur minimal verändert. Allerdings ist der Anteil an Polenstämmigen, die völlig zustimmen, leicht gesunken, während der Anteil derjenigen, die eher zustimmen leicht gestiegen ist.

Nur leicht niedriger liegt die Zustimmung unter Türkeistämmigen. 54 Prozent der Türkeistämmigen stimmen zu, dass „die da oben“ nur machen, was sie wollen. 2015 lag dieser Anteil noch bei 63 Prozent. Unter Türkeistämmigen ist der Populismus also um 9 Punkte gesunken.

Unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern neigt weniger als die Hälfte zum Populismus. 44 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler meinen, „die da oben“ machen, was sie wollen. Seit der letzten Erhebung 2015 ist dieser Anteil um 10 Punkte gesunken.

Unter Russlandstämmigen ist der Populismus geringer ausgeprägt als in allen anderen Herkunftsgruppen. 42 Prozent der Russlandstämmigen stimmen der Aussage „Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen“ zu. Seit 2015 ist die Zustimmung minimal gesunken (-4 Punkte).

Abbildung 63: Einstellung zu „Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Die Unterschiede zwischen den Religionszugehörigkeiten fallen eher gering aus. Am wenigsten neigen Orthodoxe und Musliminnen und Muslime zu Populismus. In diesen beiden Gruppen ist aber auch der Anteil an Personen, die sich kein Urteil zutrauen, sehr hoch. Am stärksten neigen Protestantinnen und Protestanten zu Populismus.

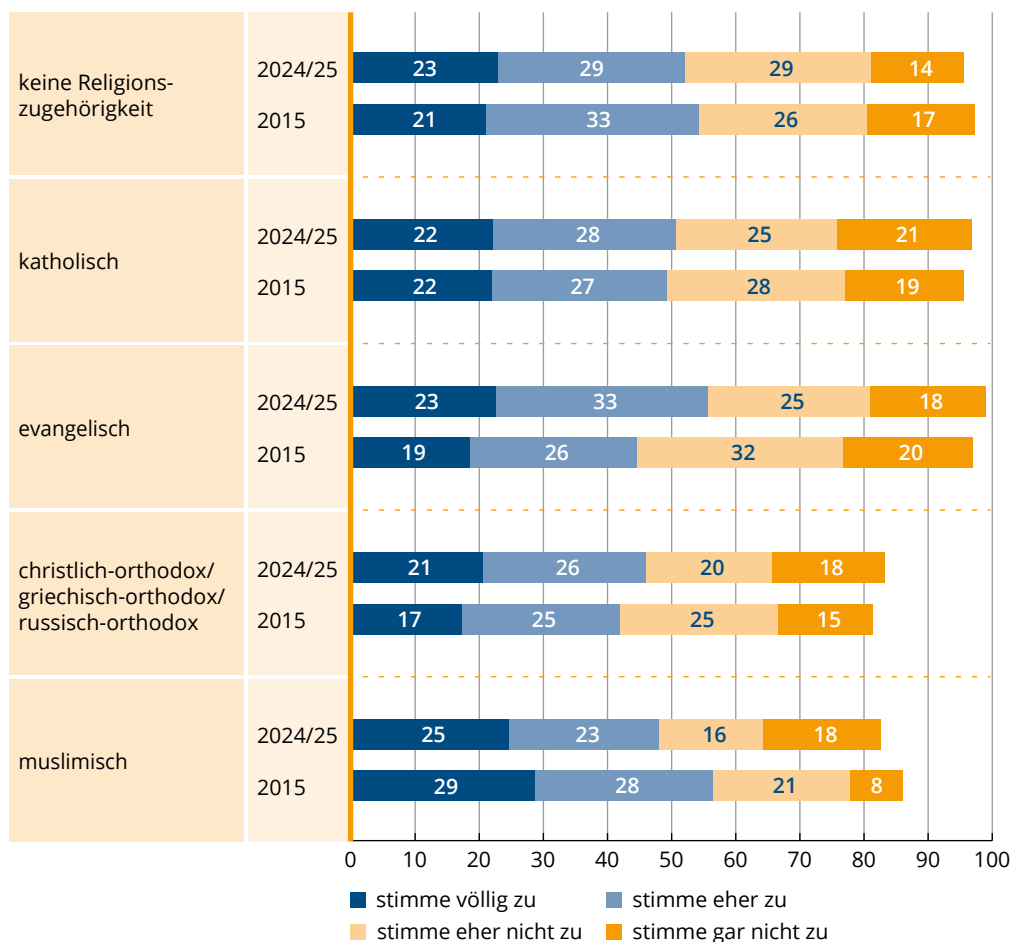
56 Prozent der Protestantinnen und Protestanten stimmen der Aussage zu, „die da oben“ würden nur machen, was sie wollen. Seit 2015 ist die Zustimmung zum Populismus unter Protestantinnen und Protestanten um 11 Punkte gestiegen.

Auch unter Konfessionslosen stimmt eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der populistischen Aussage zu. Im Vergleich zu 2015 gibt es keine nennenswerte Veränderung.

50 Prozent der Katholikinnen und Katholiken meinen, „die da oben“ machten, was sie wollen. Auch hier gibt es keine Veränderung seit 2015.

Unter Orthodoxen (47 Prozent) sowie Musliminnen und Muslimen (48 Prozent) stimmt etwas weniger als die Hälfte der populistischen Aussage zu. In beiden Gruppen gibt es aber eine unterschiedliche Entwicklung seit 2015. Unter Orthodoxen ist die Zustimmung zum Populismus in den letzten zehn Jahren um 5 Punkte gestiegen. Dagegen ist sie unter Musliminnen und Muslimen um 9 Punkte gesunken.

Abbildung 64: Einstellung zu „Die da oben‘ machen doch nur, was sie wollen“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

6.3 Autoritarismus

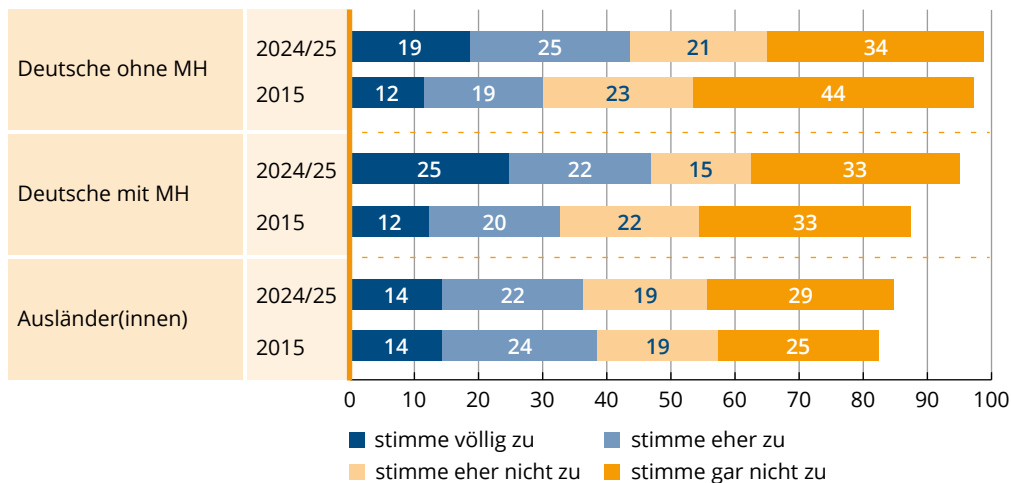
Der Wunsch nach einer Person, die „sagt, wo es langgeht“, hat in den letzten zehn Jahren teils deutlich zugenommen. Am häufigsten äußern Deutsche mit MH diesen Wunsch, gefolgt von Deutschen ohne MH. Etwas weniger verbreitet ist diese Haltung unter Ausländerinnen und Ausländern, die häufig angeben, die Aussage nicht beurteilen zu können.

47 Prozent der Deutschen mit MH stimmen völlig oder eher zu, dass es wieder jemanden geben müsse, der sagt, wo es langgeht. Seit 2015 ist dieser Anteil um 15 Punkte gestiegen.

Ähnlich hoch fällt die Zustimmung unter Deutschen ohne MH aus. 44 Prozent der Deutschen ohne MH wünschen sich eine Person, die sagt, wo es langgeht. Im Vergleich zu 2015 ist die Zustimmung unter Deutschen ohne MH um 13 Punkte gestiegen.

Am geringsten ist die Zustimmung unter Ausländerinnen und Ausländern. 36 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer stimmen dem Wunsch nach einer autoritären Führungsperson völlig oder eher zu. In dieser Gruppe gibt es keine nennenswerte Veränderung seit 2015.

Abbildung 65: Einstellung zu „Es muss wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Bei den Herkunftsgruppen stechen Polenstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit einer hohen Zustimmung zu einer autoritären Führungsperson heraus. In beiden Gruppen ist die Zustimmung im Vergleich zu 2015 stark gestiegen.

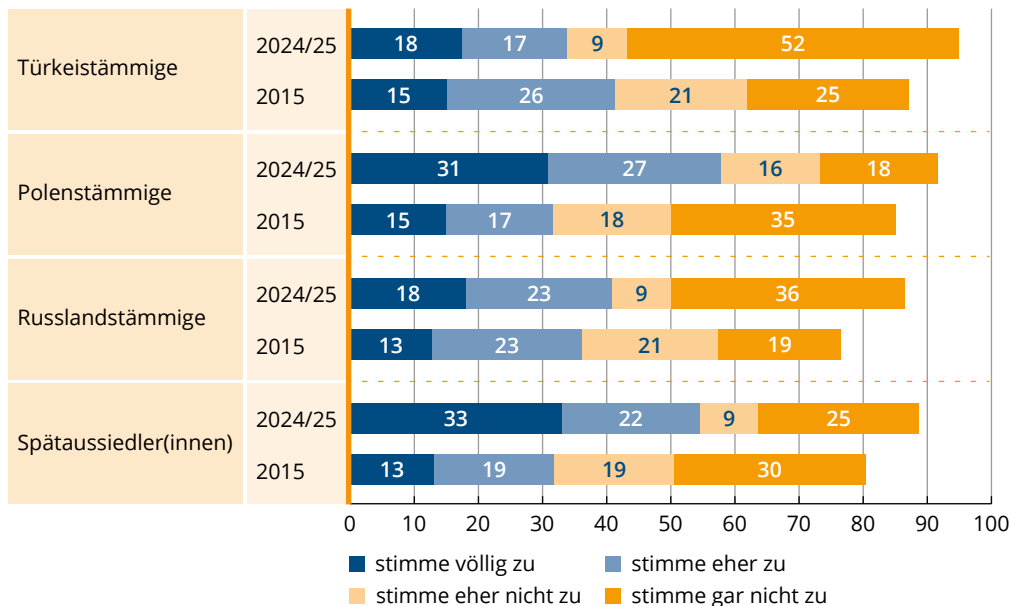
58 Prozent der Polenstämmigen stimmen völlig oder eher zu, es müsse wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht. 2015 lag dieser Anteil mit 32 Prozent noch deutlich niedriger. Das bedeutet einen Anstieg um 26 Punkte.

Ähnlich verhält es sich bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, von denen 55 Prozent den Wunsch nach einer autoritären Führungsperson äußern. 2015 sagten das nur 32 Prozent. Auch in dieser Gruppe gibt es also einen deutlichen Anstieg von 23 Punkten.

Russlandstämmige stimmen mit 41 Prozent seltener zu, dass es wieder jemanden geben müsse, der sagt, wo es langgeht. Außerdem fällt unter Russlandstämmigen der Anstieg im Vergleich zu 2015 mit +5 Punkten deutlich moderater aus.

Die geringste Neigung zu einer Person, die sagt, wo es langgeht, zeigen Türkeistämmige. 35 Prozent der Türkeistämmigen stimmen hier zu. Gleichzeitig ist das die einzige untersuchte Herkunftsgruppe, in der die Zustimmung nicht gestiegen, sondern gesunken ist. 2015 neigten noch 41 Prozent der Türkeistämmigen zum Autoritarismus. Damit ist die Zustimmung um 6 Punkte gesunken.

Abbildung 66: Einstellung zu „Es muss wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Die Unterscheidung der Religionszugehörigkeiten zeigt ein sehr ähnliches Muster wie schon beim Populismus. Protestantinnen und Protestanten wünschen sich am häufigsten eine Person, die sagt, wo es langgeht, Orthodoxe sowie Musliminnen und Muslime am seltensten. In den beiden letzten Gruppen gibt es hohe Anteile an Personen, die sich kein Urteil zutrauen.

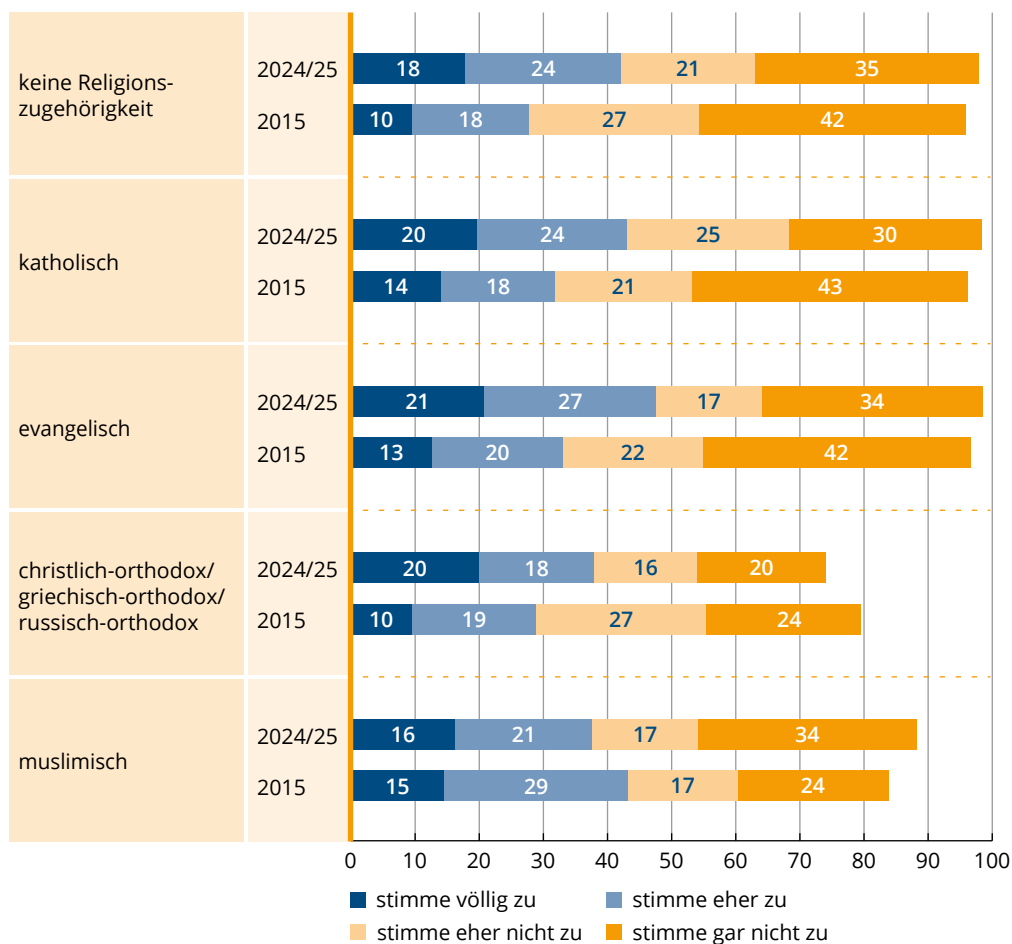
48 Prozent der Protestantinnen und Protestanten stimmen der Aussage „Es muss wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht“ völlig oder eher zu. Im Vergleich zu 2015 ist dieser Anteil um 15 Punkte gestiegen.

Kaum niedriger liegt die Zustimmung unter Katholikinnen und Katholiken, von denen 44 Prozent zustimmen. Auch hier gibt es einen deutlichen Anstieg seit 2015 um 12 Punkte.

Ähnlich sieht es bei Konfessionslosen aus. 42 Prozent der Menschen ohne Religionszugehörigkeit stimmen völlig oder eher zu, dass es wieder jemanden brauche, der sagt, wo es langgeht. Seit 2015 ist die Zustimmung dazu unter Konfessionslosen um 14 Punkte gestiegen.

Am seltensten stimmen Orthodoxe mit 38 Prozent sowie Musliminnen und Muslime mit 37 Prozent dem Wunsch nach einer autoritären Führungsperson zu. Wie schon beim Populismus gibt es auch hier unterschiedliche Entwicklungen in den beiden Gruppen. Während die Zustimmung unter Orthodoxen seit 2015 um 9 Punkte gestiegen ist, ist sie unter Musliminnen und Muslimen um 7 Punkte gesunken.

Abbildung 67: Einstellung zu „Es muss wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

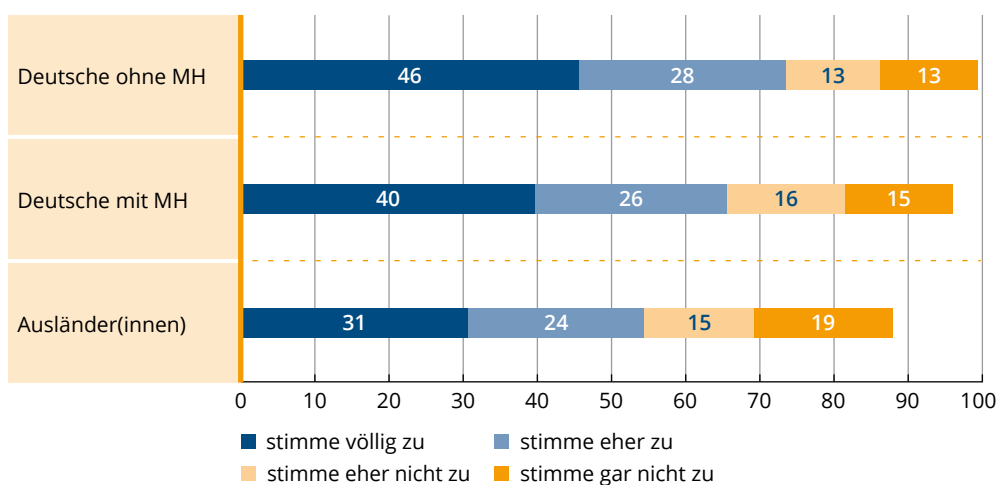
6.4 Sorge vor Rechtsextremismus

Neben den Einstellungen zu Demokratie und Politik wurde 2024/2025 auch die Sorge vor Rechtsextremismus erhoben. In den früheren Umfragen war diese Einstellung nicht enthalten, sodass kein Zeitvergleich möglich ist.

Die größte Sorge vor Rechtsextremismus äußern Deutsche ohne MH, gefolgt von Deutschen mit MH. Am wenigsten sorgen sich Ausländerinnen und Ausländer.

Knapp drei Viertel der Deutschen ohne MH stimmen der Aussage „Der Rechtsextremismus in Deutschland macht mir Angst“ völlig oder eher zu. Unter Deutschen mit MH stimmen zwei Drittel zu. Und nur 55 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer haben Angst vor Rechtsextremismus in Deutschland. Allerdings gilt auch bei dieser Aussage wieder, dass ein relativ hoher Anteil der Ausländerinnen und Ausländer meint, dies nicht beurteilen zu können.

Abbildung 68: Einstellung zu „Der Rechtsextremismus in Deutschland macht mir Angst“ nach Migrationsstatus 2024/2025

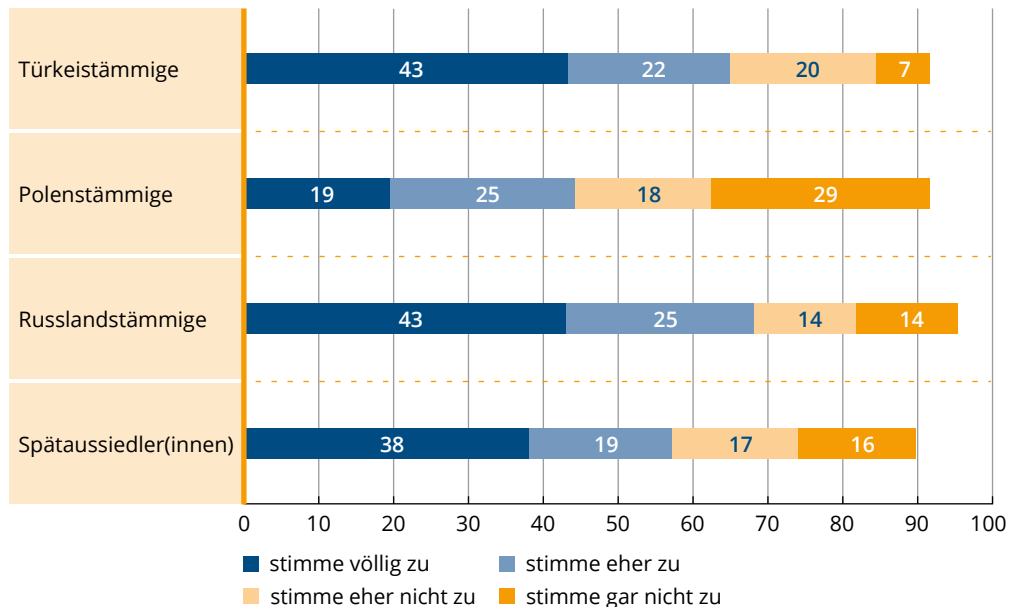


*Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“*

Am häufigsten haben Russlandstämmige und Türkeistämmige Angst vor Rechtsextremismus. Polenstämmige dagegen äußern sich mit Abstand am seltensten besorgt über Rechtsextremismus in Deutschland. Eine mögliche Erklärung könnte die hohe Bereitschaft der Polenstämmigen sein, die AfD zu wählen. Allerdings würde man dann auch eine geringere Sorge vor Rechtsextremismus unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern erwarten, die ähnlich stark zur AfD neigen.

68 Prozent der Russlandstämmigen und 65 Prozent der Türkeistämmigen stimmen völlig oder eher zu, der Rechtsextremismus in Deutschland mache ihnen Angst. Etwas niedriger liegt der Anteil unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern mit 57 Prozent. Deutlich weniger sorgen sich Polenstämmige vor Rechtsextremismus, von denen sich nur 44 Prozent besorgt äußern.

Abbildung 69: Einstellung zu „Der Rechtsextremismus in Deutschland macht mir Angst“ nach Herkunftsland 2024/2025

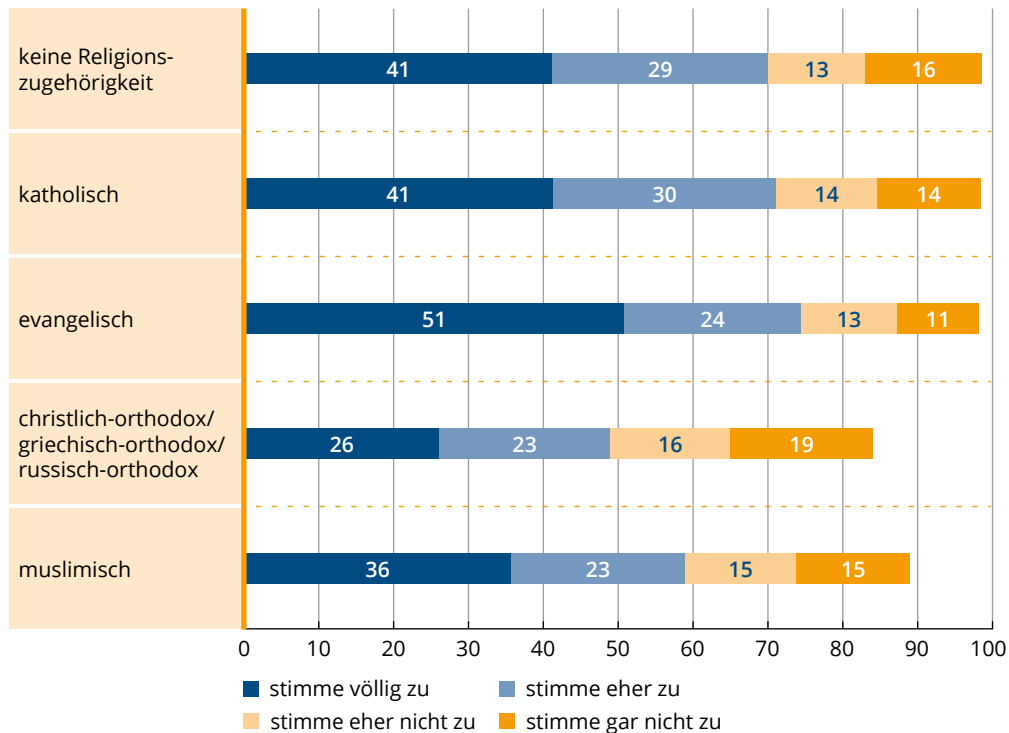


Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Protestantinnen und Protestanten weisen nicht nur die höchste Zustimmung zu Populismus und dem Wunsch nach einer autoritären Führungspersönlichkeit auf, sondern haben gleichzeitig am häufigsten Angst vor Rechtsextremismus in Deutschland. Am seltensten äußern Orthodoxe diese Angst.

Drei Viertel der Protestantinnen und Protestanten stimmen völlig oder eher zu, der Rechtsextremismus in Deutschland mache ihnen Angst. Das Gleiche gilt für 71 Prozent der Katholikinnen und Katholiken sowie 70 Prozent der Konfessionslosen. Etwas niedriger liegt die Zustimmung unter Musliminnen und Muslimen mit 59 Prozent. Deutlich weniger Angst äußern Orthodoxe mit nur 49 Prozent Zustimmung. Wie schon bei den anderen Aussagen gilt aber auch hier, dass Musliminnen und Muslime sowie Orthodoxe relativ häufig keine Angabe machen.

Abbildung 70: Einstellung zu „Der Rechtsextremismus in Deutschland macht mir Angst“ nach Religionszugehörigkeit 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

6.5 Russischer Angriffskrieg in der Ukraine

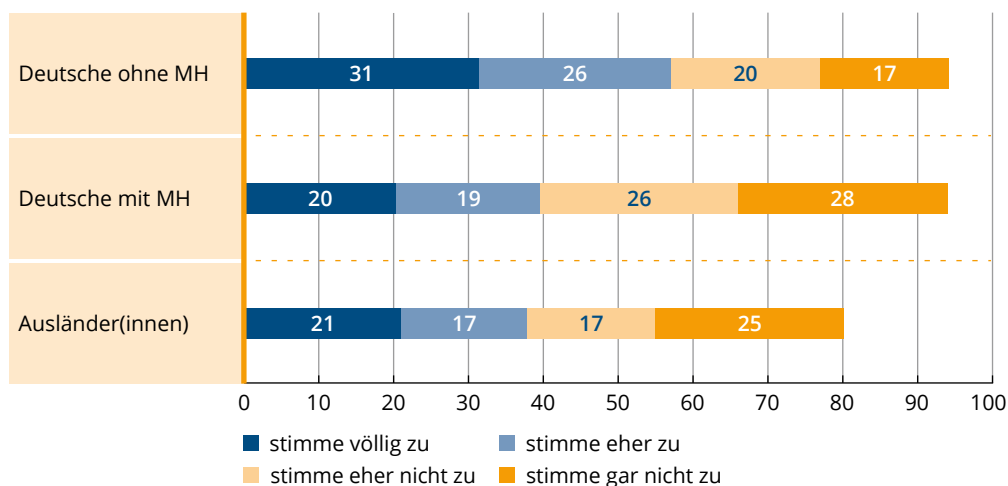
Auch die Haltung zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurde erstmals erhoben. Der Aussage „Russland ist alleine schuld am Krieg in der Ukraine“ stimmen deutlich mehr Deutsche ohne MH zu als Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer.

57 Prozent der Deutschen ohne MH stimmen völlig oder eher zu, Russland sei alleine schuld am Krieg in der Ukraine. 20 Prozent stimmen dem eher nicht und 17 Prozent gar nicht zu.

Deutsche mit MH sind zurückhaltender bei der Schuldzuweisung. 39 Prozent der Deutschen mit MH sehen die alleinige Schuld bei Russland. 26 Prozent stimmen eher nicht zu, dass Russland alleine schuld am Krieg sei. 28 Prozent der Deutschen mit MH stimmen dem gar nicht zu.

Unter Ausländerinnen und Ausländern fällt die Zustimmung ähnlich aus wie unter Deutschen mit MH. 38 Prozent stimmen völlig oder eher zu, Russland sei alleine schuld. Dagegen stimmen 17 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer eher und 25 Prozent gar nicht zu. Ganze 14 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer können die Frage nach eigener Aussage nicht beurteilen, weitere 6 Prozent machen keine Angabe. Insgesamt gibt damit ein Fünftel der Ausländerinnen und Ausländer keine Einschätzung zur Schuldfrage ab.

Abbildung 71: Einstellung zu „Russland ist alleine schuld am Krieg in der Ukraine“ nach Migrationsstatus 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe. Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Nach Herkunftsland fallen drei Aspekte besonders ins Auge: Erstens sind vor allem Russlandstämmige sehr gespalten in ihrer Haltung zur Schuld am russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Zweitens stimmt knapp die Hälfte der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler der Aussage gar nicht zu, lehnt die russische Alleinschuld also komplett ab. Und drittens trauen sich 15 Prozent der Türkeistämmigen in dieser Frage kein Urteil zu.

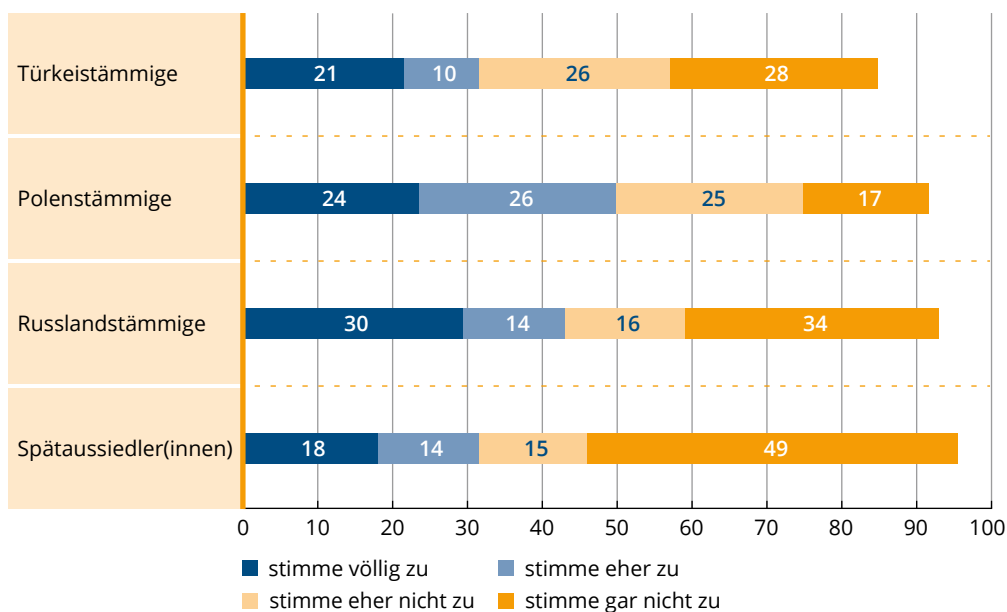
Russlandstämmige sind bezüglich der Frage, ob Russland alleine schuld am Krieg in der Ukraine ist, gespalten. 30 Prozent der Russlandstämmigen stimmen dem völlig zu, weitere 14 Prozent stimmen eher zu. Auf der anderen Seite stimmen 16 Prozent der Russlandstämmigen eher nicht zu und 34 Prozent gar nicht. Damit halten sich in dieser Gruppe die völlige Zustimmung und die völlige Ablehnung die Waage.

Auch Polenstämmige sind geteilter Meinung, aber moderater als Russlandstämmige. Die Randkategorien sind nicht so ausgeprägt. 24 Prozent der Polenstämmigen sehen völlig die Alleinschuld Russlands, 26 Prozent stimmen dem eher zu. Dagegen stimmen 25 Prozent der Polenstämmigen eher nicht und 17 Prozent gar nicht zu.

Unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern fällt die Zustimmung eher gering aus. Nur 18 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler stimmen völlig zu, dass Russland alleine schuld am Krieg in der Ukraine sei. 14 Prozent stimmen eher zu. 15 Prozent stimmen eher nicht zu. Dagegen stimmt knapp die Hälfte der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler gar nicht zu, dass Russland alleine schuld am Krieg in der Ukraine sei.

Auch unter Türkeistämmigen fällt die Zustimmung zur Alleinschuld Russlands eher gering aus. 21 Prozent der Türkeistämmigen stimmen völlig zu, 10 Prozent stimmen eher zu. Dagegen stimmen 26 Prozent der Türkeistämmigen eher nicht und 28 Prozent gar nicht zu. Gleichzeitig geben aber auch 15 Prozent der Türkeistämmigen an, sie könnten das nicht beurteilen.

Abbildung 72: Einstellung zu „Russland ist alleine schuld am Krieg in der Ukraine“ nach Herkunftsland 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Am häufigsten sehen Konfessionslose, Katholikinnen und Katholiken sowie Protestantinnen und Protestanten die alleinige Schuld am Krieg in der Ukraine bei Russland. Orthodoxe sowie Musliminnen und Muslime stimmen dem deutlich seltener zu, geben aber häufig an, das nicht beurteilen zu können.

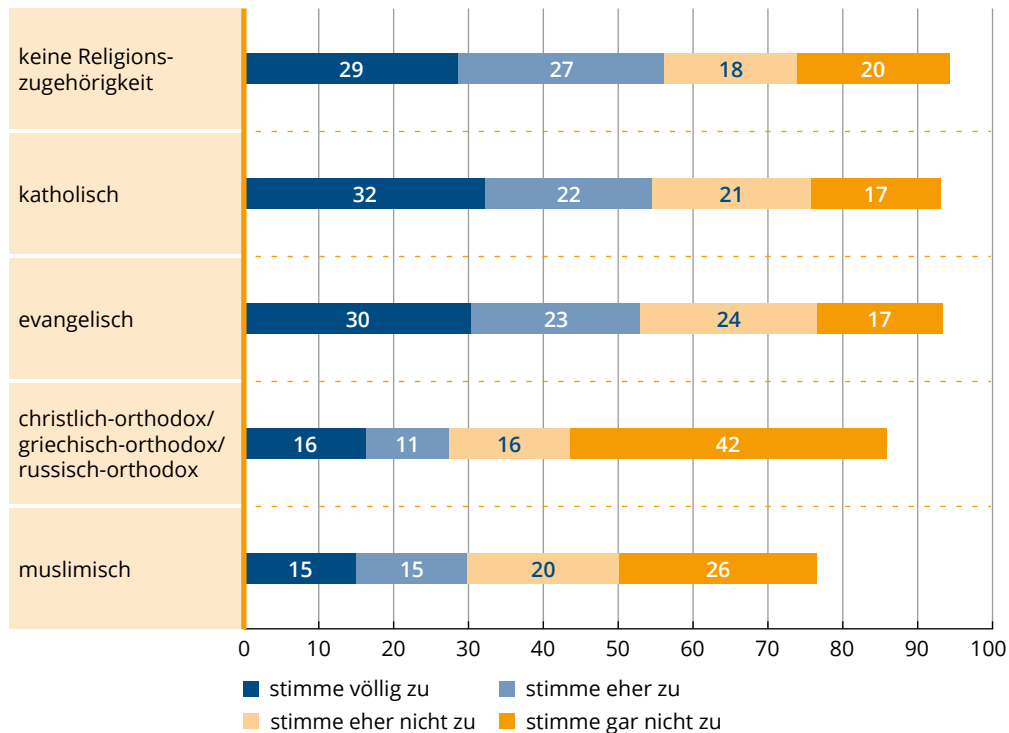
56 Prozent der Konfessionslosen stimmen völlig oder eher zu, dass Russland alleine schuld sei am Krieg in der Ukraine. 18 Prozent stimmen eher nicht zu und 20 Prozent der Konfessionslosen stimmen gar nicht zu.

Sehr ähnlich verhält es sich bei Katholikinnen und Katholiken sowie Protestantinnen und Protestanten. 54 Prozent der Menschen mit katholischer und 53 Prozent der Menschen mit evangelischer Religionszugehörigkeit sind der Auffassung, Russland trage die alleinige Schuld. 21 Prozent der Katholikinnen und Katholiken sowie 24 Prozent der Protestantinnen und Protestanten sehen das eher nicht so, während 17 Prozent der Menschen mit katholischer oder evangelischer Konfession dem gar nicht zustimmen.

Deutlich geringer fällt die Zustimmung unter Musliminnen und Muslimen aus. 30 Prozent der Musliminnen und Muslime sehen die alleinige Schuld bei Russland. 20 Prozent stimmen dem eher nicht zu und 26 Prozent stimmen gar nicht zu. Allerdings sagen auch 17 Prozent der Musliminnen und Muslime, sie könnten das nicht beurteilen, und 6 Prozent machen keine Angabe. Insgesamt äußert sich damit fast ein Viertel der Musliminnen und Muslime nicht zur Schuldfrage am Krieg in der Ukraine.

Noch etwas seltener sehen Orthodoxe die alleinige Schuld bei Russland. 27 Prozent der Menschen mit christlich-/griechisch- oder russisch-orthodoxem Glauben stimmen völlig oder eher zu, dass Russland alleine schuld sei am Krieg in der Ukraine. 16 Prozent der Orthodoxen stimmen dem eher nicht zu. Ganze 42 Prozent stimmen gar nicht zu. Die Ablehnung der alleinigen Verantwortung Russlands für den Krieg in der Ukraine ist damit unter Orthodoxen fast so hoch wie unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, von denen 13 Prozent auch orthodoxen Glaubens sind.

Abbildung 73: Einstellung zu „Russland ist alleine schuld am Krieg in der Ukraine“ nach Religionszugehörigkeit 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

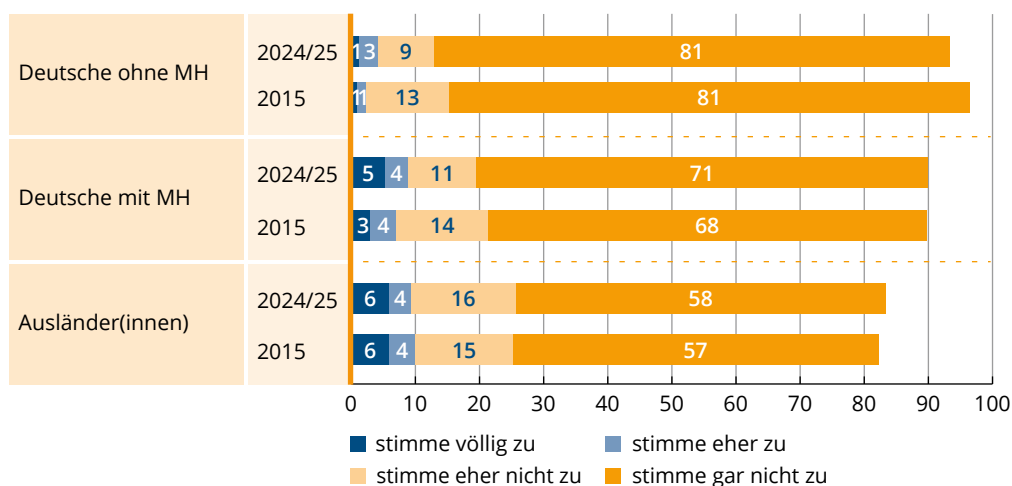
6.6 Antisemitismus

Das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt in seinem Lagebild Antisemitismus 2022/23 für das Jahr 2023 einen deutlichen Anstieg antisemitischer Straf- und Gewalttaten fest sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch im Langzeitvergleich (BfV 2024: 21). Das heißt jedoch nicht zwingend, dass auch antisemitische Einstellungen zugenommen haben. Die sogenannte Mitte-Studie von 2023 berichtet im Vergleich zu 2014 nur einen leichten Anstieg antisemitischer Einstellungen (Zick/Mokros 2023: 69). Die Leipziger Autoritarismus-Studie misst zwischen 2014 und 2024 keine nennenswerte Veränderung antisemitischer Einstellungen für Gesamtdeutschland (Decker et al. 2024: 45).

Auch die vorliegende Studie kann zwischen 2015 und 2024/2025 keinen allgemeinen Anstieg der Zustimmung zur Aussage „Juden kann man nicht trauen“ finden. Allerdings zeigen sich teils deutliche Gruppenunterschiede und in einzelnen Gruppen auch eine Zunahme antisemitischer Einstellungen.

Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer sind häufiger antisemitisch eingestellt als Deutsche ohne MH. 2024/2025 stimmen 4 Prozent der Deutschen ohne MH völlig oder eher zu, dass man Jüdinnen und Juden nicht trauen könne. Dagegen stimmen dem 81 Prozent gar nicht zu. Unter Deutschen mit MH fällt die Zustimmung etwas höher aus. 9 Prozent der Deutschen mit MH meinen, Jüdinnen und Juden könne man nicht trauen. 71 Prozent stimmen dem gar nicht zu. Auch 10 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer stimmen völlig oder eher zu, Jüdinnen und Juden könne man nicht trauen. Nur 58 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer stimmen dem gar nicht zu. Gleichzeitig sagen aber auch 16 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer, sie könnten das nicht beurteilen, oder machen keine Angabe.

Abbildung 74: Einstellung zu „Juden kann man nicht trauen“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



*Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“*

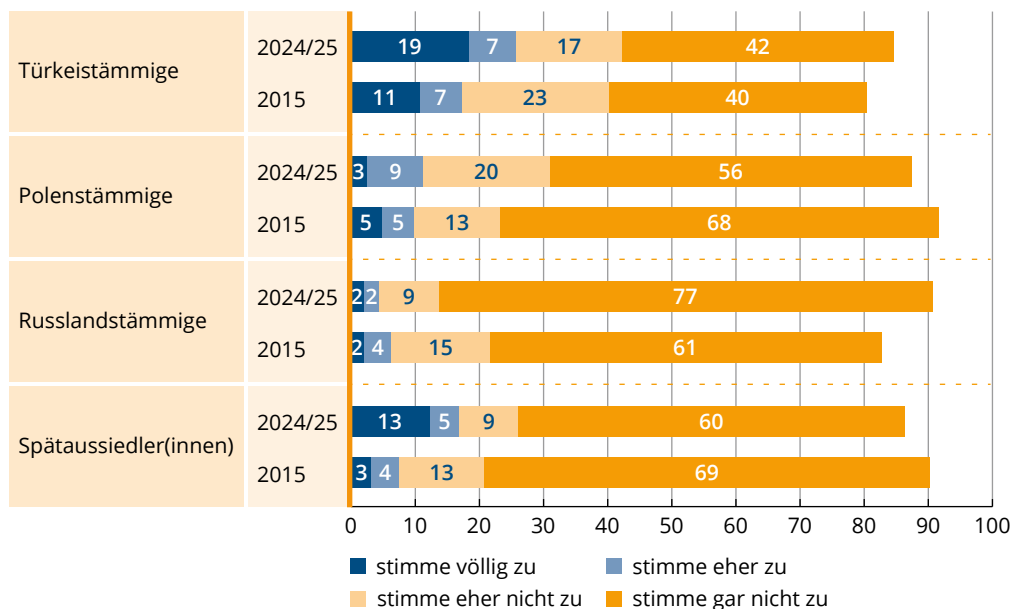
In einzelnen Herkunftsgruppen sind antisemitische Einstellungen teils deutlich weiter verbreitet. Am stärksten antisemitisch eingestellt sind Türkeistämmige, gefolgt von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. In beiden Gruppen haben antisemitische Einstellungen seit 2015 zugenommen.

2024/2025 stimmt ein gutes Viertel der Türkeistämmigen völlig oder eher zu, Jüdinnen und Juden könne man nicht trauen. 2015 lag dieser Anteil bei 18 Prozent. Das entspricht einem Zuwachs von 8 Punkten. Auch unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern ist der Anteil mit antisemitischen Einstellungen gestiegen. 18 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler meinen, Jüdinnen und Juden könne man nicht trauen. Im Vergleich zu 2015 ist dieser Anteil um 11 Punkte gewachsen.

Etwas geringer ausgeprägt, aber immer noch höher als unter Deutschen ohne MH, ist die Zustimmung unter Polenstämmigen. 12 Prozent der Polenstämmigen stimmen völlig oder eher zu, dass man Jüdinnen und Juden nicht trauen könne. Seit 2015 hat sich dieser Anteil nicht nennenswert verändert.

Am seltensten stimmen Russlandstämmige zu, dass man Jüdinnen und Juden nicht trauen könne. Nur 4 Prozent der Russlandstämmigen sind dieser Meinung. 2015 war die Zustimmung unter Russlandstämmigen ähnlich niedrig.

Abbildung 75: Einstellung zu „Juden kann man nicht trauen“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

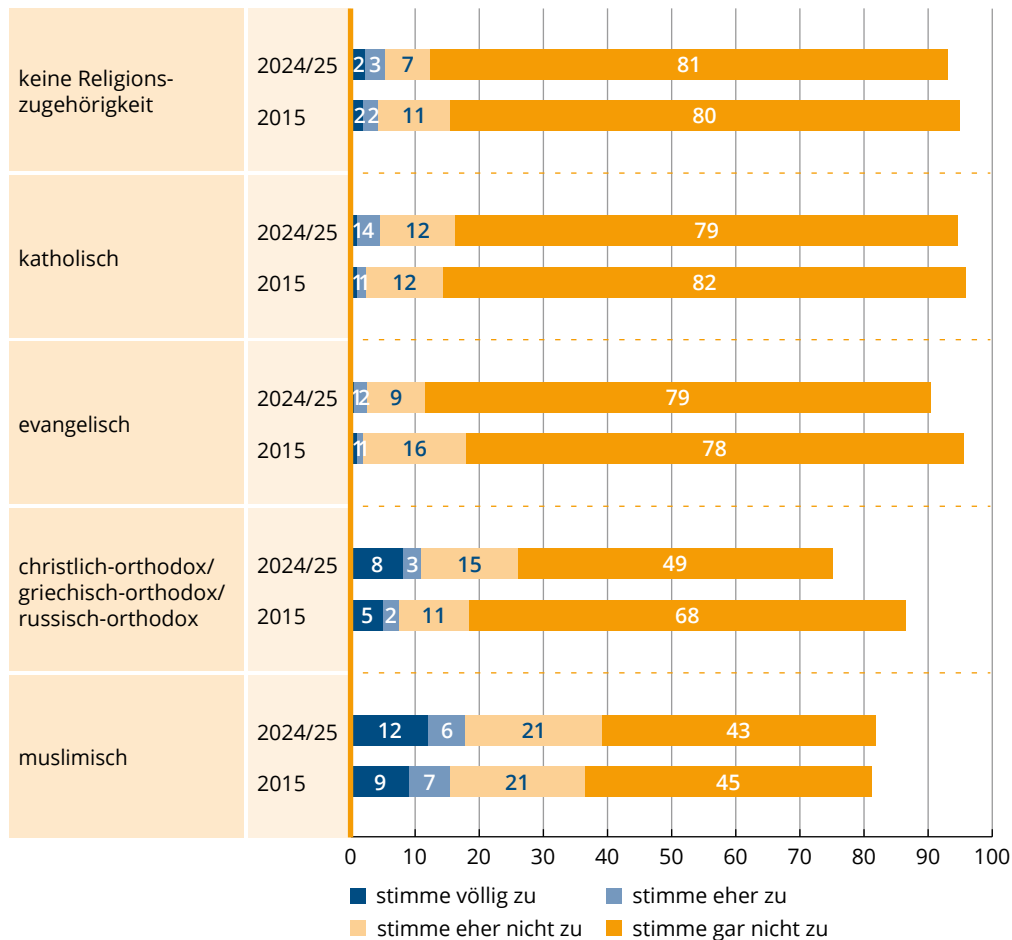
Auch zwischen den Konfessionen zeigen sich gewisse Unterschiede. Am häufigsten sind Musliminnen und Muslime antisemitisch eingestellt, gefolgt von Orthodoxen. Die geringsten Anteile antisemitischer Einstellungen finden sich bei Menschen mit katholischer oder evangelischer Religionszugehörigkeit.

18 Prozent der Musliminnen und Muslime stimmen völlig oder eher zu, dass man Jüdinnen und Juden nicht trauen könne. Mit 16 Prozent lag die Zustimmung schon 2015 auf einem sehr ähnlichen Niveau. Nur 43 Prozent stimmen der Aussage gar nicht zu. Gleichzeitig trauen sich auch 18 Prozent der Musliminnen und Muslime kein Urteil darüber zu bzw. verweigern die Antwort.

Unter Orthodoxen stimmen 11 Prozent völlig oder eher zu, dass man Jüdinnen und Juden nicht trauen könne. Seit 2015 ist die Zustimmung geringfügig um 4 Punkte gestiegen. 49 Prozent der Orthodoxen stimmen gar nicht zu. Im Vergleich zu 2015 ist die Ablehnung der Aussage deutlich gesunken (-19 Punkte). Allerdings ist vor allem der Anteil an Orthodoxen gestiegen, die sich kein Urteil zutrauen, von 12 Prozent im Jahr 2015 auf 22 Prozent in der Umfrage 2024/2025.

Unter Menschen ohne Konfession, mit katholischer oder mit evangelischer Religionszugehörigkeit fällt die Zustimmung zur Aussage „Juden kann man nicht trauen“ ähnlich niedrig aus. 5 Prozent der Konfessionslosen, 5 Prozent der Katholikinnen und Katholiken sowie 3 Prozent der Protestantinnen und Protestanten meinen, Jüdinnen und Juden könne man nicht trauen. In allen drei Gruppen liegt die komplette Ablehnung dieser Aussage um 80 Prozent. Zwischen 2015 und 2024/2025 gibt es kaum nennenswerte Veränderungen. Einzig der Anteil an Protestantinnen und Protestanten, die der Aussage eher nicht zustimmen, ist leicht gesunken (-7 Punkte). Stattdessen ist der Anteil derjenigen gestiegen, die die Aussage nicht beurteilen können oder keine Angabe machen (+6 Punkte).

Abbildung 76: Einstellung zu „Juden kann man nicht trauen“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

6.7 Ablehnung Homosexueller

Die Ablehnung homosexueller Freunde fällt in den verschiedenen untersuchten Gruppen teils sehr unterschiedlich aus. Bis auf wenige Ausnahmen ist die Ablehnung aber stabil geblieben zwischen 2015 und 2024/2025 oder hat sich verringert.

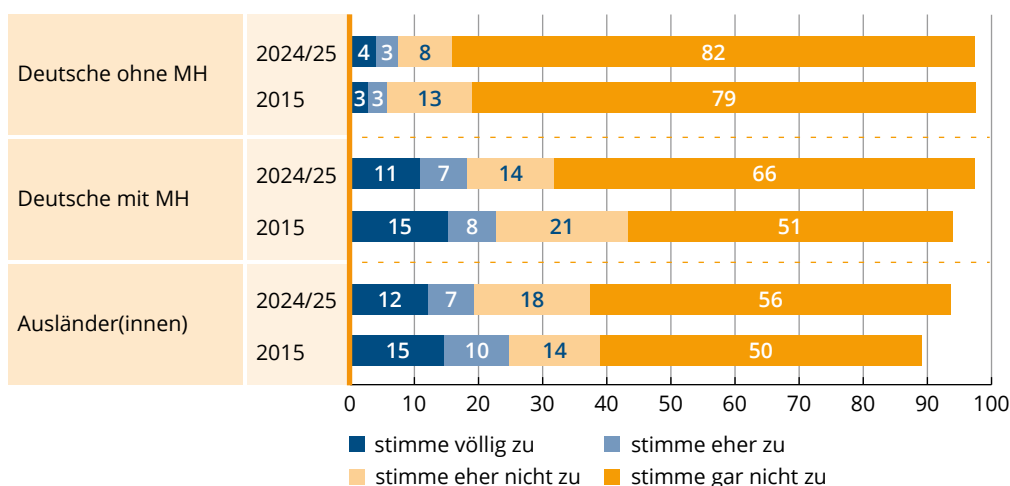
Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer lehnen homosexuelle Freunde häufiger ab als Deutsche ohne MH. Im Vergleich zu 2015 ist die Ablehnung gesunken.

19 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer stimmen der Aussage „Ich will keine homosexuellen Freunde“ völlig oder eher zu. 2015 lag dieser Anteil noch bei 25 Prozent, er ist also um 6 Punkte gesunken.

Ähnlich verhält es sich bei Deutschen mit MH. 18 Prozent der Deutschen mit MH möchten keine homosexuellen Freunde. Im Vergleich zu 2015, als das noch 23 Prozent der Deutschen mit MH sagten, ist die Zustimmung um 5 Punkte gesunken.

Unter Deutschen ohne MH ist diese Haltung weniger verbreitet. 7 Prozent der Deutschen ohne MH möchten nach eigener Auskunft keine homosexuellen Freunde. Im Vergleich zu 2015 hat sich die Zustimmung nicht verändert.

Abbildung 77: Einstellung zu „Ich will keine homosexuellen Freunde“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage

2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

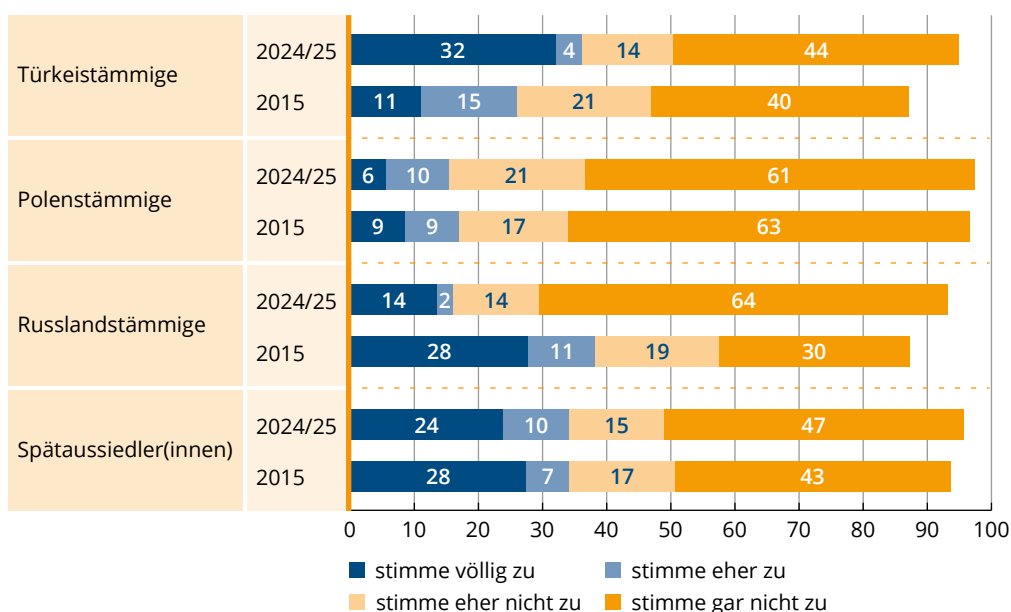
Die Unterscheidung nach Herkunftsgruppen zeigt eine hohe Ablehnung Homosexueller unter Türkeistämmigen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Unter Türkeistämmigen ist die Ablehnung seit 2015 zudem deutlich gestiegen. Stark rückläufig ist die Ablehnung Homosexueller dagegen unter Russlandstämmigen.

36 Prozent der Türkeistämmigen stimmen völlig oder eher zu, keine homosexuellen Freunde zu wollen. Im Vergleich zu 2015 ist dieser Anteil um 10 Punkte gestiegen. Ähnlich hoch fällt die Ablehnung Homosexueller unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern aus, von denen 34 Prozent meinen, sie wollen keine homosexuellen Freunde. Allerdings ist die Ablehnung unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern seit 2015 konstant geblieben.

Unter Russlandstämmigen fällt die Ablehnung Homosexueller mit 16 Prozent geringer aus, liegt aber immer noch deutlich über dem Wert der Deutschen ohne MH. Im Vergleich zu 2015 ist die Ablehnung unter Russlandstämmigen allerdings um ganze 23 Punkte gesunken. Damals sagten 39 Prozent der Russlandstämmigen, sie wollen keine homosexuellen Freunde.

Ähnlich fällt die Ablehnung unter Polenstämmigen aus. 16 Prozent der Polenstämmigen stimmen völlig oder eher zu, keine homosexuellen Freunde zu wollen. 2015 lag dieser Anteil aber mit 18 Prozent auf dem gleichen Niveau wie 2024/2025.

Abbildung 78: Einstellung zu „Ich will keine homosexuellen Freunde“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Die Ablehnung Homosexueller fällt unter Orthodoxen sowie Musliminnen und Muslimen besonders hoch aus, ist aber relativ stabil bzw. minimal rückläufig. Unter Menschen mit katholischer oder evangelischer Religionszugehörigkeit ist die Ablehnung Homosexueller zwar deutlich niedriger, hat aber geringfügig zugenommen.

Am häufigsten lehnen Musliminnen und Muslime homosexuelle Freunde ab. 25 Prozent der Musliminnen und Muslime stimmen völlig oder eher zu, keine homosexuellen Freunde zu wollen. Im Vergleich zu 2015 ist dieser Anteil geringfügig gesunken (-4 Punkte).

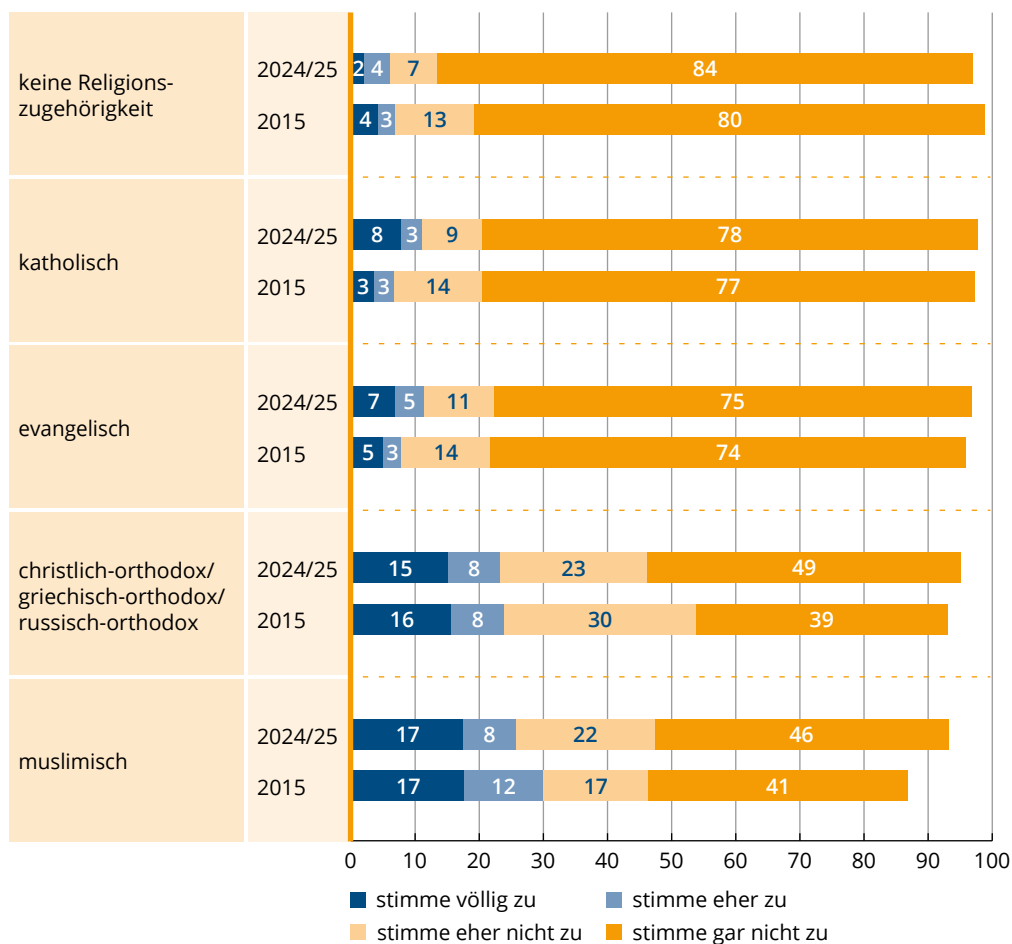
Ähnlich häufig geben Orthodoxe an, keine homosexuellen Freunde zu wollen. 23 Prozent stimmen der Aussage völlig oder eher zu. Seit 2015 hat sich die Haltung Orthodoxer gegenüber Homosexuellen nicht verändert.

Die Einstellungen von Menschen mit katholischer Religionszugehörigkeit und Menschen mit evangelischer Konfession ähneln sich stark. 12 Prozent der Protestantinnen und Protestanten sowie 11 Prozent der Katholikinnen und Katholiken lehnen homosexuelle Freunde ab. Im Vergleich zu 2015 ist die Ablehnung geringfügig gestiegen (Katholikinnen und Katholiken: +5 Punkte, Protestantinnen und Protestanten: +4 Punkte).

Am seltensten sprechen sich Konfessionslose gegen homosexuelle Freunde aus. 6 Prozent der Menschen ohne Konfession möchten keine homosexuellen Freunde. Dieser Anteil ist seit 2015 konstant.

Neben der Religionszugehörigkeit hat auch die Religiosität einen Einfluss auf die Haltung gegenüber Homosexuellen. Religiöse Menschen stimmen der Aussage „Ich will keine homosexuellen Freunde“ häufiger zu als nicht religiöse Menschen (ohne Abbildung).

Abbildung 79: Einstellung zu „Ich will keine homosexuellen Freunde“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

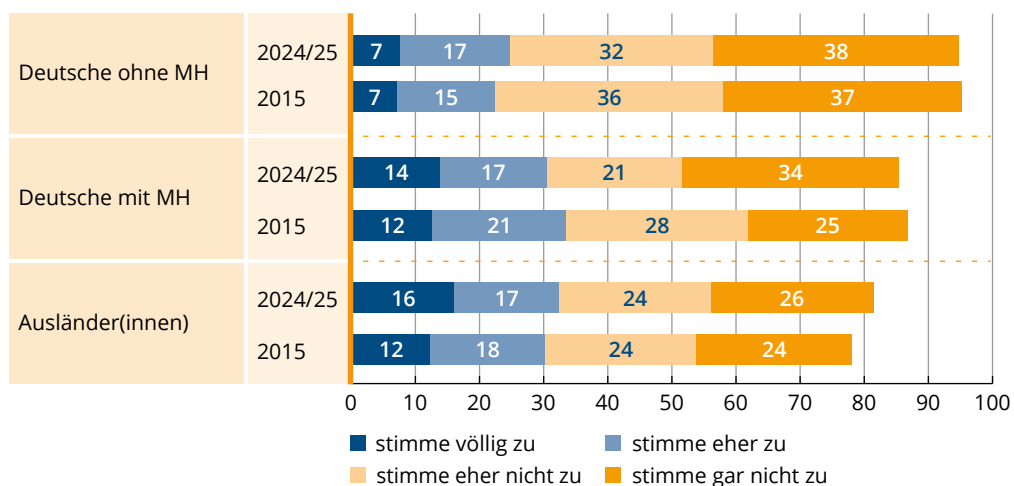
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

6.8 Anti-westliches Ressentiment

Der Aussage „Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaft ist völlig verkommen“ stimmen Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer häufiger zu als Deutsche ohne MH. Gleichzeitig geben Deutsche mit MH und Ausländerinnen und Ausländer auch häufiger an, die Aussage nicht beurteilen zu können. Seit 2015 hat sich die Zustimmung in keiner der Gruppen nennenswert verändert.

Am häufigsten stimmen Ausländerinnen und Ausländer der Aussage völlig oder eher zu. Ein Drittel der Ausländerinnen und Ausländer meint, die Sexualmoral der westlichen Gesellschaft sei völlig verkommen. Mit 31 Prozent sagen das ähnlich viele Deutsche mit MH. Unter Deutschen ohne MH fällt die Zustimmung geringer aus. Aber auch hier stimmt dem ein knappes Viertel völlig oder eher zu.

Abbildung 80: Einstellung zu „Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaft ist völlig verkommen“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



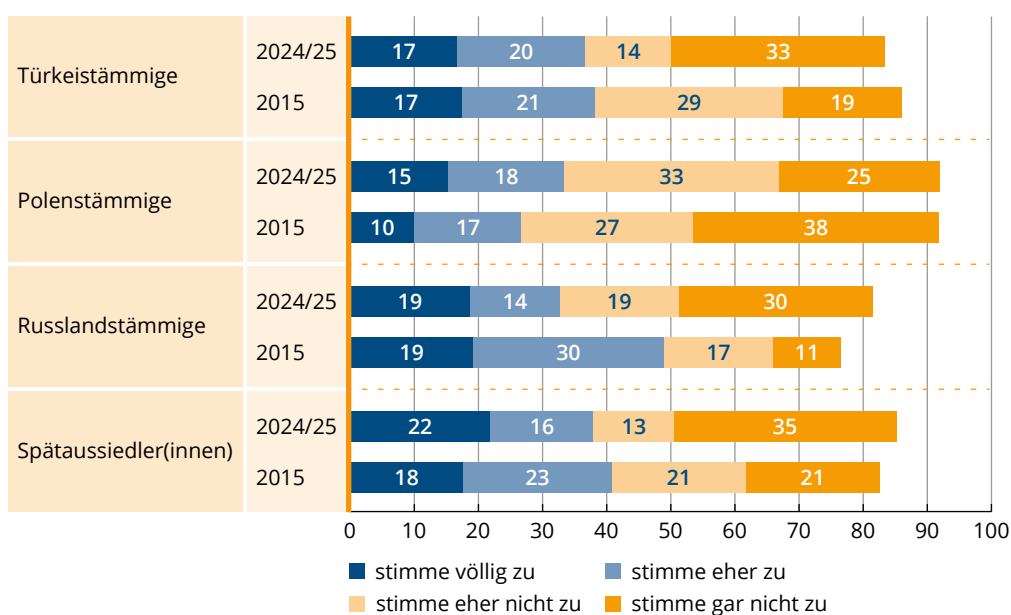
Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe. Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Ein Vergleich der Herkunftsgruppen zeigt die höchste Zustimmung zur Verkommenheit des Westens unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie Türkeistämmigen. In beiden Gruppen hat sich diese Haltung im Vergleich zu 2015 nicht verändert. Unter Russlandstämmigen dagegen ist die Zustimmung deutlich zurückgegangen, während sie unter Polenstämmigen leicht gestiegen ist.

38 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie 37 Prozent der Türkeistämmigen stimmen völlig oder eher zu, die Sexualmoral des Westens sei völlig verkommen. Seit 2015 gibt es keine nennenswerte Veränderung der Zustimmung. Innerhalb der ablehnenden Antwortkategorien gibt es aber in beiden Herkunftsgruppen eine gewisse Verschiebung. Die Antwort „stimme eher nicht zu“ wird seltener gewählt als 2015, die Kategorie „stimme gar nicht zu“ dagegen häufiger. Auch wenn sich die Gesamtablehnung nicht verändert hat, ist die Ablehnung vehementer geworden.

Unter Polenstämmigen und Russlandstämmigen meint jeweils ein Drittel, die westliche Sexualmoral sei verkommen. In beiden Gruppen hat sich die Zustimmung im Vergleich zu 2015 aber unterschiedlich entwickelt. Russlandstämmige stimmen 2024/2025 deutlich seltener zu als 2015 (–16 Punkte). Polenstämmige halten die Sexualmoral des Westens dagegen etwas häufiger für verkommen als noch vor zehn Jahren (+6 Punkte).

Abbildung 81: Einstellung zu „Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaft ist völlig verkommen“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Bei den Konfessionen zeigt sich die höchste Zustimmung unter Orthodoxen, gefolgt von Musliminnen und Muslimen. Am seltensten stimmen Konfessionslose der Aussage zu, die westliche Sexualmoral sei völlig verkommen. Insofern überrascht es nicht, dass die Zustimmung mit steigender Religiosität zunimmt (ohne Abbildung). Je religiöser eine Person ist, desto eher hält sie die westliche Sexualmoral für verkommen.

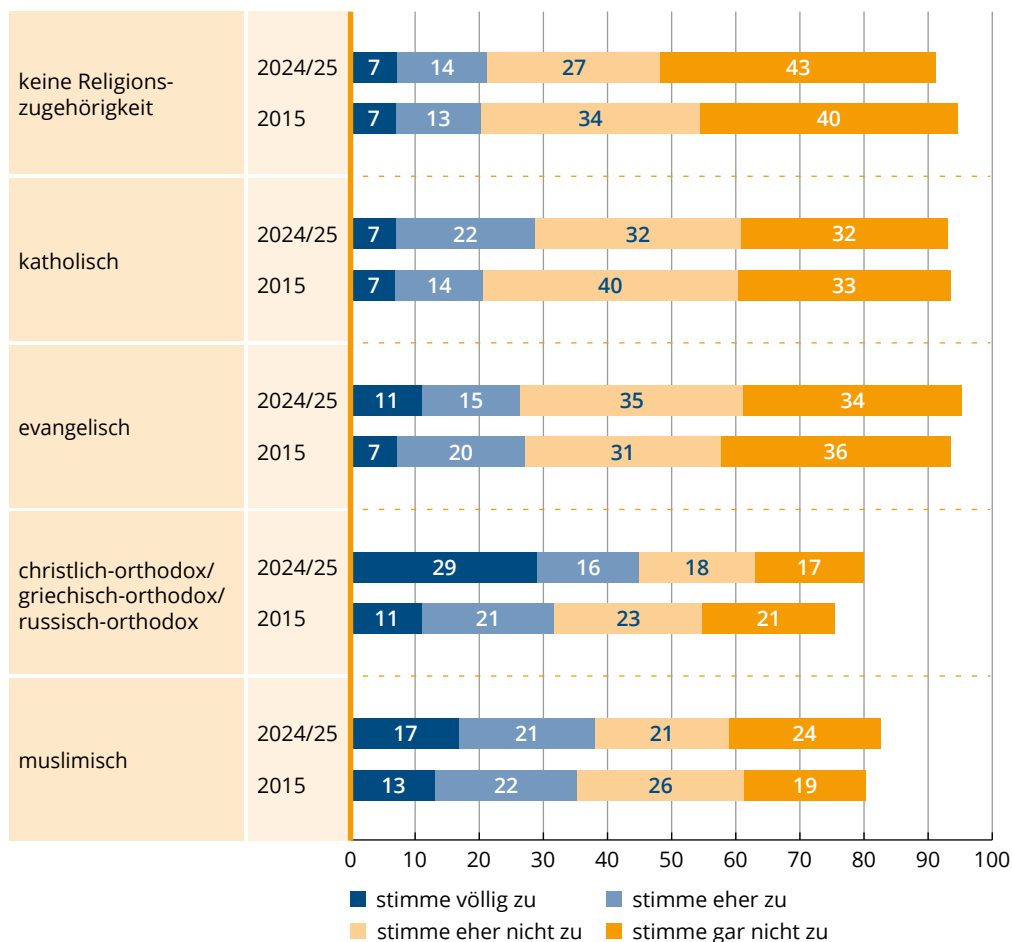
Unter Orthodoxen ist eine negative Haltung gegenüber der westlichen Sexualmoral deutlich verbreiteter als in anderen Gruppen. 45 Prozent der Orthodoxen stimmen völlig oder eher zu, die Sexualmoral sei verkommen. Im Vergleich zu 2015 ist dieser Anteil um 13 Punkte gestiegen.

Auch 38 Prozent der Musliminnen und Muslime halten die westliche Sexualmoral für verkommen. Seit 2015 ist der Anteil nahezu unverändert geblieben.

Die Angehörigen katholischen und evangelischen Glaubens sind sich relativ ähnlich. 29 Prozent der Katholikinnen und Katholiken sowie 26 Prozent der Protestantinnen und Protestanten meinen, die Sexualmoral des Westens sei verkommen. Unter Protestantinnen und Protestanten hat sich dieser Anteil seit 2015 nicht nennenswert verändert. Unter Katholikinnen und Katholiken ist die Zustimmung innerhalb von zehn Jahren um 8 Punkte gestiegen.

Am seltensten stimmen Konfessionslose zu, die Sexualmoral des Westens sei völlig verkommen. 21 Prozent der Konfessionslosen teilen diese Auffassung. Seit 2015 gibt es keine nennenswerte Veränderung.

Abbildung 82: Einstellung zu „Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaft ist völlig verkommen“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

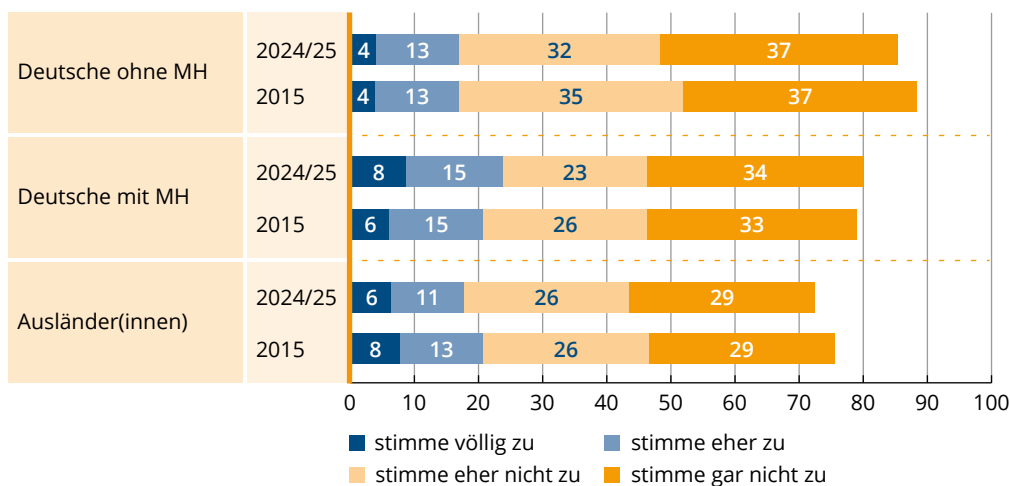
6.9 Verhältnis zwischen dem Westen und der islamischen Welt

Das Verhältnis zwischen dem Westen und der islamischen Welt wurde mit zwei Aussagen gemessen, die beide eine negative Haltung des Westens gegenüber dem Islam unterstellen. Zudem haben beide Aussagen auch einen verschwörungstheoretischen Aspekt, da sie eine aktive Unterdrückung der islamischen Welt durch westliche Länder annehmen. Für die Aussage „Der Westen verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt“ liegen Vergleichswerte für 2015 vor. Die Aussage „Der Westen unterdrückt die islamische Welt“ wurde zum ersten Mal erhoben, sodass kein Zeitvergleich möglich ist.

Bei der Aussage „Der Westen verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt“ sind die Unterschiede zwischen Deutschen ohne und mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern erstaunlich gering. Allerdings gibt es in allen drei Gruppen viele Personen, die angeben, die Aussage nicht beurteilen zu können oder keine Angabe machen. 2024/2025 wollen sich 14 Prozent der Deutschen ohne MH, 20 Prozent der Deutschen mit MH und 28 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer nicht dazu äußern.

Am häufigsten meinen Deutsche mit MH, der Westen verhindere eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt. 23 Prozent der Deutschen mit MH stimmen dem völlig oder eher zu. Unter Deutschen ohne MH sagen 17 Prozent, der Westen verhindere die Entwicklung der islamischen Länder. In beiden Gruppen gibt es keine nennenswerte Veränderung seit 2015. Unter Ausländerinnen und Ausländern liegt die Zustimmung ebenfalls bei 17 Prozent. Im Vergleich zu 2015 ist die Zustimmung von Ausländerinnen und Ausländern ganz leicht gesunken (–4 Punkte).

Abbildung 83: Einstellung zu „Der Westen verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage

2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

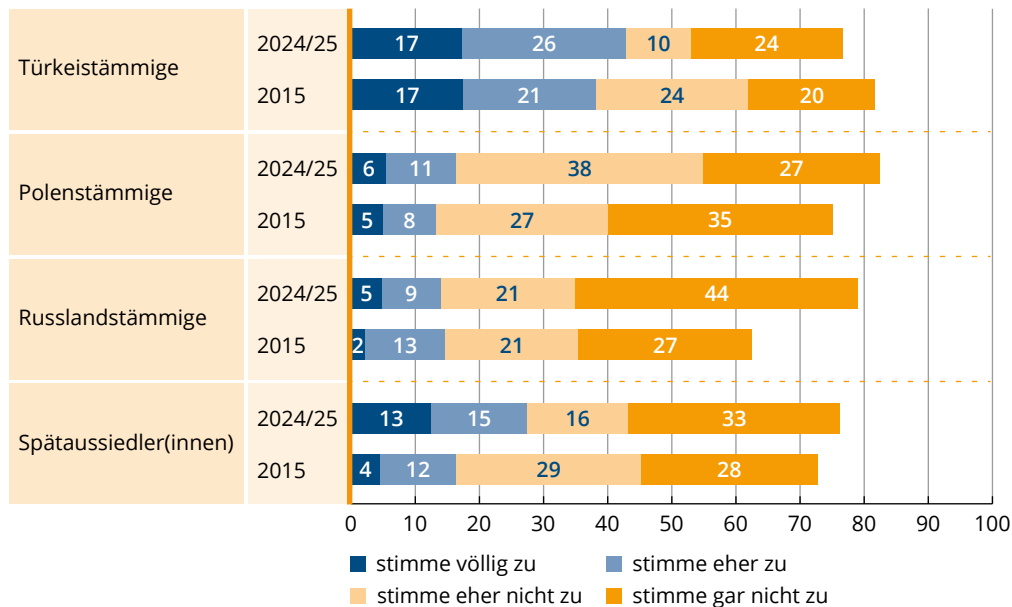
Der Vergleich der Herkunftsgruppen zeigt erwartbar hohe Unterschiede. Mit Abstand am häufigsten teilen Türkeistämmige die Auffassung, der Westen verhindere eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt. Deutlich seltener, aber auch relativ häufig stimmen dem Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zu. In dieser Gruppe ist die Zustimmung seit 2015 deutlich gestiegen.

43 Prozent der Türkeistämmigen stimmen der Aussage „Der Westen verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt“ völlig oder eher zu. 34 Prozent stimmen der Aussage eher oder gar nicht zu, 22 Prozent können (oder wollen) sie nicht beurteilen. Seit 2015 ist die Zustimmung leicht gestiegen (+5 Punkte).

Mit 28 Prozent stimmen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler deutlich seltener als Türkeistämmige zu, der Westen verhindere die Entwicklung der islamischen Welt. Im Vergleich mit den anderen Gruppen ist die Zustimmung aber immer noch hoch. Zudem ist der Anteil an Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, die dem völlig oder eher zustimmen, seit 2015 um 12 Punkte gestiegen.

Polenstämmige und Russlandstämmige vertreten wesentlich seltener die Auffassung, der Westen verhindere eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt. 17 Prozent der Polenstämmigen und 14 Prozent der Russlandstämmigen sind dieser Ansicht. Unter Russlandstämmigen gibt es keine Veränderung über die Zeit. Polenstämmige stimmen 2024/2025 geringfügig häufiger zu als noch 2015 (+4 Punkte).

Abbildung 84: Einstellung zu „Der Westen verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Musliminnen und Muslime meinen häufiger als Angehörige anderer Konfessionen oder Konfessionslose, der Westen verhindere eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt. Allerdings ist dieser Anteil seit 2015 gesunken. Am seltensten stimmen der Aussage Personen mit evangelischer Religionszugehörigkeit zu.

28 Prozent der Musliminnen und Muslime stimmen völlig oder eher zu, der Westen verhindere die Entwicklung der islamischen Welt. Im Vergleich zu 2015 ist die Zustimmung um 8 Punkte gesunken.

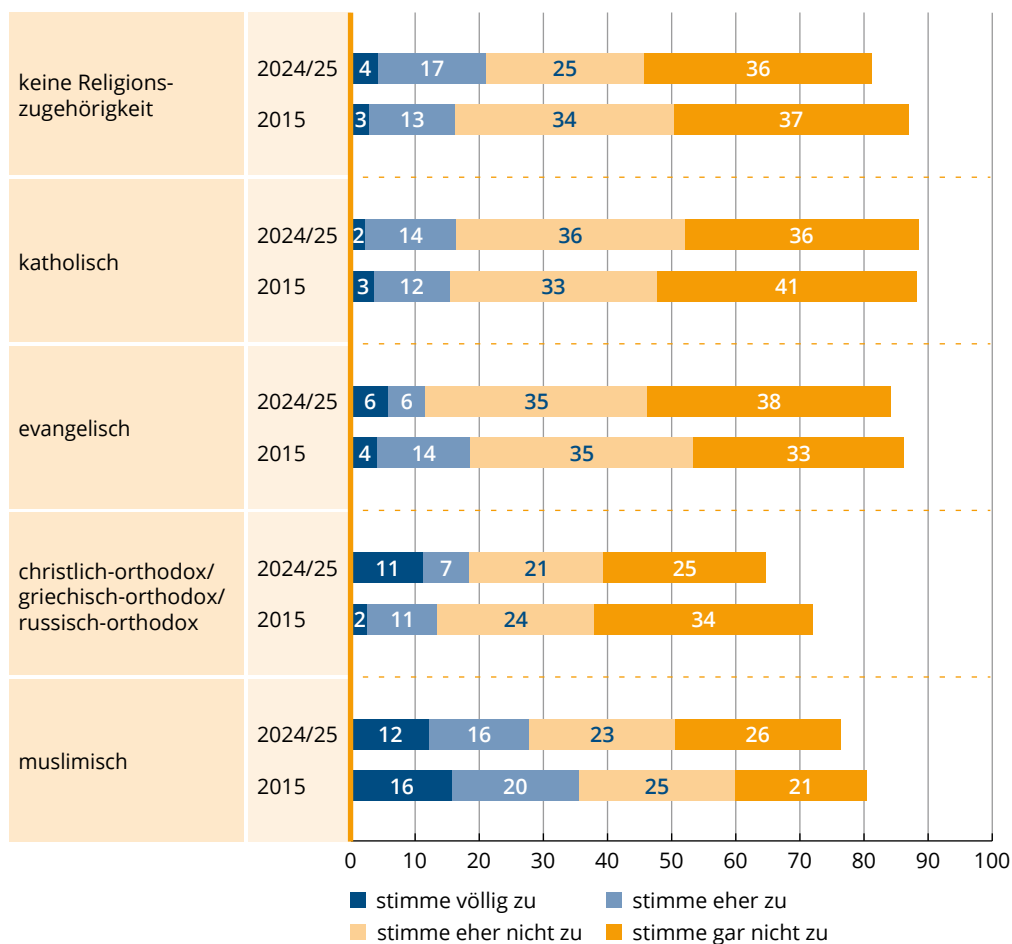
Etwas seltener stimmen Konfessionslose der Aussage zu. 21 Prozent der Konfessionslosen stimmen völlig oder eher zu. Seit 2015 ist dieser Anteil leicht gestiegen (+5 Punkte).

Unter Orthodoxen ist der insgesamt hohe Anteil an Antwortverweigerern noch einmal höher. Ein Drittel der Orthodoxen kann nach eigener Auskunft die Aussage nicht beurteilen. 18 Prozent der Personen mit orthodoxem Glauben stimmen völlig oder eher zu, dass der Westen die Entwicklung der islamischen Welt verhindert. Im Vergleich zu 2015 ist die Zustimmung leicht gestiegen (+5 Punkte).

Auch 16 Prozent der Katholikinnen und Katholiken glauben, der Westen stehe einer wirtschaftlichen Entwicklung der islamischen Länder entgegen. Der Anteil ist unverändert über die Zeit.

Am seltensten stimmen der Aussage Protestantinnen und Protestanten zu. 12 Prozent der Menschen mit evangelischer Religionszugehörigkeit stimmen völlig oder eher zu. Seit 2015 ist dieser Anteil gesunken (-6 Punkte).

Abbildung 85: Einstellung zu „Der Westen verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

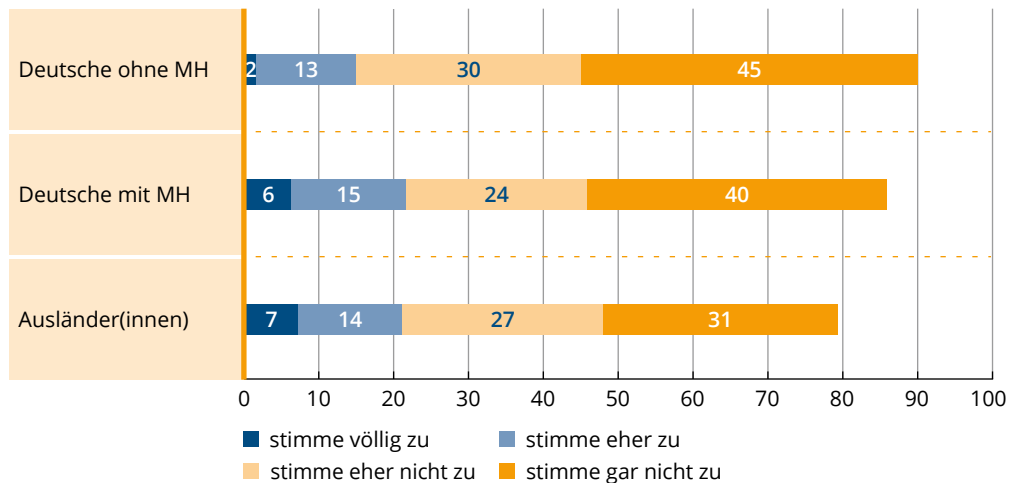
Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

Die zweite Aussage zum Verhältnis des Westens zur islamischen Welt wurde nur 2024/2025 erhoben, sodass es keine Vergleichswerte gibt. Die Aussage „Der Westen unterdrückt die islamische Welt“ wird häufiger von Deutschen mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländern bejaht als von Deutschen ohne MH. Gleichzeitig gibt rund ein Fünftel der Ausländerinnen und Ausländer an, die Aussage nicht beurteilen zu können oder keine Angabe zu machen.

Je 21 Prozent der Deutschen mit MH sowie der Ausländerinnen und Ausländer stimmen völlig oder eher zu, dass der Westen die islamische Welt unterdrücke. Unter Deutschen ohne MH liegt die Zustimmung bei 15 Prozent.

Abbildung 86: Einstellung zu „Der Westen unterdrückt die islamische Welt“ nach Migrationsstatus 2024/2025

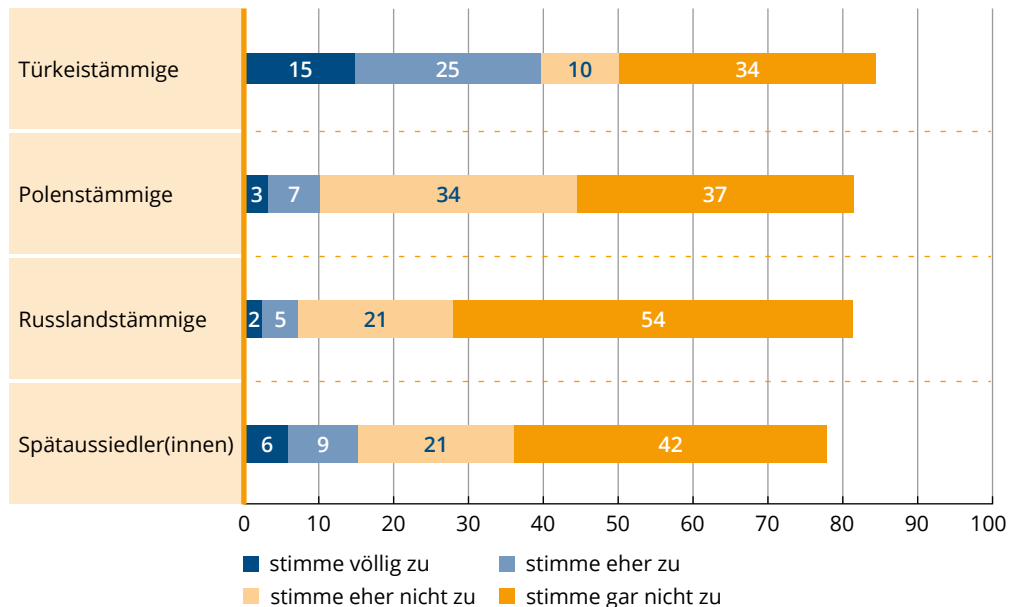


*Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“*

Türkeistämmige vertreten besonders häufig die Auffassung, der Westen unterdrücke die islamische Welt. Am seltensten meinen das Russlandstämmige.

40 Prozent der Türkeistämmigen stimmen völlig oder eher zu, dass der Westen die islamische Welt unterdrückt. Das ist mit Abstand der höchste Wert in allen untersuchten Herkunftsgruppen. Unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern stimmen 15 Prozent völlig oder eher zu. Unter Polenstämmigen teilen 10 Prozent diese Meinung und unter Russlandstämmigen 7 Prozent.

Abbildung 87: Einstellung zu „Der Westen unterdrückt die islamische Welt“ nach Herkunftsland 2024/2025



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

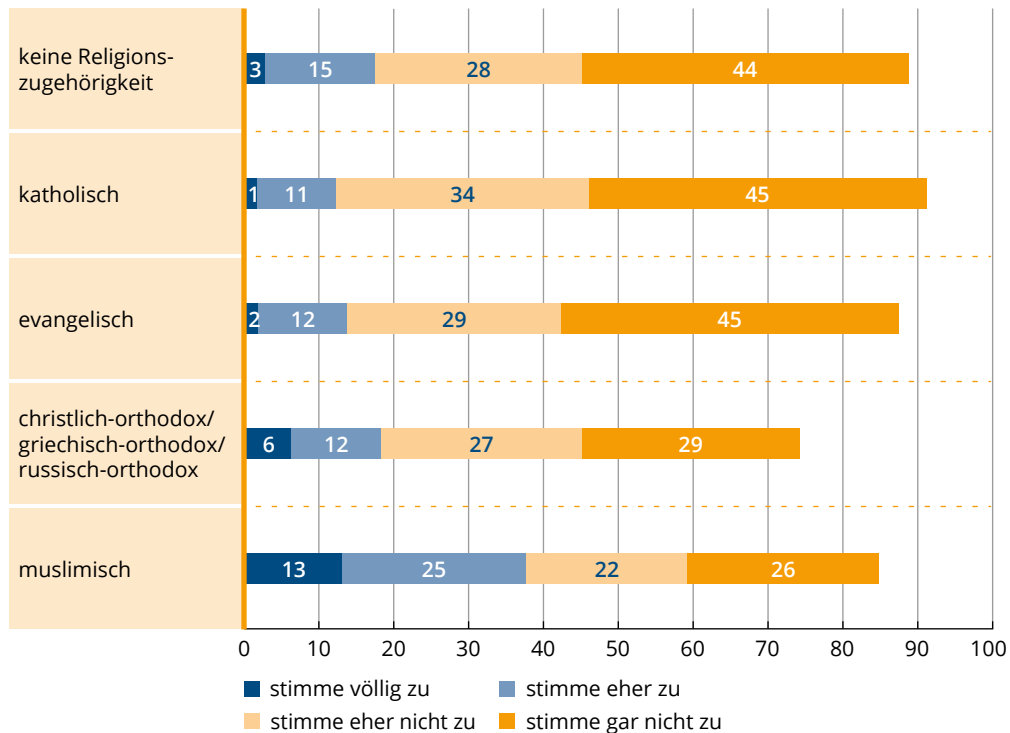
Der Vergleich nach Religionszugehörigkeit ergibt wenig überraschend die höchste Zustimmung unter Musliminnen und Muslimen. Am seltensten stimmen Personen mit katholischer oder evangelischer Religionszugehörigkeit zu.

Mit 38 Prozent stimmen etwa so viele Musliminnen und Muslime zu wie Türkeistämmige. Da diese beiden Gruppen nicht identisch sind, ist diese große Ähnlichkeit nicht zwingend, wie auch die Verteilung anderer Einstellungen zeigt.¹²

Deutlich weniger stimmen Orthodoxe und Konfessionslose zu. Je 18 Prozent der Orthodoxen und der Konfessionslosen stimmen völlig oder eher zu, dass der Westen die islamische Welt unterdrückt. Unter Orthodoxen fällt zudem die Antwortverweigerung mit 26 Prozent besonders hoch aus.

Weniger Zustimmung zeigen Katholikinnen und Katholiken sowie Protestantinnen und Protestanten. 14 Prozent der Menschen mit evangelischem und 12 Prozent der Personen mit katholischem Glauben meinen, der Westen unterdrücke die islamische Welt.

Abbildung 88: Einstellung zu „Der Westen unterdrückt die islamische Welt“ nach Religionszugehörigkeit



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.
Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

6.10 Gewaltakzeptanz

In einer Demokratie liegt das Gewaltmonopol beim Staat. Konflikte werden mithilfe politischer Kompromisse gelöst. Daher ist es problematisch, wenn Personen der Meinung sind, Gewalt sei ein legitimes Mittel zur Konfliktlösung. Diese Haltung wurde erhoben mit der Aussage „In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.“

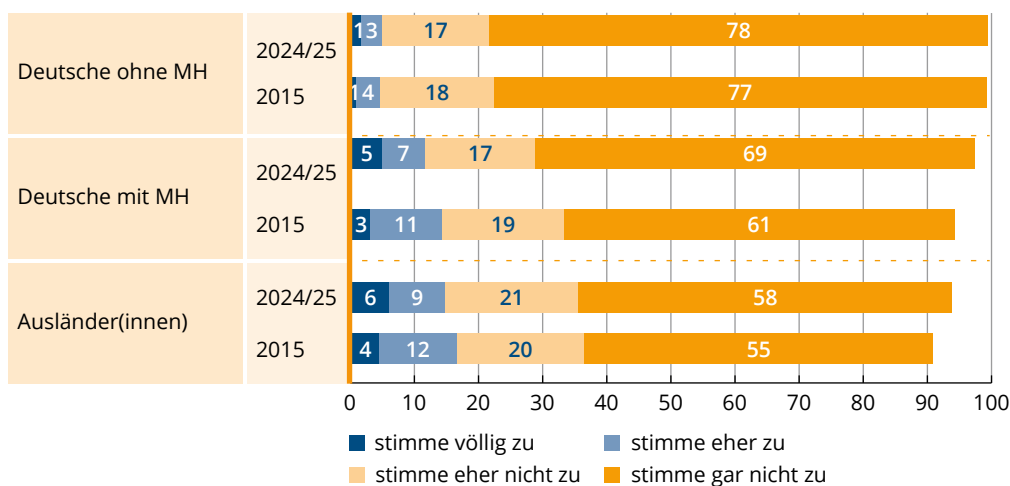
Deutsche mit MH sowie Ausländerinnen und Ausländer stimmen dem häufiger zu als Deutsche ohne MH. Gleichzeitig gilt für alle drei Gruppen, dass die überwiegende Mehrheit Gewalt zur Konfliktlösung ablehnt.

15 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer meinen, es gebe Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssten. Im Vergleich zu 2015 ist dieser Anteil nahezu unverändert.

Ähnlich häufig stimmen Deutsche mit MH zu. 12 Prozent der Deutschen mit MH halten Gewalt zur Konfliktlösung für legitim. 2015 fiel die Zustimmung ähnlich aus.

Unter Deutschen ohne MH ist Gewalt zur Lösung von Konflikten nur bei einer sehr kleinen Minderheit akzeptiert. Nur 4 Prozent der Deutschen ohne MH stimmen völlig oder eher zu, dass manche Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden müssten. Auch hier hat sich die Zustimmung seit 2015 nicht verändert.

Abbildung 89: Einstellung zu „In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen“ nach Migrationsstatus im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

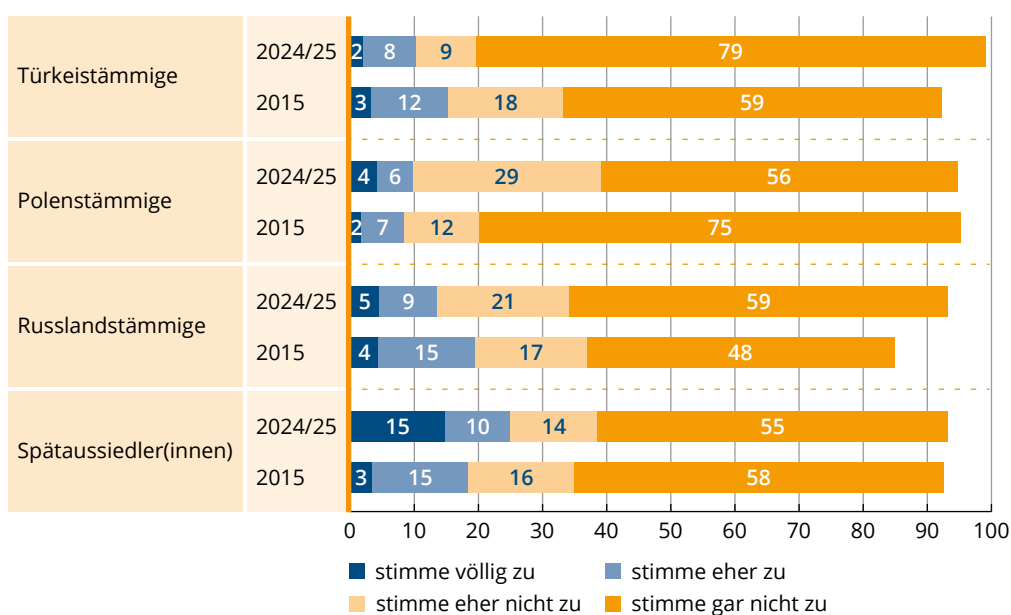
Der Vergleich nach Herkunftsgruppen ergibt drei Hauptbefunde: Erstens: Am häufigsten meinen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Gewalt sei ein legitimes Mittel zur Konfliktlösung. Zweitens: Unter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern ist die Akzeptanz von Gewalt seit 2015 gestiegen. Drittens: Unter Russlandstämmigen und Türkei-stämmigen ist die Gewaltakzeptanz seit 2015 dagegen gesunken.

25 Prozent und damit jede und jeder vierte Spätaussiedlerin und Spätaussiedler stimmen völlig oder eher zu, dass es in jeder demokratischen Gesellschaft Konflikte gibt, die mit Gewalt ausgetragen werden müssten. Das ist mit Abstand die höchste Zustimmung in allen untersuchten Herkunftsgruppen. Seit 2015 ist dieser Anteil um 7 Punkte gestiegen.

Geringer fällt die Zustimmung unter Russlandstämmigen aus. 14 Prozent der Russland-stämmigen halten Gewalt für ein legitimes Mittel der Konfliktlösung. Im Vergleich zu 2015 ist die Zustimmung unter Russlandstämmigen um 5 Punkte gesunken.

Polenstämmige und Türkeistämmige stimmen gleich häufig zu, dass manche Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden müssten. Jeweils 10 Prozent der Polenstämmigen und der Türkeistämmigen stimmen dem völlig oder eher zu. Unter Polenstämmigen ist dieser Anteil nahezu unverändert geblieben. Die Zustimmung Türkeistämmiger ist dagegen seit 2015 um 5 Punkte gesunken.

Abbildung 90: Einstellung zu „In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen“ nach Herkunftsland im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

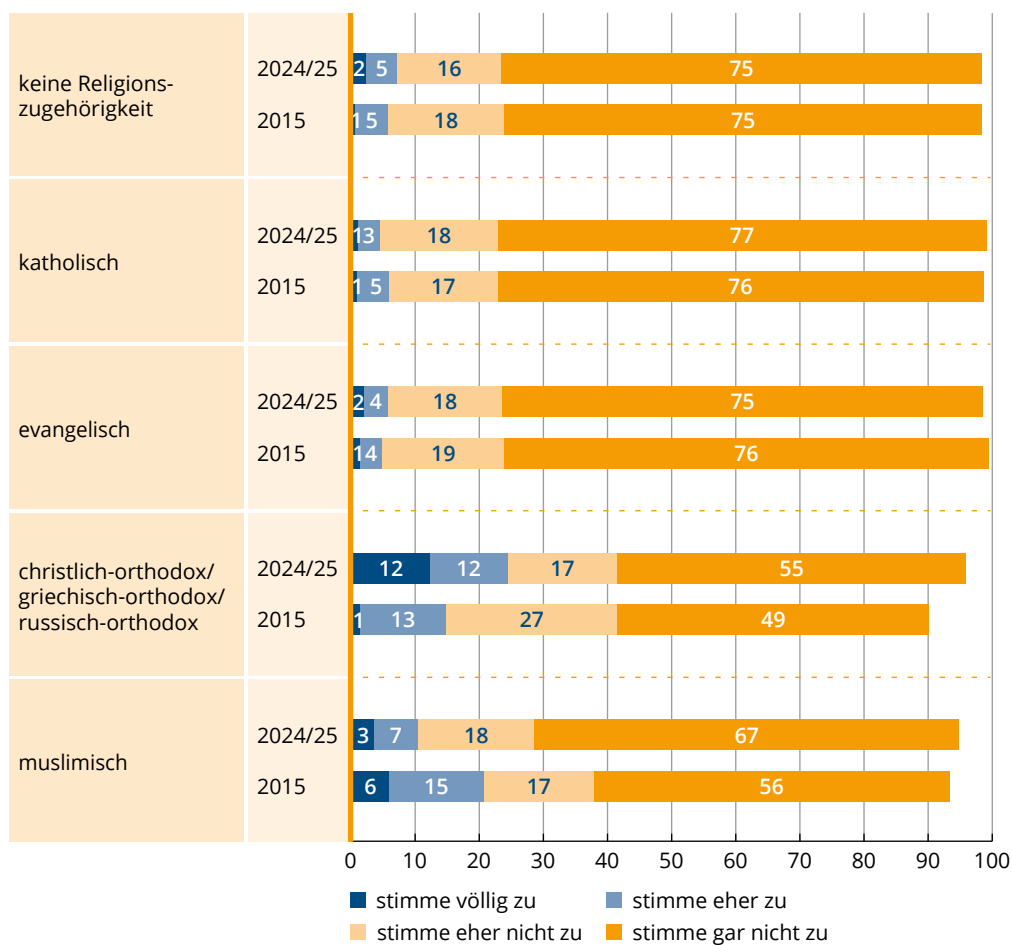
Bei den verschiedenen Konfessionsgruppen fallen vor allem Orthodoxe sowie Musliminnen und Muslime auf. Orthodoxe akzeptieren Gewalt mit Abstand am häufigsten und die Akzeptanz von Gewalt hat unter Orthodoxen deutlich zugenommen. Die Gewaltakzeptanz von Musliminnen und Muslimen ist dagegen deutlich gesunken.

24 Prozent der Orthodoxen meinen, es gebe Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssten. Im Vergleich zu 2015 ist die Zustimmung von Orthodoxen um 10 Punkte gestiegen.

Einen deutlichen Rückgang gibt es dagegen bei Musliminnen und Muslimen. 10 Prozent der Musliminnen und Muslime halten Gewalt für ein legitimes Mittel der Konfliktlösung. 2015 lag der Anteil noch bei 21 Prozent. Das entspricht einem Rückgang um 11 Punkte.

Die anderen Konfessionsgruppen unterscheiden sich kaum voneinander und haben sich seit 2015 auch nicht nennenswert verändert. 7 Prozent der Konfessionslosen, 6 Prozent der Protestantinnen und Protestanten sowie 4 Prozent der Katholikinnen und Katholiken stimmen völlig oder eher zu, dass es Konflikte gebe, die mit Gewalt ausgetragen werden müssten.

Abbildung 91: Einstellung zu „In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen“ nach Religionszugehörigkeit im Zeitvergleich



Quelle: Umfrage 1055 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.015 Befragte und Umfrage 2015-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 3.034 Befragte. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: kann ich nicht beurteilen/keine Angabe.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in öffentlichen Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen.“

12 In der jüngsten Umfrage 2024/2025 sind 36 Prozent der Musliminnen und Muslime türkeistämmig. 2015 stammten noch 62 Prozent der Musliminnen und Muslime aus der Türkei. Umgekehrt gehören 2024/2025 74 Prozent der Türkeistämmigen dem Islam an, zehn Jahre zuvor galt das noch für 83 Prozent. Dagegen ist der Anteil der Konfessionslosen unter den Türkeistämmigen von 12 Prozent auf 18 Prozent gestiegen.



Schlussbemerkung

Die Studie zeigt einige positive Befunde und Entwicklungen zwischen 2015 und 2024/2025. Die überwältigende Mehrheit von über 90 Prozent der Menschen lebt gerne in Deutschland. Das hat sich in den letzten zehn Jahren auch nicht verändert. Außerdem fühlen sich rund 90 Prozent der Menschen wohl in Deutschland. Rund zwei Drittel der Deutschen mit MH sowie der Ausländerinnen und Ausländer bewerten das politische System in Deutschland besser als das ihres Herkunftslandes.

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist beliebter als noch vor zehn Jahren. Über die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer möchte gerne die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Das ist insofern erfreulich, als sich ein integrativer Effekt der deutschen Staatsbürgerschaft zeigt. Deutsche mit MH drücken beim Fußball häufiger der deutschen Nationalmannschaft die Daumen. Ausländerinnen und Ausländer halten dagegen häufiger zu ihrem Herkunftsland. Zudem informieren sich Deutsche mit MH häufiger über die Politik in Deutschland als Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Viele Menschen sind stolz auf Deutschland. Überraschend ist allerdings, dass Ausländerinnen und Ausländer am häufigsten stolz auf Deutschland sind, gefolgt von Deutschen mit MH, die wiederum häufiger stolz auf Deutschland sind als Deutsche ohne MH.

In einzelnen Gruppen fallen größere Minderheiten mit problematischen politischen Einstellungen auf. Das gilt je nach Einstellung vor allem für Türkeistämmige, Polenstämmige, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Orthodoxe sowie Musliminnen und Muslime. Betroffen sind hier je nach Gruppe Einstellungen wie Antisemitismus, die Ablehnung Homosexueller, die Meinung, der Westen unterdrücke die islamische Welt oder die Akzeptanz von Gewalt zur Lösung von Konflikten in einer demokratischen Gesellschaft. Diese Einstellungen können, wenn sie von einer relevanten Zahl an Personen geteilt werden, zu gesellschaftlichen Konflikten führen und zur Gefahr für die Stabilität der Demokratie werden.

Literatur

B Bundesamt für Verfassungsschutz, 2024: Lagebild Antisemitismus 2022/23. Köln.

D Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar, 2024: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: dies. (Hrsg.), Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Gießen: Psychosozial-Verlag. S. 29–99.

Deutsche Bischofskonferenz, 2024: Katholische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten 2024/24. Bonn.

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), 2023: Rassismus und seine Symptome. Bericht des Nationalen Diskriminierungsmonitors. Berlin.

E Esser, Hartmut, 2001: Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 40. Mannheim.

F Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid), 2025: Religionszugehörigkeiten 2024; unter <https://fowid.de/meldung/religionszugehoerigkeiten-2024> (zuletzt abgerufen am 15.05.2025).

H Hans, Silke, 2010: Assimilation oder Segregation? Anpassungsprozesse von Einwanderern in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hirndorf, Dominik, 2020: Im Glauben vereint? Eine repräsentative Studie über Christen und Muslime in Deutschland. Analysen und Argumente Nr. 412. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; unter <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/im-glauben-vereint> (zuletzt abgerufen am 18.11.2025).

Hirndorf, Dominik, 2025: Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund. Eine repräsentative Analyse des Wahlverhaltens von Personen mit und ohne Migrationshintergrund – insbesondere Polen-, Russland- und Türkeistämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; unter <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlverhalten-von-menschen-mit-migrationshintergrund> (zuletzt abgerufen am 18.11.2025).

K Kämpfer, Sylvia, 2014: Migration und Lebenszufriedenheit. Eine theoriegeleitete empirische Analyse. Opladen/Berlin/Toronto: Budrich UniPress Ltd.

M Müller, Jan-Werner, 2015: Populismus: Theorie und Praxis. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 69, Heft 795. S. 28–37.

N Neu, Viola, 2019: Niemand möchte die Demokratie abschaffen – Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Institutionen. Ergebnisse einer repräsentativen Studie. Analysen und Argumente Nr. 351. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; unter <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/niemand-moechte-die-demokratie-abschaffen-einstellungen-zu-demokratie-sozialstaat-und-institutionen> (zuletzt abgerufen am 18.11.2025).

Neu, Viola, 2021: Demokratische Einstellungen und Wahlverhalten. Eine repräsentative Analyse von Deutschen, Deutschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern. Analysen und Argumente Nr. 422. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; unter <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/demokratische-einstellungen-und-wahlverhalten> (zuletzt abgerufen am 18.11.2025).

P Pokorny, Sabine, 2016a: Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; unter <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/was-uns-praegt.-was-uns-eint.1> (zuletzt abgerufen am 18.11.2025).

Pokorny, Sabine, 2016b: Aktivität ist ansteckend. Soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; unter <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/aktivitaet-ist-ansteckend1> (zuletzt abgerufen am 18.11.2025).

Pokorny, Sabine/von Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich, 2021: Was eint die Einwanderungsgesellschaft? Eine repräsentative Umfrage zu Einstellungen, Glaube und Wertorientierungen von Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; unter <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/was-eint-die-einwanderungsgesellschaft> (zuletzt abgerufen am 18.11.2025).

S SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration, 2024a: SVR-Integrationsbarometer 2024. Integrationsklima 2024: Leichte Abschwächung des positiven Trends. Berlin.

SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration, 2024b: SVR-Integrationsbarometer 2024. Methodenbericht. Berlin.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2013: Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2015: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2025a: Mikrozensus – Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Erstergebnisse 2024. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2025b: Pressemitteilung Nr. 204 vom 10. Juni 2025; unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/06/PD25_204_125.html (zuletzt eingesehen 08.07.2025).

Statistisches Bundesamt, 2025c: Pressemitteilung Nr. 181 vom 22. Mai 2025; unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/05/PD25_181_125.html (zuletzt eingesehen 25.08.2025).

- Z Zick, Andreas/Mokros, Nico, 2023:** Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokris, Nico (Hrsg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz. S. 53–89.


Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie in Köln und Florenz. Von 2007 bis 2011 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 war sie Koordinatorin für Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung und seit Januar 2020 ist sie Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Sabine Pokorny
Wahl- und Sozialforschung
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3544
sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift:
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
10907 Berlin



Zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Umfrage unter Deutschen ohne Migrationshintergrund, Deutschen mit Migrationshintergrund sowie in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern durchgeführt. Die Studie vergleicht die Einstellungen dieser drei Gruppen zu Religion und Religiosität, zum Leben in Deutschland sowie zu verschiedenen politischen Themen im Zeitverlauf. Untersucht werden u. a. die Zufriedenheit mit der Demokratie und dem politischen System, populistische Einstellungen, autoritäre Tendenzen, Antisemitismus und die Legitimierung von Gewalt. Innerhalb der Menschen mit Migrationshintergrund werden diese Einstellungen separat für Türkeistämmige, Polenstämmige, Russlandstämmige sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler analysiert.